



PERSPEKTIVEN 2024

Verband der Auslandsbanken
in Deutschland e.V.

Association of Foreign Banks in Germany



INHALT

Begrüßung Vorstandsvorsitzender VAB	02
Gastartikel Staatssekretär im Bundeskanzleramt	04
VAB als Plattform internationaler Banken	06
VAB-Sommerfest	08
Rückblick und Ausblick	11
Steuern	12
Finanzkriminalitätsbekämpfung und Bankinfrastruktur	16
VAB-Mitgliedsinstitute	18
Statistiken	22
Rückblick und Ausblick	29
Bankenaufsicht	30
ESG, Vergütung und Lieferketten im Fokus	34
Wertpapiergeschäft und Verwahrung	38
Zivilrecht und Human Resources	40
Service	45
Seminare	46
Schulungen	48
Arbeitsgruppen	50
VAB-Innovationsprogramm	51
VAB-Publikationen	52
VAB-Vorstand	54
VAB-Team	55
Kunst im Jahrbuch	56
Impressum	58



Burkhard Kübel-Sorger

Vorstandsvorsitzender
Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich freue mich, Ihnen unser Jahrbuch „PERSPEKTIVEN 2024“ vorstellen zu dürfen. Damit geben wir Ihnen und Ihren Kollegen und Kolleginnen einen aktuellen Überblick über die Arbeit des VAB, unsere Aufgaben und Positionen zu Themen, die für internationale Banken in Deutschland relevant sind.

Die Skepsis, mit der ich im letzten Jahr an dieser Stelle auf das bevorstehende Jahr 2023 geblickt habe, hat sich leider in vielfältiger Weise bestätigt: der Krieg in der Ukraine dauert immer noch an, wird sich – so steht zu befürchten – voraussichtlich auch noch länger hinziehen und verursacht viel Leid für die Menschen dort. In Deutschland haben wir die Auswirkungen des Krieges eher ökonomisch gespürt: die starke Inflation, ausgelöst durch hohe Energiepreise sowie das hohe Zinsniveau als Reaktion der Notenbanken, haben uns durch das ganze Jahr 2023 hindurch begleitet. Für Banken hatte diese Entwicklung je nach Geschäftsmodell gegenläufige Effekte: während manche Institute sich über ein deutlich gestiegenes Zinsergebnis freuen konnten, trübte sich das Geschäft anderer gerade in den Bereichen der Immobilienfinanzierung oder im Investmentbanking deutlich ein.

Die Zeichen für das Jahr 2024 stehen jedoch wieder in Richtung Normalisierung, da aufgrund einer inzwischen gesunkenen Inflation zumindest mittelfristig auch ein niedrigeres Zinsniveau für Europa erwartet wird, was auch den Wertpapierhandel befeuert. Aber auch mit dieser Entwicklung gehen Risiken einher, die es nun zu managen gilt und auf die die Bankenaufsicht schauen wird.

Die internationalen Banken mit ihrer globalen Stärke und ihren internationalen Netzwerken leisten zur Bewältigung der Herausforderungen für Wirtschaft und Staat einen entscheidenden Beitrag, der zunehmend von der deutschen Politik erkannt wird. Damit einher geht jedoch, dass die Mitgliedsbanken des VAB zunehmend im Fokus der Auf-

sicht stehen. Dies betrifft Institute aller Größenklassen, deren Lasten für die Erfüllung immer detaillierterer Dokumentation und Prüfungen ständig steigen, was sich besonders bei den kleineren Instituten merklich auf die Ertragsituation auswirkt.

40 Jahre nach der Gründung des VAB mit dem Gründungsauftrag, sich für ein regulatorisches level playing field für in Deutschland tätige Auslandsbanken einzusetzen, sehen wir immer noch, dass es bei neuen und komplexen Themen, wie der Regulierung von Krypto-Finanzprodukten und -Dienstleistungen, zu Ungleichbehandlungen kommt. Wir begrüßen sehr, dass auch auf den Druck des VAB hin jetzt alle Beteiligten gemeinsam nach Lösungen suchen, um diese Ungleichheiten zu nivellieren.

Sorgen macht uns, dass Änderungs- und Vereinfachungsvorschläge, die wesentliche Impulse auch für die Stärkung des Finanzplatzes Deutschland hätten geben können, wieder aus den bereits weithin diskutierten Gesetzentwürfen, z. B. dem Zukunftsfinanzierungs- oder dem Wachstumschancengesetz, gestrichen wurden. Dies gilt besonders für steuerliche Regeln wie z. B. die Besteuerung von Derivategeschäften oder die Umsatzbesteuerung von Konsortialführerleistungen.

Umfangreiche neugeschaffene Regelwerke für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der EU und des Bundes, die stark in das Risikomanagement der Banken hereinstrahlen, sind von diesen zusätzlich zu bewältigen. Diese Regeln müssen für Bankengruppen, die auch vornehmlich außerhalb der EU tätig sind, in der Institutsgruppe umsetzbar bleiben.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen: die noch im letzten Jahr befürchteten strengen Regeln für die Niederlassung und für Geschäfte von Banken aus Nicht-EU-Staaten scheinen im Entwurf der anstehenden CRD VI durch sinnvolle Ausnahmen für reverse solicitation und institutionelle Geschäfte ergänzt zu werden.

Das Team des VAB hat es mit der Unterstützung der Mitglieder und des Expertenwissens von externen Beratern und Seminarreferenten auch im Jahr 2023 hervorragend geschafft, seinen Mitgliedern bei den vielen Themen, die sie betreffen, wertvolle Unterstützung durch tägliche Information zu geben. Nicht nur durch Stellungnahmen zu anstehenden rechtlichen Änderungen und zur Aufsichtspraxis, sondern auch durch den direkten Draht mit den Entscheidern in Politik und Verwaltung, kann der Verband Sie auf dem Laufenden halten. Nicht zu vergessen sind hierbei auch die vielen Fachseminare und Schulungen. Die Publikationen des VAB in deutscher und englischer Sprache, um die Informationen auch an Ihre internationalen Kollegen in den Bankengruppen weiterreichen zu können, runden dieses vielfältige Angebot ab. Besonders erwähnt werden sollte auch noch die Neuauflage des Buchs „Banking Business in Germany“, die in Zusammenarbeit mit PWC im Jahr 2023 herausgegeben wurde.

Dieser rückblickende Jahresbericht 2023 mit dem Ausblick auf die Themen 2024 zeigt Ihnen einige der wesentlichen Aktivitäten und Themen auf, die den VAB zu einem festen Bestandteil der Finanzindustrie in Deutschland und zu einem gefragten Ansprechpartner für Regulierung und Aufsicht machen.

Wir haben die deutsch- und englischsprachige Version auch dieses Jahr in einer Broschüre zusammengebracht, um Ihnen die Weitergabe an Ihre englischsprachigen Kollegen im Haus oder in der Gruppe zu erleichtern. Zu diesem Zweck ist auch eine Online-Version auf der Website des VAB abrufbar.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Gewinn beim Lesen und danke dem VAB-Team und meinen Vorstandskollegen und -kolleginnen für die Arbeit, die in diesem Jahrbuch reflektiert wird.





Dr. Jörg Kukies

Staatssekretär im
Bundeskanzleramt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auch das Jahr 2024 wird uns wieder vor eine Reihe komplexer politischer Herausforderungen stellen, wie den anhaltenden Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, der Transformation der deutschen Wirtschaft mit Blick auf Klimaschutz und Digitalisierung und der Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates in Zeiten hoher, wenn auch tendenziell sinkender Inflation und schwacher Weltkonjunktur. Es bleiben bewegte Zeiten!

Trotz all dieser Herausforderungen verfolgt die Bundesregierung eine klare Strategie und geht die Aufgaben weiter entschieden an. Wir halten an unseren übergeordneten Zielen fest: Deutschland moderner und schneller zu machen, den klimaneutralen und digitalen Umbau unseres Landes weiter voranzutreiben und gleichzeitig die Stärkung des sozialen Zusammenhalts nicht aus den Augen zu verlieren.

Dabei stehen wir vor einem Jahrzehnt der Transformationen: Klimaneutral zu werden und gleichzeitig ein starkes Industrieland zu bleiben – das ist eine Herkules-Aufgabe! Diese gewaltige Aufgabe der Transformation unserer Wirtschaft werden wir nur gemeinsam stemmen. Und gemeinsam bedeutet: Der Staat setzt den Rahmen, der insbesondere beschleunigte Investitionen in Erneuerbare Energien und die dafür notwendige Infrastruktur ermöglicht. Aufgabe von Wirtschaft und Finanzindustrie ist es, private Investitionen in Erneuerbare Energien und die Dekarbonisierung zu lenken. In den kommenden Jahren müssen wir die entscheidenden Investitionen hierfür mobilisieren.

Zur Bewältigung dieser Herausforderung ist es wichtig, starke Partner an seiner Seite zu wissen. Für die vor uns liegenden enormen Investitionen brauchen wir leistungsfähige Finanzinstitute und gut funktionierende Kapitalmärkte. Nur so finden Unternehmen die Finanzierungsbedingungen, die sie benötigen. Gute Finanzierungsbedingungen bedeuten dabei nicht nur niedrige Kosten, sondern auch eine breite Auswahl an

Bank- und Finanzdienstleistungen sowie Finanzierungspartnern. Die deutsche Wirtschaft ist überdies stark exportorientiert. Sie benötigt daher Banken, die sie auch international begleiten können. Den Auslandsbanken kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Die ausländischen Finanzinstitute in Deutschland mit ihren insgesamt rund 30.000 Beschäftigten sind wichtige Partner für die deutsche Wirtschaft und den Finanzstandort Frankfurt. Sie sind Arbeitgeber, Investoren und Kreditgeber. Sie bieten Unternehmen Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzdienstleistungen für Investitionen, Innovationen und Wachstum. Damit tragen sie entscheidend zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wirtschaftswachstum in Deutschland bei und sind ein wichtiger Bestandteil des deutschen Finanzsystems.

Die internationale Reputation des Finanzplatzes Frankfurt ist dabei für die Wahl dieses Standorts durch die ausländische Finanzindustrie ein entscheidender Faktor. Frankfurt ist Standort für mehr als 200 Kreditinstitute, über 80 % davon sind Auslandsbanken. Insbesondere die Nähe zu wichtigen Akteuren der Branche verstärkt die Attraktivität dieses Standorts weiter. Frankfurt ist das europaweit führende Zentrum für nationale und europäische Finanzregulierung und -aufsicht. In Frankfurt ansässig sind die Europäische Zentralbank, die Deutsche Bundesbank, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die Einheitliche europäische Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM), der Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die Betriebliche Altersversorgung (EIOPA).

Die Bundesregierung hat sich auch in der jüngsten Vergangenheit in vielfältiger Weise für den Finanzstandort Frankfurt eingesetzt. So hat sie den erfolgreichen Bewerbungsprozess Frankfurts für den Sitz des International Sustainability Standards Boards (ISSB) aktiv und erfolgreich unterstützt

und setzt sich derzeit für die Ansiedlung der neuen EU-Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) in Frankfurt ein, um die Attraktivität des Finanzplatzes weiter zu stärken. Diese Maßnahmen sind auch im Interesse der Auslandsbanken, die von einem starken und vernetzten deutschen Finanzplatz profitieren.

Um Deutschland und Frankfurt als innovativen, weltweit wettbewerbsfähigen Finanzstandort weiter zu stärken, verbessern wir stetig die rechtlichen Rahmenbedingungen. So ist Anfang dieses Jahres das Zukunftsfinanzierungsgesetz in Kraft getreten. Damit wird es für Start-Ups und Wachstumsunternehmen künftig leichter, privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren und innovative Entwicklungen voranzutreiben. Ziel des Gesetzes ist es, die Leistungsfähigkeit des deutschen Kapitalmarkts und Attraktivität des Finanzstandorts zu stärken, insbesondere auch mit Blick auf Investitionen in die digitale und nachhaltige Transformation. Wir haben insbesondere auch die Mitarbeiterkapitalbeteiligung gestärkt, um Deutschland als Standort für hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch attraktiver zu machen. Auch das im Gesetzgebungsprozess befindliche Wachstumschancengesetz ist ein weiterer Baustein, um Investitionsanreize zu setzen und zu attraktiveren Rahmenbedingungen beizutragen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir zudem das modernste Einwanderungsgesetz geschaffen, das Deutschland je hatte. Wir haben damit rechtliche Hürden abgebaut und flexiblere Möglichkeiten für ausländische Fachkräfte zur Arbeitsaufnahme in Deutschland geschaffen.

Zusätzlich zu den notwendigen nationalen Initiativen brauchen wir aber auch einen tieferen und leistungsfähigeren Kapitalmarkt in Europa, um die notwendigen privaten Investitionen für die Transformation unserer und der europäischen Wirtschaft zu mobilisieren. Die Banken stehen hier bereit, scheitern jedoch zu häufig an national organisierten Kapitalmärkten in Europa. Wir brauchen daher substantielle Fortschritte bei der Vertiefung der Kapitalmarktunion. Dazu gehören insbesondere eine stärkere Harmonisierung der nationalen Insolvenzrechtsregime, gemeinsame Steuerstandards, die Stärkung des Verbriefungsmarktes zur Finanzierung der Realwirtschaft, die Verbesserung des Zugangs für Privatanleger zu einer breiteren Palette von Finanzprodukten und die europaweite Stärkung der privaten Altersvorsorge. Ein starker und vertiefter europäischer Kapitalmarkt ist von großer Bedeutung für die strategische Autonomie und globale Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Die Bundesregierung ist sich der Bedeutung der ausländischen Finanzindustrie für Deutschland bewusst und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, die richtigen Rahmenbedingungen für ihre erfolgreiche Arbeit zu schaffen. Die Auslandsbanken sind für Deutschland und den Finanzstandort Frankfurt ein unverzichtbarer Bestandteil.





Dr. Andreas Prechtel

Geschäftsführer
Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.

VAB als Plattform internationaler Banken

Internationale Banken bringen Expertise und Kapitalkraft für Deutschlands Unternehmen, Anleger und Bankkunden

Die öffentliche Wahrnehmung internationaler, in Deutschland tätiger Banken entspricht noch nicht ihrer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung. Nur einige „große Namen“ sind weithin bekannt und selbst große deutsche Wirtschaftsunternehmen, die sehr spezifische Bankdienstleistungen in Anspruch nehmen, kennen oft nicht die wahre Größe und teils komplexen Strukturen der internationalen Banken, die sie bei ihren Geschäften unterstützen. Während die hiesige Niederlassung häufig vergleichsweise klein erscheint, stehen dahinter oft die größten und mächtigsten Finanzinstitutionen ihres jeweiligen Heimatlandes.

Die im VAB organisierten Institute stammen aus über 30 Ländern und sind an verschiedenen Standorten in Deutschland (z. B. Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg und München) tätig. Sie beschäftigen unmittelbar bereits rund 30.000 hochqualifizierte und häufig international erfahrene Personen, übrigens ganz überwiegend deutsche Mitarbeiter. Diese Institute und ihre Mitarbeiter zahlen in Deutschland Steuern und Abgaben und sind seit Jahrzehnten hierzulande verankert und ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft geworden. Sie bereichern wesentlich den Finanzplatz Frankfurt, den größten und internationalsten Finanzplatz in Deutschland.

Auslandsbanken prägen viele Geschäftsfelder durch ihr internationales Netzwerk

Prägend für unsere Mitglieder ist dabei nicht ihr „ausländischer“ Charakter, sondern vielmehr, dass es sich um international agierende Institute handelt, die sich bewusst für eine Niederlassung in Deutschland entschieden haben, mit der sie in und von Deutschland aus lokales und internationales Geschäft ihrer vornehmlich deutschen Kunden unter-

stützen. Dabei können sie auch auf die Ressourcen ihrer internationalen Institutsgruppen zurückgreifen, was ihnen ermöglicht, Kunden in Deutschland vorteilhafte Angebote zu verschaffen. Die VAB-Mitglieder sind für deutsche Unternehmen mit Auslandsbeziehungen ebenso gefragte Partner wie für international tätige Unternehmen aus ihren jeweiligen Heimatländern, die in Deutschland wirtschaftlich aktiv sind oder mit deutschen Kunden in Geschäftsbeziehungen stehen. Dabei sind sie u. a. in folgenden Bereichen tätig:

- Handelsfinanzierung und Factoring-Leistungen (Trade Finance)
- Projektfinanzierung für deutsche Unternehmen im Ausland oder ausländische Unternehmen im Inland
- Mergers & Acquisitions
- Direktbank- und Hypothekengeschäft
- Wertpapieremissionsgeschäft und Wertpapierhandel
- Asset Management
- Wertpapierabwicklung und -verwahrgeschäft

Ihre internationalen Verbindungen für die vorwiegend für Corporate Clients durchgeführten Geschäfte, ihre operative Einbindung in ihre international agierenden Gruppen, das international erworbene Know-How ihrer Belegschaft, ihre gruppenweiten Vergütungsstrukturen und ihre diversen und global vernetzten Führungen unterscheiden die VAB-Mitglieder dabei von den meisten deutschen Instituten. Die wirtschaftlichen und personellen Ressourcen in den Institutsgruppen geben ihnen Stabilität, Kapitalkraft, viel technische und regulatorische Expertise und natürlich auch Reputation. Diese Fähigkeiten bringen sie in den deutschen Banken- und Kapitalmarkt ein, u. a. indem sie mit dem VAB gemeinsam an Fragestellungen arbeiten und ihren Beitrag zur Stärkung des deutschen Finanz- und Kapitalmarkts im internationalen Wettbewerb bei.

Der VAB bietet seinen Mitgliedern auf Sie und Ihre Mitarbeiter abgestimmte Dienstleistungen und Lobbyaktivitäten

Der VAB bietet als Dienstleister ein Netzwerk für die Geschäftsleiter und Mitarbeiter der Auslandsbanken, um fundierte und praxisorientierte Informationen zu vermitteln, u. a. durch

- erstklassig besetzte Seminare mit Sprechern aus dem Mitgliederkreis, Vertretern der Regulierung und Aufsicht, sowie externen Beratern und Bankdienstleistern,
- Arbeitsgruppen-Sitzungen zu aktuellen und bankspezifischen Themen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedsinstitute,
- individuelle Inhouse-Schulungen und Webinare,
- zweisprachige aktuelle und praxisnahe tägliche Berichte sowie monatliche Newsletter mit Informationen zu Änderungen im Rechts- und Steuerbereich sowie bei der Bankbetriebsorganisation und
- Übersichten und Veröffentlichungen über Themen oder Pflichten aus den Bereichen Recht, Compliance, Steuern und Meldewesen.

Auch das VAB-Sommerfest, das im Jahr 2023 bei bestem Sommerwetter am Frankfurter Westhafen stattfand, die VAB Management Foren als After-Work-Events und nicht zuletzt die VAB-Mitgliederversammlung sind wichtige Bestandteile des VAB-Netzwerkangebots. Sie bieten den Rahmen für den persönlichen Austausch der Mitglieder untereinander und mit der Politik und den Experten aus dem Kreis der Berater, die den VAB unterstützen. Bei der Mitgliederversammlung im Jahr 2023 hatten die anwesenden Vertreter

der Mitgliedsinstitute mit einem Vortrag zum Thema „Erste Anwendungen von KI in Banken“ einen spannenden Einstieg in die Diskussion über diese Entwicklung, die alle Institute betrifft und mittlerweile viele Prozesse beeinflusst. Die anstehenden ersten Regulierungen von KI wurden ebenso besprochen wie Nutzen und Gefahren, die von der Nutzung von KI ausgehen.

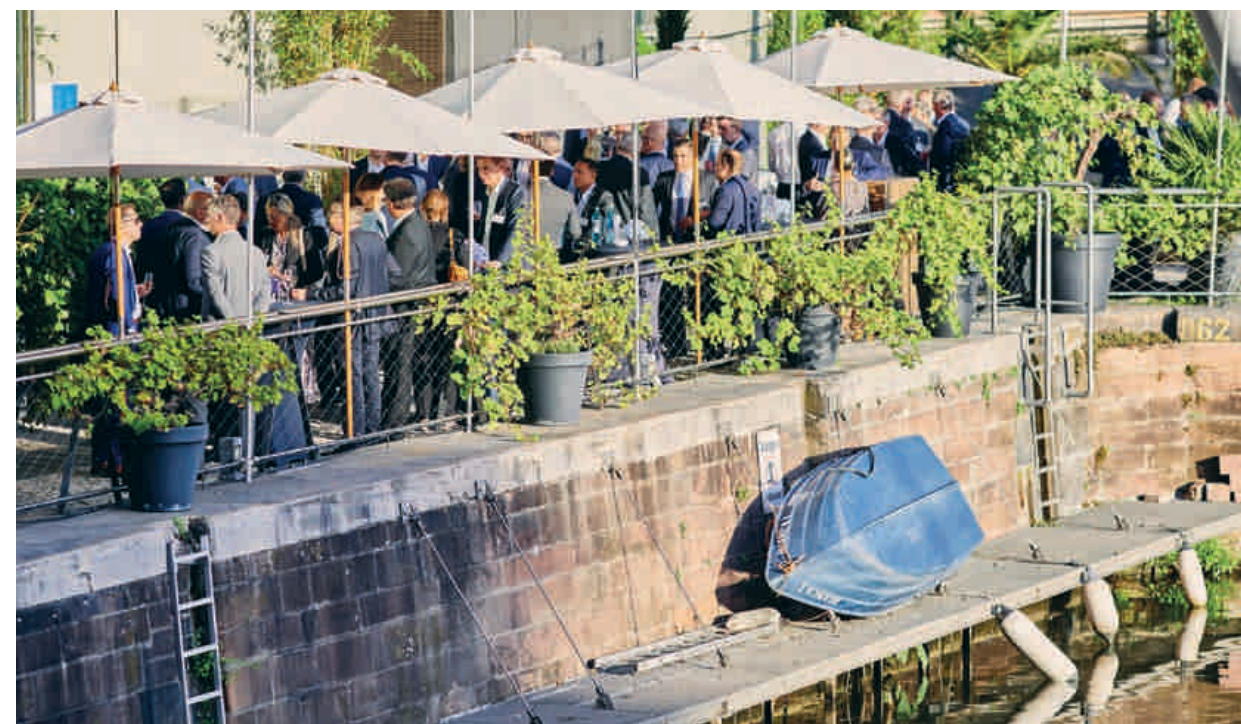
Der VAB ist zudem ein sehr aktiver Interessenvertreter seiner Mitglieder gegenüber der Politik und den Verwaltungsbehörden – sowohl der Aufsicht als auch der Steuerverwaltung. Mit kritischen, aber auch konstruktiven Stellungnahmen zu Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, häufig mit eigenen Vorschlägen für Verbesserungen des rechtlichen Rahmenwerks, setzt sich der VAB aktiv für die Offenheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Finanzplatzes und seine nachhaltige Weiterentwicklung ein. Durch intensive und transparente Beziehungen zu Ministerien, Behörden und in Zusammenarbeit mit den Finanzplatzförderern begleitet der VAB den Prozess, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, um dem deutschen Finanzplatz die Rolle zu verschaffen, die der wirtschaftlichen Größe Deutschlands und dem darin steckenden Potential entspricht.

Ein starkes Team in der VAB-Geschäftsstelle

Die Mitglieder des VAB-Teams stehen den Geschäftsleitungen und Mitarbeiter/-innen der Mitglieder und den Kontakten in Politik, Regulierung und Aufsicht unkompliziert direkt als sachkundige und erfahrene Ansprechpartner zur Verfügung und erzeugen damit die hohe Effektivität in der Beratung und Interessenvertretung der Mitglieder.



V. l. n. r.: Sabine Kimmich, Melanie Centner-Wappler, Dr. Andreas Prechtel, Karolin Jung, Wolfgang Vahldiek, Fidan Capar, Iris Meurers, Julia Balzer, Andreas Kastl, Nina Weidinger, Markus Erb, Dr. Mélanie Liebert



VAB-Sommerfest 2023

Ein perfekter Spätsommerabend am Ufer des Mains in der „Frankfurter Botschaft“ am Westhafen gab die Kulisse für das Sommerfest 2023 des VAB. Rund 150 Gäste aus dem Kreis der VAB-Mitgliedsinstitute sowie Vertreter der Bundes- und Landespolitik, der Stadt Frankfurt, der EZB, der Bundesbank und weitere Gäste aus Wirtschaft, Presse, Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwaltskanzleien und Beratungsunternehmen trafen sich als „VAB Community“.

Der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des VAB, Guido Zoeller, Société Générale S.A., begrüßte die Gäste mit pointierten Hinweisen an die Vertreter von Politik und Aufsicht auf die wesentlichen kritischen Themen, die den VAB im Jahr 2023 umtrieben und die noch heute aktuell sind. Er dankte aber auch den Mitgliedern für die fortlaufende Unterstützung des VAB und dessen Team für den Einsatz und die Organisation des Festes.

Die Gäste konnten anschließend in der Rede von Stephanie Wüst, Stadträtin der Stadt Frankfurt und Dezernentin für Wirtschaft, Recht und Stadtmarketing, erfahren, wie sehr die Stadt Frankfurt die internationalen Banken und ihre Mitarbeiter willkommen heißt. In Vertretung von Oberbürgermeister Mike Josef betonte sie in ihrer in englischer Sprache an die internationalen Gäste gerichteten Rede die Bemühungen der Stadt Frankfurt und der Region Rhein-

Main, alle Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um den Finanzplatz Frankfurt für internationale Banken und Finanzakteure zum attraktivsten Standort in Kontinentaleuropa zu machen. Sie erläuterte, dass der Wettbewerb zwischen Paris und Frankfurt um Ansiedlung von Instituten und Mitarbeitern, aber auch um die Ansiedlung internationaler Behörden, wie der europäischen Geldwäschebehörde („AMLA“), nur dann gewonnen werden kann, wenn die vielen positiven Standortfaktoren, die für Frankfurt sprechen, auch dort bekannt werden, wo die Ansiedlungsentscheidungen getroffen werden, also zumeist in den Gremien der Institute in ihren Heimatländern. Die Stadtregierung wisse um den wirtschaftlichen, aber auch den kulturellen Beitrag, den die internationalen Banken und ihre internationale Belegschaft für die Stadt Frankfurt leisten und führe hierzu viele Gespräche und investiere in die erforderliche Infrastruktur, damit der Finanzplatz Frankfurt sich weiter internationalisieren könne.

Der anschließende informelle Teil des Abends wurde in zwangloser „Beach-Club“-Atmosphäre mit leckeren Getränken und hervorragendem Buffet genossen. Der Sonnenuntergang, der sich im Main spiegelte, lud alle Gäste dazu ein, die Veranstaltung für das Networking und den persönlichen Austausch über die angesprochenen und viele weitere Themen zu nutzen.



TROPICAL | 40 X 40 CM | 2019
CAROLA VAHLDIEK

RÜCKBLICK UND AUSBLICK

- | Steuern
- | Finanzkriminalitätsbekämpfung
und Bankinfrastruktur



Markus Erb
Prokurist und Direktor
Steuern und Betriebswirtschaft

Wo ist das Licht am Ende des Tunnels?

Als ein turbulentes, wenn nicht gar chaotisches Jahr im steuerlichen Sinne, kann das vergangene Jahr 2023 rückblickend bezeichnet werden. Während es im ersten Drittel des Jahres 2023 steuerpolitisch relativ ruhig blieb, schwappte im zweiten Jahresdrittel – kurz vor der Sommerpause 2023 – eine Bugwelle an 100 Seiten schwerer und nicht einfach verständlicher Steuermaterie, insbesondere im internationalen Steuerrecht über die Steuerpflichtigen. Im letzten Jahresdrittel 2023 erreichte die Vielzahl an Steuerthemen daraufhin den Deutschen Bundestag. Im November 2023 platzte dann die steuerliche Bombe im badischen Karlsruhe – es fehlen 60 Mrd. Euro –, sodass alle haushälterischen Dämme brachen, was steuerpolitische Folgewirkungen mit sich brachte.

Die Mitglieder des VAB waren auch im Jahr 2023 mit der Umsetzung einiger Kapitalertragsteuervorhaben (etwa der elektronischen Steuerbescheinigung für die KEST) beschäftigt, die der Gesetzgeber im Rahmen der Digitalisierungsinitiative und des allgemeinen internationalen Trends der Vermeidung von Steuergestaltungen auf den Weg gebracht hatte. Hierzu bedurfte es erneut des engen Austausches des VAB und seiner Bankpraktiker mit der Finanzverwaltung.

Umsetzung der neuen KEST-Verfahren sehr aufwendig und kostenintensiv

Neben der KEST spielte auch die Umsatzsteuer eine immer wichtigere Rolle in der Verbandsmitgliedschaft, sodass nun auch ein VAT-Update des VAB ins Leben gerufen wurde, um über brennend aktuelle Themen zu informieren sowie sich über Entwicklungen und Auswirkungen online auszutauschen. Durch die Schaffung von Expertenbeiräten sollen ausgewählte Bankpraktiker der Mitglieder noch enger an den VAB gebunden sowie deren wertvolle Expertise und Erfahrungswerte noch stärker in die Verbandsarbeit eingebracht werden.

Der Austausch mit der Finanzverwaltung konnte weiter verbessert und intensiviert werden. Etwa im gut besuchten VAB-Betriebsprüfungssymposium am 13.12.2023 konnten wichtige Kontakte der Verwaltung teilnehmen und so der Dialog gefördert werden. Durch einen monatlichen Newsletter des VAB, der nur für interessierte Vertreter der Verwaltung und der Politik erstellt wird, können diese zeitnah über Anliegen und Anregungen des VAB elektronisch informiert werden. Der Austausch mit Bankenprüfern im Rahmen des Lehrgangs „Außenprüfung bei Banken“ an der Bundesfinanzakademie in Brühl durch ein Referat des VAB zum Thema „Tax Compliance bei Banken“ war auch dieses Mal sehr lebhaft und intensiv.

Dialog mit Verwaltung und Mitgliedern weiterhin zentral

Die Bedeutung von Tax Compliance und deren Implementierung in die laufende Arbeit der Auslandsbanken wurde nach dem Jahr 2021 nochmals im Jahr 2023 durch eine VAB-Umfrage bei seinen Mitgliedern abgefragt, mit dem Ergebnis, dass bei den Mitgliedern Tax Compliance immer wichtiger wird.

Der Steuerbereich des VAB ist für die kommenden zwei Jahre und die anstehenden Steuervorhaben vorsichtig optimistisch. Durch den weiterhin guten Dialog mit dem BMF können voraussichtlich noch einige steuerliche Vorhaben und Steuerverwaltungsprozesse inhaltlich verbessert und dringend notwendige Klarstellungen zeitnah geschaffen werden. Entbürokratisierung im Steuerrecht ist ein wichtiges Vorhaben, das der VAB zusammen mit den Bankpraktikern aus dem Steuerbereich auch im Jahr 2024 konstruktiv begleiten wird.



Franz Schober
Tax Manager Wealth & Products
BNP Paribas S.A.

Ein aus steuerlicher Sicht Jahr voller Herausforderungen

Das Jahr 2023: nicht nur politisch und wirtschaftlich samt steigender Zinsen und weiterhin hoher Inflation war es ein Jahr voller Herausforderungen. Die steuerlichen Herausforderungen tragen dabei Bezeichnungen wie zum Beispiel „Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz“, „Zukunftsfinanzierungsgesetz“, „Wachstumschancengesetz“, „Steuer-oasenabwehrgesetz“ und „Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz“. Festzuhalten bleibt, dass neben der kreativen Namensfindung der Gesetzgebungsverfahren auch die Komplexität des deutschen Steuerrechts ungebrochen scheint. Typischerweise ergeben sich Fragen des zutreffenden Abzuges der Kapitalertragsteuer auf Ebene der depotführenden Stellen und Verwahrstellen. Damit gehen oftmals Fragen der Anlegerbesteuerung einher, die für die Auslandsbanken mit den entsprechenden Kunden von erheblicher Bedeutung sind.

Unerfüllte Hoffnungen in den Steuervorhaben

Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz waren große Hoffnungen – initial auch im Bereich der Besteuerung von Kapitalerträgen – verbunden. In einem Eckpunktepapier des BMF war vorgesehen, die Verlustverrechnungsbeschränkungen für bestimmte Finanzprodukte aufzuheben. Damit wäre die Beschränkung der Verrechnung von Verlusten aus Termingeschäften bzw. dem wertlosen Verfall von Vermögensgegenständen auf 20.000 Euro abgeschafft worden und eventuelle Hemmnisse auf Ebene der Anleger hätten aus steuerlicher Sicht abgebaut werden können. Das Steuerrecht hätte einen kleinen Teil dazu beitragen können, dass sich in Deutschland der Fokus mehr in Richtung „Kapitalanlage an der Börse“ statt in Richtung „Tagesgeldkonto und Sparbuch“ richtet. Letztlich haben sich die Hoffnungen an dieser Stelle allerdings nicht erfüllt, da diese Streichung keinen Einzug in das aktuelle Gesetzgebungsverfahren fand. Obwohl die Abgeltungsteuer bereits im Jahr 2009 eingeführt wurde, beschäftigen Anwendungsfragen rund um diese auch heute noch eine Vielzahl von Anlegern und Marktteilnehmern. Insbesondere die Anwendung der Prinzipien des abgeltenden Steuerabzuges auf realisierte Gewinne und Verluste aus verzinnten Fremdwährungsguthaben brachte in Zeiten gestiegener Zinsen zahlreiche Anwendungsfragen mit sich.

Bedeutung eines funktionierenden und aktiv gelebten Tax Compliance Management Systems unstrittig

Beim Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz – vorher als elektronische Steuerbescheinigung bezeichnet – ist nicht nur die Namensgebung sperrig. Auch die Anforderungen, die durch die neuen Anzeige- und Meldeverpflichtungen des §§ 45b und 45c EStG an die Kreditinstitute gestellt werden, sind von komplexer Natur. Die neuen umfassenden Meldeverpflichtungen gehen mit einer Verschärfung der Haftungsregelungen einher. Diese Diskrepanz zwischen einerseits einer Vielzahl neuer Meldeinhalte und andererseits verschärfter Haftungsregelungen kann lediglich durch das Vorhalten eines internen Kontrollsystems entschärft werden. Dies zeigt abermals die Wichtigkeit eines funktionierenden und aktiv gelebten Tax Compliance Management Systems auf Ebene der depotführenden Stellen und Verwahrstellen. An dieser Stelle zeigt sich erneut die Wichtigkeit, Bankpraktikern über den VAB den direkten Kommunikationsweg zur Finanzverwaltung zu ermöglichen. Lediglich auf diesem Wege kann auf die drängenden Probleme der Umsetzungspraxis hingewiesen werden.

Erhebliche praktische Folgewirkungen hatte auch die Neufassung des § 50c EStG zur Erstattung deutscher Kapitalertragsteuer. Nach dem Willen des Gesetzgebers konnten Anträge auf Erstattung (zu viel) einbehaltener Kapitalertragsteuer lediglich nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz über die amtlich bestimmte Schnittstelle übermittelt werden. Dies war erstmals auf Anträge anzuwenden, die nach dem 31.12.2022 gestellt wurden. Die (Nicht-)Bereitstellung der technischen Infrastruktur bzw. das bereitgestellte Portal brachten in der Praxis allerdings vielerlei Herausforderungen mit sich. Zur Wahrung der Anlegerinteressen konnte eine Kulanzregelung bis 30.09.2023 erreicht werden, sodass Anträge gem. dem alten Verfahren weiterhin eingereicht werden konnten und damit den ausländischen Anlegern nicht das Recht auf Reduktion der Kapitalertragsteuer auf den jeweiligen Satz des Doppelbesteuerungsabkommens verwehrt wurde.



Martin H. Seevers, LL. M. Tax (USA)

Partner, Certified AML & Anti Fraud Officer
ADVANT Beiten

Umgang mit Steuerrisiken im Finanzsektor

Tax Compliance im Lichte von Cum/Ex und Cum/Cum

Zu den zentralen Steuerthemen des Jahres 2023 gehört für in Deutschland tätige Banken und Finanzdienstleister die Erkenntnis, dass sich die Anforderungen an die Compliance-Organisation der Institute im Umgang mit Steuerrisiken (Tax Compliance) infolge der aktuellen Cum/Ex- und Cum/Cum-Ermittlungen grundlegend verändert haben. Ähnliche Entwicklungen ließen sich dabei im vergangenen Jahr auch in anderen EU-Ländern wie beispielsweise in Frankreich oder den Niederlanden beobachten. Während der Gesetzgeber die aktuellen Cum/Ex-Verfahren bereits 2020 zum Anlass für weitere Verschärfungen des deutschen Steuerstrafrechts genommen hat, haben im vergangenen Jahr vor allem drei Entwicklungen im Bereich der Kapitalertragsteuer die neuen Rahmenbedingungen deutlich gemacht.

Grenzüberschreitende Ermittlungen im Bereich der Kapitalertragsteuer

Die öffentlichkeitswirksamen Durchsuchungen der französischen Finanzstaatsanwaltschaft unter Beteiligung deutscher Staatsanwälte bei fünf Banken in Paris wegen des Vorwurfs der Geldwäsche und des Steuerbetrugs im Zusammenhang mit angeblich strafbaren Cum/Cum-Gestaltungen nach französischem Recht im Frühjahr 2023 haben gezeigt, dass missbräuchliche Steuergestaltungen im Finanzsektor grenzüberschreitend und auch in anderen EU-Staaten strafrechtlich verfolgt werden. Dabei werden Ermittlungsmethoden eingesetzt, die bisher nur in anderen Bereichen der internationalen Strafverfolgung genutzt wurden.

Tax Compliance im Fokus der Aufsicht

Infolge der Ermittlungen ist die Tax-Compliance-Organisation von Banken in den Fokus der Aufsichtsbehörden (BaFin) gerückt. Dabei gehen die Anforderungen der BaFin an die Wirksamkeit der Tax-Compliance-Management-Systeme (Tax-CMS) hinsichtlich der Governance-Struktur der Tax-Compliance-Organisation sowie der Ausgestaltung geeigneter Strategien und Sicherungsmaßnahmen deutlich über

die Anforderungen der Finanzverwaltung und des führenden Prüfungsstandards für Tax-CMS (IDW PS 980) hinaus. Tax Compliance im Finanzsektor ist damit keine isolierte Aufgabe der Steuerabteilung (mehr), sondern Teil der allgemeinen Compliance-Organisation der Institute im Rahmen ihres NFR-Managements (Non-Financial Risk) und unterliegt den gesetzlichen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation.

Neue Verfahren zur Entlastung von Kapitalertragsteuer für ausländische Investoren

Im Bereich der Steuergesetzgebung sind mit dem Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz (AbzStEntModG) und der FASTER-Initiative der EU zwei Gesetzesinitiativen in den Fokus gerückt, die als unmittelbare Reaktion auf die Ermittlungen das Ziel verfolgen, Missbrauch im Bereich der Kapitalertragsteuer künftig besser zu verhindern. Beide sehen eine grundlegende Reform des Verfahrens zur Entlastung von der Kapitalertragsteuer für Steuerausländer vor. Während sich die FASTER-Initiative noch im Entwurfsstadium befindet, ist das AbzStEntModG in Deutschland bereits in Kraft getreten. Es stellt die Tax-Compliance-Organisation aufgrund umfangreicher Ausweis- und Reportingverpflichtungen und einer stark verschärften Haftung für die Aussteller unrichtiger Kapitalertragsteuerbescheinigungen vor erhebliche Herausforderungen.

Weitere Herausforderungen

Darüber sind eine Reihe weiterer Herausforderungen zu meistern, da weltweit viele Steuertransparenzgesetze zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung ausschließlich für Finanzdienstleister gelten. Dabei sind völlig neue Steuerregime und Meldepflichten entstanden, die gänzlich neue Anforderungen an die Compliance-Organisation der Banken stellen. Die von Investoren eingeforderte Nachhaltigkeitsberichterstattung bietet für Banken die Chance, das Thema Steuern im Rahmen der ESG-Strategie neu und positiv zu besetzen, erfordert dafür aber Anpassungen der Governance Strukturen im Bereich der Tax Compliance.

Neuaustrichtung der Tax Compliance

Für Banken in Deutschland stellt sich damit die Frage, wie sie auf diese neuen Rahmenbedingungen reagieren müssen. Dies hat vor dem Hintergrund zu erfolgen, dass in Deutschland bereits seit Jahren eine kontinuierliche Klimaverschärfung im Steuerstrafrecht zu verzeichnen ist, die Unternehmen wie Einzelpersonen gleichermaßen trifft. Daraus folgt schon bisher die Notwendigkeit, das Unternehmen, seine Geschäftsführung und Mitarbeiter durch ein Tax-CMS vor steuer(straf)rechtlichen Risiken zu schützen. Dabei hat sich für die Ausgestaltung und Prüfung von Tax-CMS der Prüfungsstandard IDW PS 980 auch im Finanzsektor als Branchenstandard etabliert. Angesichts geänderter Rahmenbedingungen müssen „klassische“ Tax-CMS allerdings neuen Anforderungen gerecht werden, um wirksamen Schutz zu bieten. In der Praxis besteht die Herausforderung vor allem darin, die Wirksamkeit des Tax-CMS für alle wesentlichen Steuerrisiken der Bank dergestalt sicherzustellen, dass es gleichermaßen Schutz vor strafrechtlichen Risiken bietet, als auch den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation genügt. Dazu ist das Tax-CMS um neue Arten von Steuerrisiken aufgrund aktueller Gesetzesinitiativen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung im Finanzsektor zu ergänzen. Zudem muss das steuerliche Risikomanagement aufsichtsrechtlich in die Compliance-Organisation der Bank integriert werden. Dabei sind die Anforderungen des Gesetzgebers und der BaFin

an die Governance-Struktur der Compliance-Organisation und die Ausgestaltung geeigneter Strategien und Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Steuerrisiken zu beachten.

Praktische Umsetzung im „4-Säulen-Modell“

Die Anpassung des steuerlichen Risikomanagements ist aufgrund der Komplexität des Themas eine Herausforderung. Für die Umsetzung in der Praxis können Banken auf das vom Autor entwickelte „4-Säulen-Modell“ zurückgreifen, einen Beratungsansatz für ein ganzheitliches steuerliches Risikomanagement im Finanzsektor. Das Modell dient als Ordnungsrahmen und trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Anforderungen an ein steuerliches Risikomanagement im Finanzsektor deutlich von denen anderer Wirtschaftszweige unterscheiden.

Das 4-Säulen-Modell ermöglicht es Banken, Versicherungen und Asset-Managern gleichermaßen, einen individuellen und systematischen Ansatz im Umgang mit Steuerrisiken zu definieren, um ihr Tax-CMS und ihre Tax Governance entsprechend anzupassen. Das Modell arbeitet mit vier für den Finanzsektor spezifischen steuerlichen Risikobereichen (Säulen), die jeweils unterschiedliche Lösungsansätze erfordern, um eine Entlastung zu gewährleisten. Alle denkbaren steuerlichen Pflichten und Risiken, die Unternehmen im Finanzsektor im In- und Ausland treffen können, lassen sich den vier Säulen individuell zuordnen und mitintegrieren.

Prävention	Aufdeckung	Reaktion
<p>1</p> <p>Eigene steuerliche Verpflichtungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung von Steuererklärungen ergeben (Nichtabgabe oder verspätete, falsche oder unvollständige Steuererklärungen) • z. B. Tax CMS (IDW PS 980, etc.) 	<p>2</p> <p>Steuerbetrug durch Dritte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Risiken durch Steuerbetrug von/mit Geschäftspartnern/Dritten • z. B. Cum/Ex, USt-Karusselle, UK CCO 	
<p>3</p> <p>Steuertransparenzregelungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Risiken durch Nichteinhaltung von Berichtspflichten zur Steuertransparenz • z. B. FATCA/QI, DAC6, § 138b AO 	<p>4</p> <p>Steuerliche KYC-Pflichten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Risiken durch Verletzung steuerlicher KYC-Pflichten (z.B. § 154 AO) • z. B. BaFin-VO zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung 	
1st LoD	2nd LoD	3rd LoD



ADVANT Beiten
Neuer Wall 72 | 20354 Hamburg
Martin.Seevers@advant-beiten.com
www.advant-beiten.com



Andreas Kastl, M.A., LL.M. oec.

Direktor
Finanzkriminalitätsbekämpfung und Bankinfrastruktur

Finanzkriminalitätsbekämpfung und Bankinfrastruktur

Finanzkriminalitätsbekämpfung

Das Wortungetüm Finanzkriminalitätsbekämpfung ist im vergangenen Jahr durch das auf den Weg gebrachte Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität – Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz (FKBG) – weithin bekannt geworden. Kernstück der neuen Gesetzgebung, die dem Willen der Bundesregierung entspricht, künftig schlagkräftiger gegen Finanzkriminalität wie insbesondere Geldwäsche vorzugehen, ist die Einrichtung eines neuen Bundesamts zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF), unter dessen Dach die wichtigsten Kompetenzen gebündelt werden sollen. Noch im Jahr 2024 soll der Aufbau der neuen Behörde beginnen und die Aufnahme der operativen Arbeit wird für das Jahr 2025 angestrebt. Aus Sicht des Bundesministeriums der Finanzen werden wichtige Aspekte der Finanzkriminalitätsbekämpfung im BBF zusammengeführt: Analyse (Financial Intelligence Unit, FIU), strafrechtliche Ermittlungen (Ermittlungszentrum Geldwäsche) und Aufsicht (Zentralstelle für Geldwäscheaufsicht, ZfG). Perspektivisch soll neben der FIU auch die bereits 2022 eingerichtete Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS) in das BBF integriert werden.

➡ **An der grundsätzlichen Zuständigkeit der BaFin für die GwG-Aufsicht gemäß § 50 Nr. 1 GwG ändert sich durch das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz nichts.**

Neben der Einordnung in die neue behördliche Struktur soll dem Sorgenkind der letzten Jahre, der FIU, auch die im Jahr 2023 beschlossene risikobasierte Arbeitsweise zu Gute kommen. Um ihrem Kernauftrag, der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, künftig besser nachzukommen, wird die FIU nicht mehr verpflichtet sein, alle eingegangenen Verdachtsmeldungen zu analysieren

und weiterzuleiten. Der erst Ende 2023 erschienene FIU-Jahresbericht für das Jahr 2022 belegt die bereits erwartete Tendenz bei der Zahl der Meldungen, denn die Anzahl der eingegangenen Verdachtsmeldungen war erneut auf insgesamt 337.186 gestiegen im Vergleich zu den 298.507 Meldungen des Vorjahreszeitraums (2021). Bei den Verpflichteten ist leider keine Erleichterung durch die beschlossene risikobasierte Arbeitsweise der FIU zu erwarten, denn es bleibt bei den rigiden Vorgaben der Aufsicht zur Abgabe von Verdachtsmeldungen und dem unglücklichen All-Crimes-Approach; das im Jahr 2023 erschienene Eckpunktepapier von FIU und BaFin mit seiner überschaubaren Negativliste gliedert somit einen Tropfen auf den heißen Stein.

Im Jahr 2024 wird sich der Blick der Finanzindustrie wieder verstärkt nach Brüssel und Straßburg richten, da mit dem Abschluss der Verhandlungen über das EU-Geldwäschepaket zu rechnen ist. Die neue Verordnung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird EU-weit einheitliche Standards setzen und aus Sicht der im Binnenmarkt grenzüberschreitend tätigen Unternehmen bzw. Gruppen von Unternehmen lokale Anforderungen minimieren. Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich die neuen europäischen Vorgaben in der Praxis auswirken werden; vielfach zeichnen sich strengere Vorgaben, wie z. B. im Bereich der Transparenz wirtschaftlich Berechtigter, ab. Auch wird im Jahr 2024 über die neue europäische Aufsichtsstruktur entschieden: die neue Behörde AMLA soll u. a. direkte Aufsichtsbefugnisse erhalten. Der Sitz der neuen Behörde soll in einem neuartigen Verfahren zwischen dem Rat und dem Parlament anhand vorab beschlossener Bewertungskriterien beschlossen werden.

➡ **Der VAB unterstützt die Bewerbung Frankfurts für den Sitz der AMLA; viele Vorteile und Synergieeffekte sprechen dafür.**

Bankinfrastruktur

Die Informations- und Telekommunikationstechnologien (IKT) bilden die entscheidende Infrastruktur für die Finanzindustrie. Durch die DORA-Verordnung wird es im Jahr 2024 hohe Anforderungen an Projekte zur Anpassung dieser IKT-Infrastruktur zur Erreichung eines verlässlichen Resilienzlevels geben. Zum Abschluss des Jahres 2023 leiteten die drei europäischen Aufsichtsbehörden (EBA, EIOPA und ESMA) Konsultationen über das zweite Bündel regulatorischer Standards und Leitlinien ein, die DORA im Detail erläutern und ausdifferenzieren. Bereits 2024 muss die Finanzindustrie soweit wie möglich Implementierungsmaßnahmen auf Grundlage der Entwürfe treffen, da der grundlegende Rechtsakt bereits im Januar 2025 anzuwenden sein wird. Der VAB wird seine Mitglieder mit praxisorientierten Veranstaltungen hierbei unterstützen.

➡ **Der europäische Gesetzgeber hat eine Doppelregulierung durch DORA und durch die neuen Anforderungen beim Schutz kritischer Infrastrukturen (NIS2, CER) vermieden und festgelegt, dass für Unternehmen, die DORA umsetzen müssen, die maßgeblichen Pflichten im Bereich KRITIS dadurch bereits erfüllt werden, wie u. a. die Regulierung mit Bezug auf Risikomanagementmaßnahmen und die Berichtspflichten im Bereich der Cybersicherheit.**

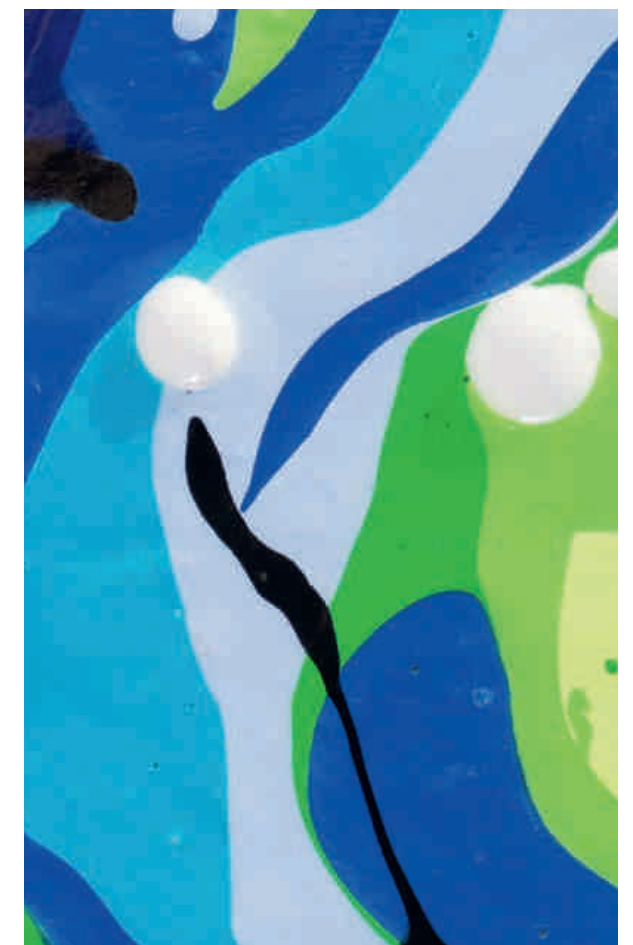
Der VAB hatte sich im Verlauf des Jahres 2023 an einer Kooperation zwischen Aufsicht und Finanzunternehmen beteiligt, bei der ein Mapping zwischen den Anforderungen aus DORA und den bisher gültigen Regelungen aus BAIT/VAIT durchgeführt worden ist. Die Veröffentlichung der Ergebnisse durch die Aufsicht ist im Jahresverlauf 2024 zu erwarten. Mit dem Mapping sollen auch die Finanzunternehmen darin unterstützt werden, zielgenaue Implementierungsmaßnahmen treffen zu können, da man in Deutschland mit BAIT/VAIT bereits auf einer ähnlichen Regulierung aufsetzt. Darüber hinaus erwarten wir von der Aufsicht, dass BAIT/VAIT keine eigenständige Zukunft mehr neben DORA haben werden, da eine Doppelregulierung auf nationaler Ebene unzulässig ist.

Im Infrastrukturbereich der Zahlungsverkehrsabwicklung stehen im Jahr 2024 neue Herausforderungen an: Sofortzahlungen (Instant Payments) sollen künftig von allen Banken verpflichtend angeboten werden. Vorschläge für Ausnahmen von dieser Pflicht, die der VAB neben vielen anderen Stakeholdern vorgebracht hatte, konnten sich leider nicht durchsetzen. Anders sah dies beim Entwurf einer neuen EU-Zahlungsdienstverordnung (PSR) aus, die künftig die maßgeblichen Inhalte der Aufsichtsregularien bei der Erbringung von Zahlungsdiensten beinhalten und neben der verschlankten Richtlinie PSD3 stehen soll. Die bereits seit langem vom VAB geforderte Möglichkeit, Institute von der Pflicht zu befreien, eine Kontozugangsschnittstelle verpflichtend bereitzustellen, sofern die Aufsicht dem zustimmt, wurde nun in Betracht gezogen und kann kleine, spezialisierte Auslandsbanken spürbar entlasten.

Ob das im Jahr 2023 auf den Weg gebrachte Regulierungsvorhaben des Digitalen Euro, welches die Auslandsbanken im Bereich Zahlungsverkehr und Kontoführung vor weitere Herausforderungen stellen würde, zum Abschluss kommen wird, ist zum Jahresanfang 2024 noch nicht absehbar. Neben der auf EU-Ebene zu verhandelnden Rechtsgrundlage für einen Digitalen Euro braucht es einen Beschluss durch die Europäische Zentralbank (EZB), um diese digitale Währung auf den Weg zu bringen.

Im Bereich des Meldewesens steht bei den Kreditinstituten im Jahr 2024 die Umsetzung des neuen europäischen Reportings über die Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch (IRRBB) an; im Herbst 2024 beginnt dieses neue Meldewesen, das eng mit dem Regulierungspaket der Europäischen Banken aufsichtsbehörde (EBA) zum Thema Zinsänderungsrisiken verknüpft ist. Zu Beginn des Jahres 2024 leitete die EBA zudem das Verfahren zur Überarbeitung des CRR-Meldewesens ein, welches mit der neuen CRR-Novelle umzusetzen sein wird. Bei der Ausarbeitung der neuen Anforderungen hat sich die EBA u. a. um eine Angleichung und Integration der Offenlegungs- und Melderahmenwerke bemüht, um den Instituten die Einhaltung beider Anforderungen zu erleichtern.

Abschließend biegt auch die erneute Erweiterung und Reform des Common Reporting Standard (CRS), der dem internationalen Austausch von Finanzinformationen dient, in die Zielgerade ein. Zusammen wird auch ein steuerlicher Austausch über das Kryptogeschäft (CARF) eingeführt.



VAB-Mitgliedsinstitute



Afrika

Ägypten (1), Marokko (2)

Asien

Bahrain (1), China (5), Indien (2), Iran (5), Japan (11), Jordanien (1), Korea (4), Taiwan (2), Türkei (6), Vietnam (1)

Australien

Australien (2)

Europa

Belgien (1), Dänemark (1), Frankreich (42), Griechenland (1), Großbritannien (18), Irland (1), Italien (3), Liechtenstein (1), Luxemburg (2), Niederlande (9), Norwegen (1), Österreich (9), Polen (1), Schweden (2), Schweiz (13), Spanien (4), Zypern (1)

Nordamerika

Bermuda (3), USA (35)

Südamerika

Brasilien (1)

I Afrika

Ägypten

- Misr Bank – Europe GmbH

Marokko

- Attjariwafa Bank Europe Niederlassung Frankfurt
- Chaabi Bank Zweig Niederlassung Deutschland

I Asien

Bahrain

- Arab Banking Corporation SA, Niederlassung Frankfurt

China

- Agricultural Bank of China Ltd., Frankfurt Branch
- Bank of China Limited, Frankfurt Branch
- Bank of Communications Co., Ltd., Frankfurt Branch
- China Construction Bank Corporation, Niederlassung Frankfurt
- Industrial and Commercial Bank of China Limited Frankfurt Branch

Indien

- ICICI Bank UK PLC Germany Branch
- State Bank of India, Zweigniederlassung Frankfurt am Main

Iran

- Bank Melli Iran
- Bank Sepah-Iran, Filiale Frankfurt
- Europäisch-Iranische Handelsbank AG
- Middle East Bank, Munich Branch
- Saman Bank, Niederlassung Frankfurt

Japan

- Daiwa Capital Markets Deutschland GmbH
- Instinet Germany GmbH
- Mizuho Bank, Ltd., Filiale Düsseldorf
- Mizuho Securities Europe GmbH
- MUFG Bank (Europe) N.V., Germany Branch
- MUFG Europe Lease (Deutschland) GmbH i.L.
- MUFG Securities EMEA plc
- Nomura Asset Management Europe KVG mbH
- Nomura Financial Products Europe GmbH
- SMBC Bank EU AG
- Sumitomo Mitsui Banking Corporation Filiale Düsseldorf

Jordanien

- Europe Arab Bank SA

Korea

- KEB Hana Bank (Deutschland) AG
- Korea Development Bank Frankfurt Representative Office
- SHINHAN Bank Europe GmbH
- Woori Bank Europe GmbH

Taiwan

- Bank of Taiwan Frankfurt Representative Office
- First Commercial Bank, Ltd., Frankfurt Branch

Türkei

- Akbank AG
- İşbank AG
- KT Bank AG
- OYAK ANKER Bank GmbH
- VakıfBank International AG, Wien, Zweigniederlassung Deutschland
- Ziraat Bank International AG

Vietnam

- Vietinbank Filiale Deutschland

I Australien

Australien

- Australia and New Zealand Banking Group Ltd., Niederlassung Frankfurt am Main
- Westpac Europe GmbH

I Europa

Belgien

- KBC Bank N.V. Niederlassung Deutschland

Dänemark

- Syd Fund Management A/S

Frankreich

- Amundi Deutschland GmbH
- ARVAL Deutschland GmbH
- Bank Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe GmbH
- BDK Leasing und Service GmbH
- BGL BNP Paribas
- BNP Paribas Asset Management
- BNP Paribas Factor GmbH
- BNP Paribas Lease Group S.A., Zweigniederlassung Deutschland
- BNP Paribas Real Estate Investment Management Germany GmbH
- BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland
- CACEIS Bank S.A. Germany Branch
- CACEIS Fonds Service GmbH
- CIC Repräsentanz für Deutschland
- CLAAS FINACIAL SERVICES S.A.S. Zweigniederlassung Deutschland
- CNH Industrial Capital Europe S.A.S. Zweigniederlassung Deutschland
- Coface Debitorenmanagement GmbH
- Coface Deutschland, Niederlassung der Coface S.A.
- Coface Finanz GmbH
- Coface Rating GmbH
- Consors Finanz BNB Paribas
- Crédit Agricole Corporate and Investment Bank Deutschland
- Crédit Agricole Leasing & Factoring SA - Niederlassung Deutschland
- Credit Mutuel Leasing GmbH
- CreditPlus Bank AG
- GEFA Bank AG
- Hanseatic Bank GmbH & Co. KG
- IC Financial Services S.A. Zweigniederlassung Deutschland
- JCB Finances SAS, Zweigniederlassung Deutschland
- Natixis Investment Managers S.A., Zweigniederlassung Deutschland
- NATIXIS Pfandbriefbank AG
- NATIXIS Zweigniederlassung Deutschland
- ODOO BHF Asset Management GmbH
- ODOO BHF Corporates & Markets AG
- SG Equipment Finances SA & Co. KG
- Société Générale S.A. Frankfurt am Main
- Société Générale Secururities Services GmbH
- Stellantis Bank S.A., Niederlassung Deutschland
- TARGO Deutschland GmbH
- TARGO Factoring GmbH
- TARGO Leasing GmbH
- TARGO BANK AG
- Treezor SAS

Griechenland

- PIRAEUS BANK S.A.

Großbritannien

- BAL Global Finance (Deutschland) GmbH
- Barclays Bank Ireland PLC Frankfurt Branch
- Barclays Bank Ireland PLC, Hamburg Branch
- CMS Markets Germany GmbH
- FNZ Bank SE
- IG Europe GmbH
- Invesco Asset Management Deutschland GmbH
- Lloyds Bank Corporate Markets, Wertpapierhandelsbank GmbH
- Lynx B.V. Germany Branch
- National Westminster Bank Plc, Niederlassung Deutschland
- NatWest Bank Europe GmbH
- NatWest Markets N.V., Niederlassung Deutschland
- NatWest Markets Plc, Niederlassung Frankfurt
- Nimuna Finesto GmbH

- RBC Capital Markets (Europe) GmbH
- Standard Chartered Bank AG
- TP ICAP (Europe) S.A., Frankfurt Branch
- Trive Europe Financial Services GmbH

Irland

- Bank of Ireland, Zweigniederlassung Frankfurt

Italien

- CA Auto Bank S.p.A. Niederlassung Deutschland
- Intesa Sanpaolo S.p.A. , Filiale Frankfurt am Main
- Südtiroler Sparkasse AG, Niederlassung München
- Cassa di Risparmio di Bolzano S.p.a.

Lichtenstein

- LGT Bank AG Zweigniederlassung Deutschland

Luxemburg

- Banking Circle S.A. – German Branch
- Fortis Lease Deutschland GmbH

Niederlande

- ABN AMRO Asset Based Finance N.V., Niederlassung Deutschland
- ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch
- De Lage Landen International B.V., Deutsche Niederlassung
- De Lage Landen Leasing GmbH
- DHB Bank N.V., Filiale Düsseldorf
- ING Bank, eine Niederlassung der ING-DiBa AG
- NIBC Bank N.V., Zweigniederlassung Frankfurt
- Rabobank Frankfurt, Coöperatieve Rabobank U. A., Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Triodos Bank N.V. Deutschland

Norwegen

- DNB Bank ASA Filiale Deutschland

Österreich

- activ factoring AG
- Austria Leasing Gesellschaft mbH, Mitglied der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich
- Oberbank AG, Niederlassung Deutschland
- Raiffeisen Bank International AG, Niederlassung Frankfurt
- Raiffeisen Kapitalanlage GmbH
- Raiffeisen-IMPULS Finance & Lease GmbH
- Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG
- Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Zweigniederlassung Süddeutschland
- Reiffeisen-Landesbank Steiermark AG

Polen

- PKO Bank Polski S.A. Niederlassung Deutschland

Schweden

- Ikano Bank AB (publ), Zweigniederlassung Deutschland
- SEB AB, Frankfurt Branch

Schweiz

- Bank Julius Bär Deutschland AG
- Bank Pictet & Cie (Europe) AG
- Bank Vontobel Europe AG
- Credit Suisse (Deutschland) AG
- Pictet & Cie (Europe) SA, Niederlassung Deutschland
- Leonteq Securities (Europe) GmbH
- Pictet Asset Management (Europe) S.A. Niederlassung Deutschland
- SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH
- St. Galler Kantonalbank Deutschland AG
- Stifel Europe Bank AG
- UBS Asset Management (Deutschland) GmbH
- UBS Europe SE
- Vontobel Financial Products GmbH
- VZ VermögensZentrum Bank AG

Spanien

- Banco Bilbao Vizcaya Argentaria S.A., Niederlassung Deutschland
- Banco Santander, S.A., Filiale Frankfurt am Main
- CaixaBank, S.A., Zweigniederlassung Deutschland
- Open Bank, S.A.

Zypern

- RoboMarkets Deutschland GmbH

I Nordamerika

Bermuda

- FIL Finance Services GmbH
- FIL Fondsbank GmbH
- FIL Investment Services GmbH

USA

- American Express Europe S.A. (Germany branch)
- American Express International, Inc., Niederlassung Deutschland, Frankfurt a. M.
- American Express Payments Europe, Service Limited (Germany Branch)
- Bank of America Europe Designated Activity Company, Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Bank of America Military Banking Overseas Division
- Bank of America, N.A., Frankfurt Branch
- BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH
- Citibank Europe plc, Germany Branch
- Citibank N.A. in New York, Filiale Frankfurt/Main
- Citicorp Leasing (Deutschland) GmbH
- Citigroup Global Markets Europe AG
- Citigroup Global Markets Finance Corporation & Co. beschränkt haftende KG
- Evercore GmbH
- Gamma Trans Leasing Verwaltungs-GmbH
- Goldman Sachs Bank Europe SE
- Goldman Sachs International, Zweigniederlassung Frankfurt
- IKB Deutsche Industriebank AG
- International Card Services B.V., Niederlassung Deutschland
- J.P. Morgan Bank Luxembourg S.A., Frankfurt Branch
- JP Morgan SE
- J.P. Morgan Securities plc, Frankfurt Branch
- Jefferies GmbH
- JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Frankfurt Branch
- Morgan Stanley Bank AG
- Morgan Stanley Europe SE
- Nuveen Asset Management Europe S.à.r.l., Germany
- PayPal Limited, German Branch
- Raisin Bank AG
- State Street Bank International GmbH
- State Street Global Advisors Europe Limited, Zweigniederlassung Deutschland
- The Bank of New York Mellon SA/NV, Asset Servicing, Niederlassung Frankfurt am Main
- The Bank of New York Mellon, Filiale Frankfurt
- Threadneedle Management Luxembourg S.A., Germany Branch
- Wells Fargo Bank International UC, Niederlassung Frankfurt
- Western Union Northern Europe GmbH

I Südamerika

Brasilien

- Banco do Brasil S.A., Zweigniederlassung Frankfurt/Main

I Internationaler Streubesitz

- ProCredit Bank AG
- ProCredit Holding AG & Co. KGaA
- Varengold Bank AG

 i Zuordnung nach Herkunftsland des Instituts bzw. der Institutsgruppe Stand 31.12.2023

STATISTIKEN

Prägung des deutschen Finanzmarktes durch Auslandsbanken

Die Größe und der Erfolg der Auslandsbanken in Deutschland sind zumeist das Ergebnis vieler Jahrzehnte der Präsenz und der aktiven Marktbearbeitung in Deutschland. Einige Institute haben zudem als Folge des Brexits durch Übertragung von Geschäft in ihre neuen oder umgewandelten deutschen Einheiten auch einen sprunghaften Geschäftszuwachs erlebt. Damit haben die in Deutschland tätigen internationalen Banken in vielen Geschäftsbereichen mittlerweile große Marktanteile erreicht und konnten diese auch in den schwierigen letzten Jahren behaupten oder ausbauen. Dies gilt besonders in der Handelsfinanzierung, im Wertpapiergeschäft sowie im Investmentbanking, in denen einige der VAB-Mitglieder absolut führend im Markt sind.

Die Bedeutung der Mitglieder im deutschen Markt bemisst sich aber nicht nur anhand ihrer schieren Größe in absoluten Zahlen, sondern auch an ihrem Engagement für die Fortentwicklung des Finanzplatzes in all seinen Dimensionen. Der VAB kanalisiert die Ideen der internationalen Banken auch im Jahr 2023 wieder in Richtung Politik und Aufsicht. Nicht zu vergessen ist, dass viele der Diskussionen und regulatorischen Veränderungen, die in Basel oder auf EU-Ebene im Grundsatz stattfinden und dann hier in Deutschland für die Anwendung im Detail umgesetzt bzw. geregelt werden, bereits maßgeblich von den Institutsgruppen auf

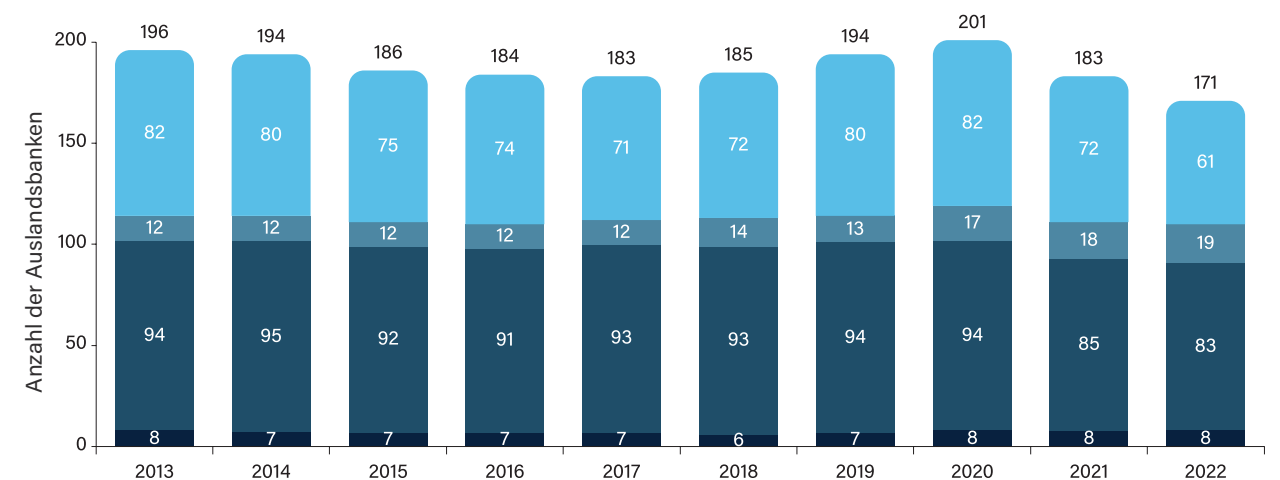
internationaler Ebene begleitet werden. Dadurch wird die fachliche Perspektive und Expertise der internationalen Institute früh eingebracht.

Für den VAB spielen Größe und Erfolg ihrer Mitglieder im deutschen Markt dennoch eine Rolle, wenn es um den fachlichen Austausch und um die Unterstützung in der Verbandsarbeit geht. Viele Mitglieder sind in Größenordnungen gewachsen, in denen sie erhebliche lokale Stabsabteilungen aufgebaut haben, die durch die Verankerung in ihren Institutsgruppen den internationalen fachlichen Blick auf die Regulierung und Aufsicht in Deutschland in die Arbeit des VAB einbringen können. Größe und Erfolg der VAB-Mitglieder spielen nicht zuletzt auch eine Rolle, um berechnete Forderungen und Petita der internationalen Banken im Konzert der vielen Interessenvertreter gegenüber Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen.

Auf den folgenden Seiten haben wir für Sie eine kleine Auswahl von Statistiken über den „Footprint“ der Auslandsbanken in Deutschland zusammengestellt. Sie beruhen entweder auf öffentlich zugänglichen Zahlen (insbesondere Zahlen der Bundesbank) oder werden seit Jahren im VAB zusammengetragen.

Anzahl der Auslandsbanken in Deutschland

Die Zahl der Auslandsbanken in Deutschland sinkt weiter gegenüber dem Vorjahr durch Konsolidierungen in den Institutsgruppen.

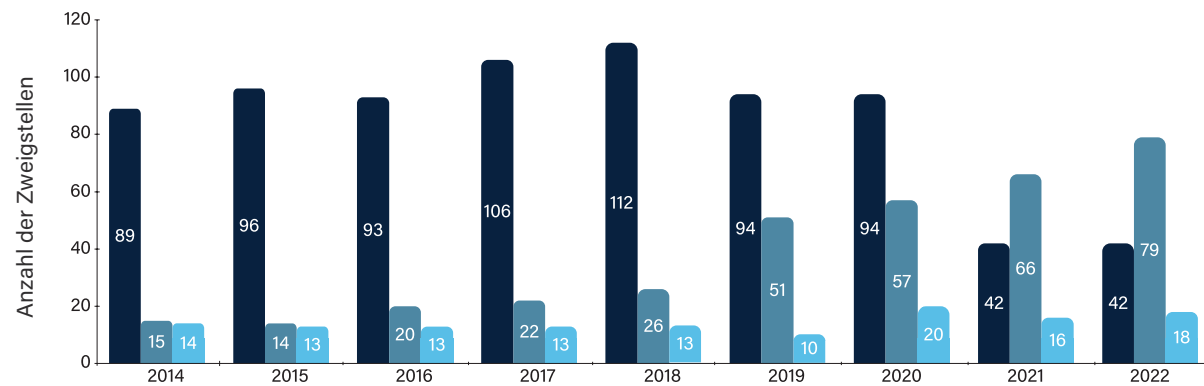


- Zweigniederlassungen gemäß § 53c KWG
- Zweigniederlassungen gemäß § 53b KWG
- Zweigstellen gemäß § 53 KWG
- Tochtergesellschaften ausländischer Banken

Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Anzahl der Zweigstellen ausländischer EWR-Finanzdienstleister (Nichtbanken) in Deutschland

Während die Zahl der inländischen Zweigstellen ausländischer Finanzdienstleister aus dem EWR als Folge des Brexits gesunken ist, hat sich die Zahl inländischer Zweigstellen ausländischer Kapitalverwaltungsgesellschaften aus dem EWR im Jahr 2022 kräftig erhöht.

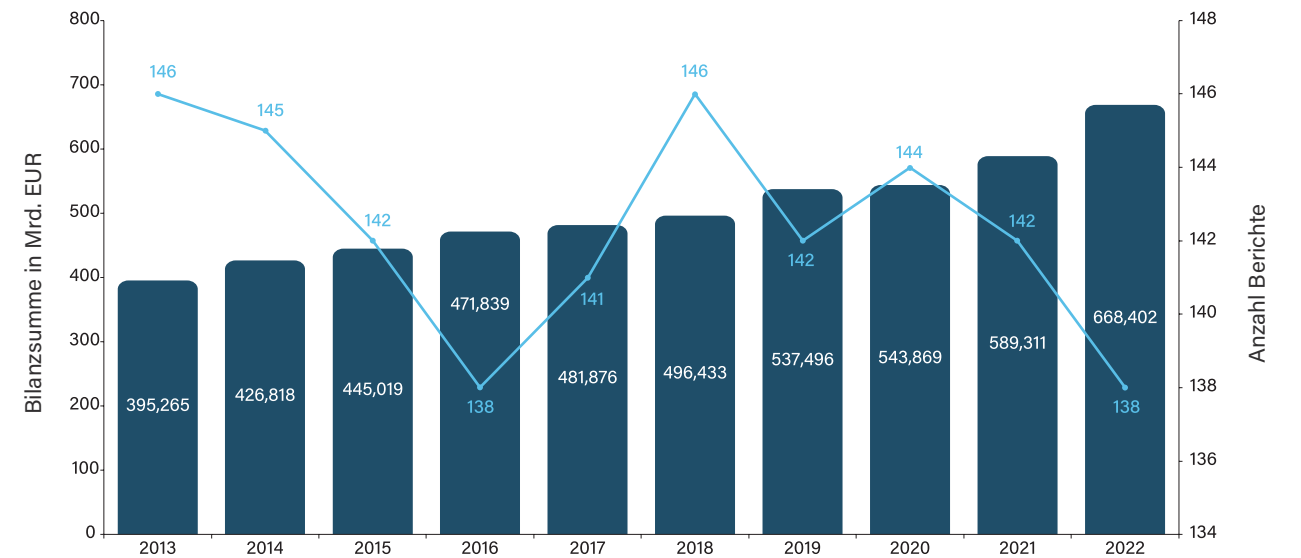


- Inländische Zweigstellen ausländischer Finanzdienstleister aus dem EWR
- Inländische Zweigstellen ausländischer Kapitalverwaltungsgesellschaften aus dem EWR
- Inländische Zweigstellen ausländischer Zahlungsinstitute aus dem EWR

Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Anzahl der BISTA-Meldungen und Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) der Auslandsbanken in Deutschland zum Meldemonat Dezember

Die Kreditvergabe der Auslandsbanken an Nichtbanken in Deutschland steigt seit dem Jahr 2013 kontinuierlich an, mit einem signifikanten Zuwachs im Jahr 2022.

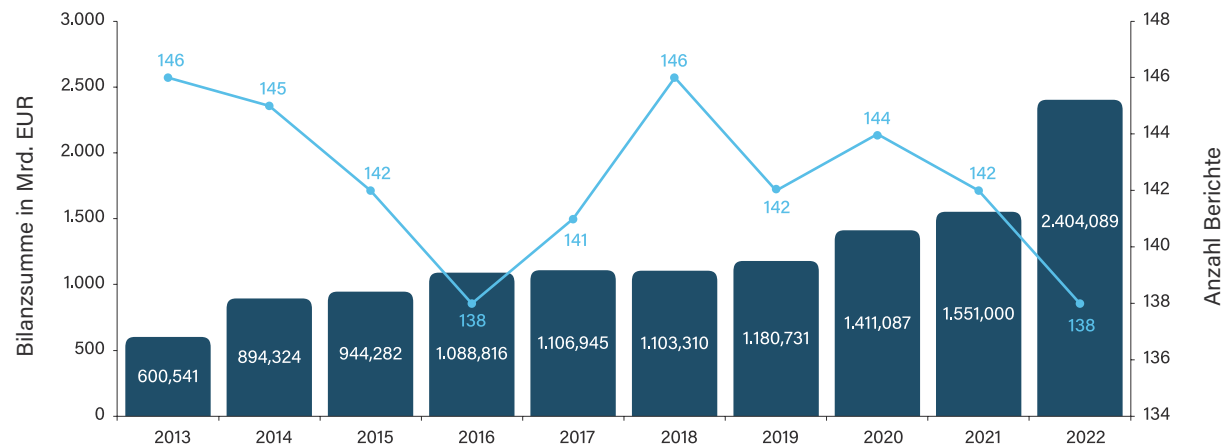


- Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) der Auslandsbanken in Deutschland
- Anzahl der berichtenden Auslandsbanken in Deutschland

Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Anzahl der BISTA-Meldungen und BISTA-Bilanzsummen der Auslandsbanken in Deutschland zum Meldemonat Dezember

Während die Zahl der berichtenden Banken gesunken ist, sind die Bilanzsummen der Auslandsbanken in Deutschland im Jahr 2022 auch aufgrund des Brexit-Effekts nochmals stark gestiegen.

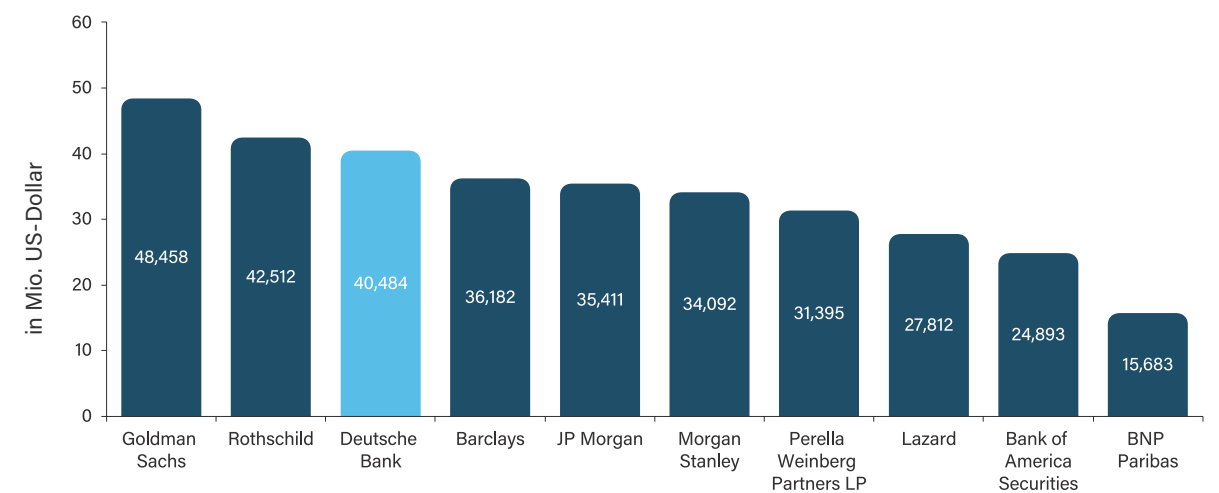


- Bilanzsumme der Auslandsbanken in Deutschland
- Anzahl der berichtenden Auslandsbanken in Deutschland

Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Fusionen und Übernahmen in Deutschland im Jahr 2022

Der Markt für Fusionen und Übernahmen ist weiterhin fest in der Hand der internationalen Finanzinstitute, sie stellen neun der erfolgreichsten Banken in diesem Bereich.

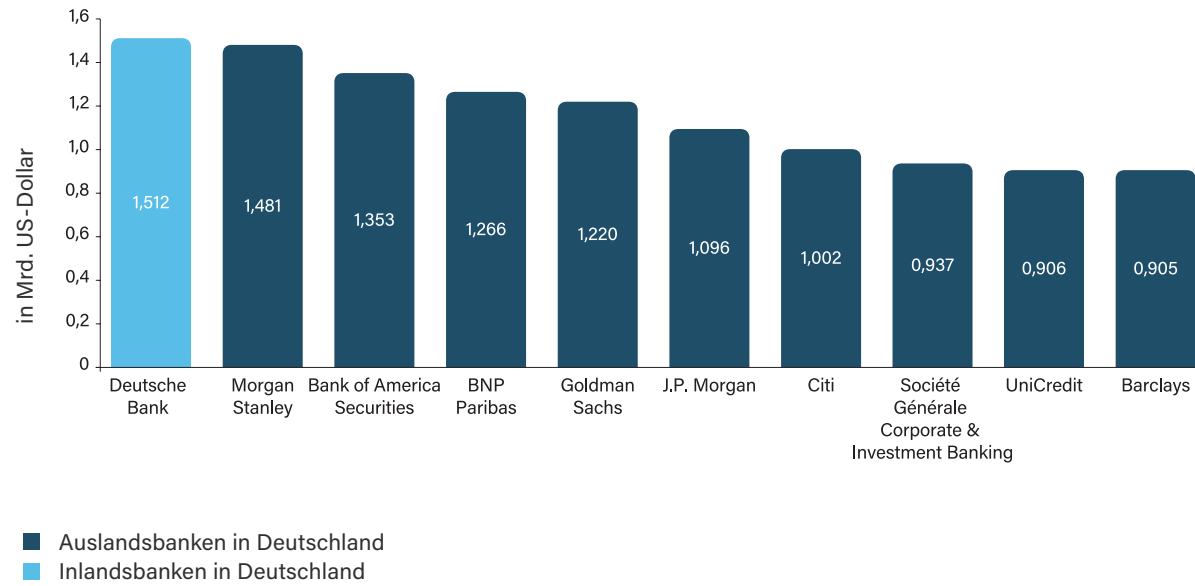


- Internationale Finanzinstitute in Deutschland
- Inlandsbanken in Deutschland

Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Aktienemissionen in Deutschland im Jahr 2022

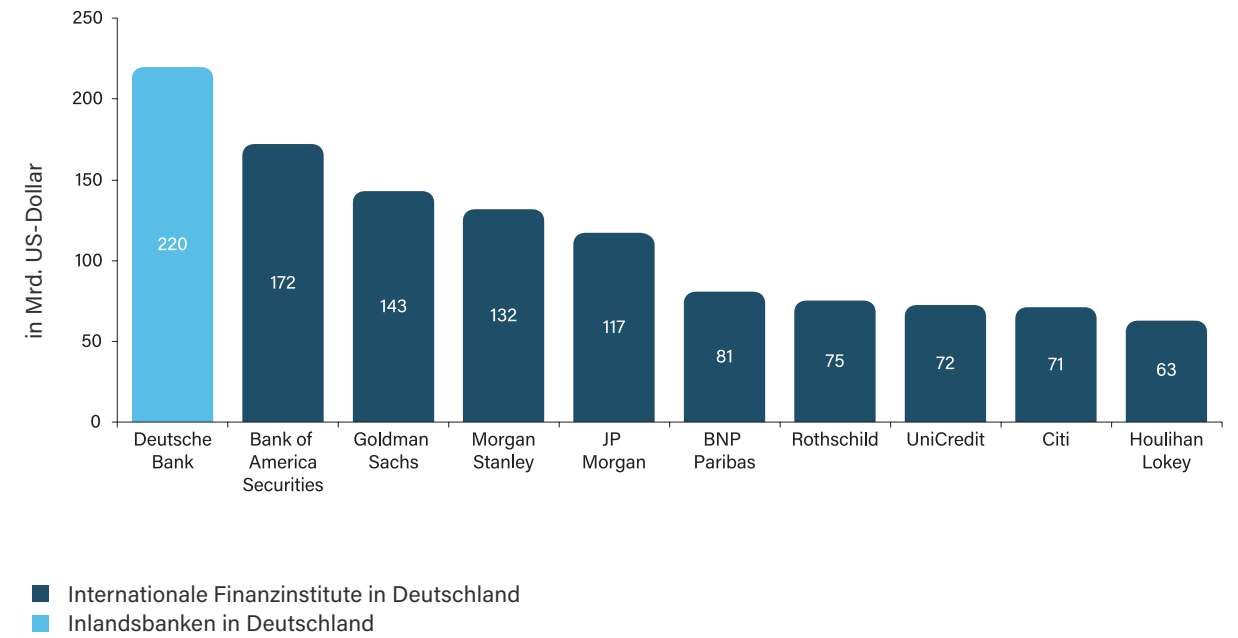
Im Jahr 2022 dominierten die internationalen Banken weiterhin das Aktienemissionsgeschäft in Deutschland.



Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Gebühren im Investment-Banking in Deutschland im Jahr 2022

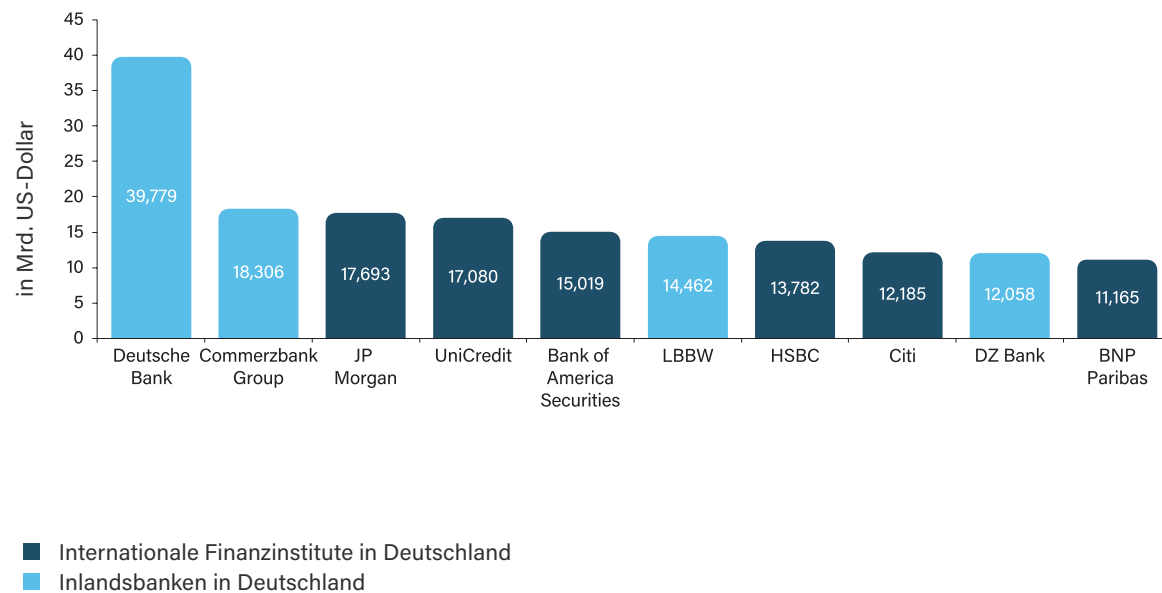
Internationale Finanzinstitute dominierten auch im Jahr 2022 weiter das Investmentbanking.



Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Anleiheemissionen in Deutschland im Jahr 2022

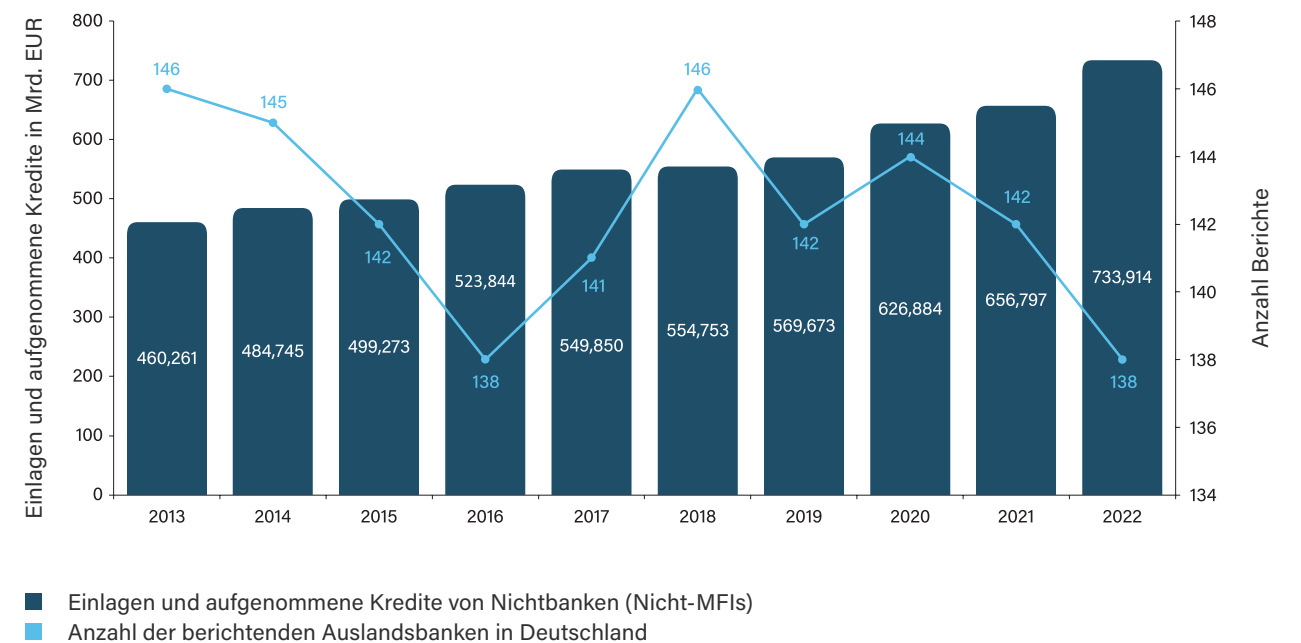
Im Anleiheemissionsgeschäft halten die internationalen Finanzinstitute weiterhin ihre Positionen in den Top 10.



Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Anzahl der BISTA-Meldungen der Auslandsbanken im Vergleich mit Einlagen und aufgenommenen Krediten von Nicht-Banken zum Meldemonat Dezember

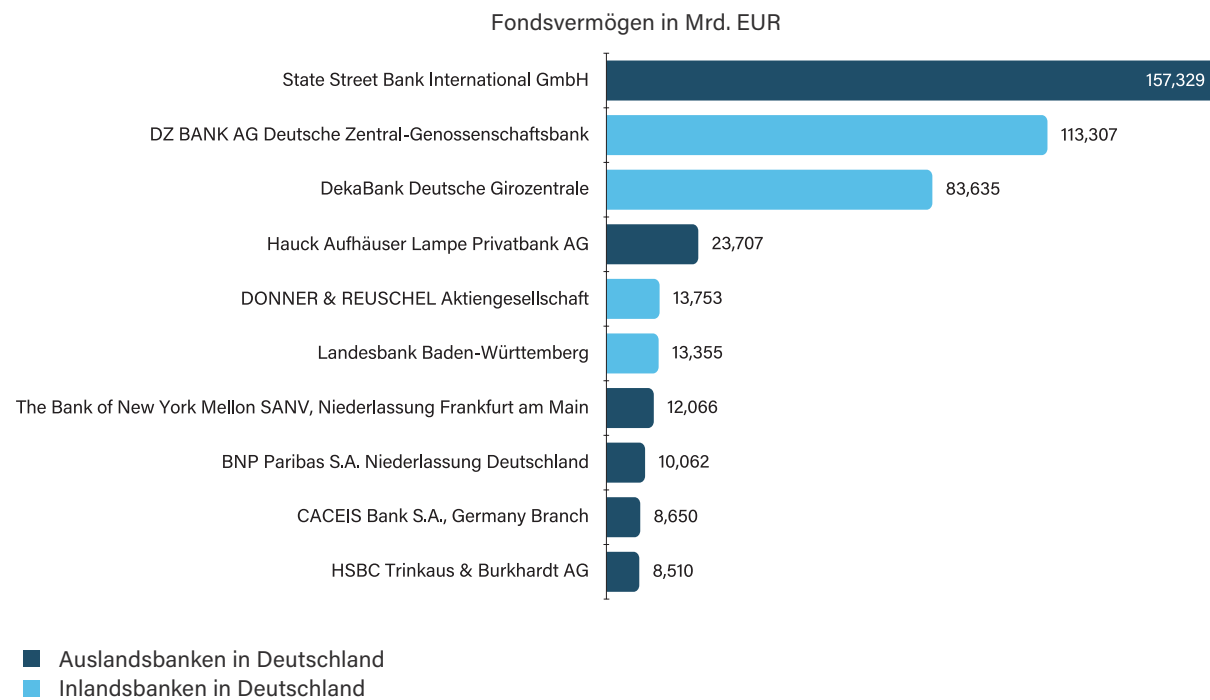
Im Jahr 2022 konnte ein stabiles Wachstum auf der Passivseite der Auslandsbanken verzeichnet werden.



Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Verwahrstellen Wertpapier-Publikumsfonds

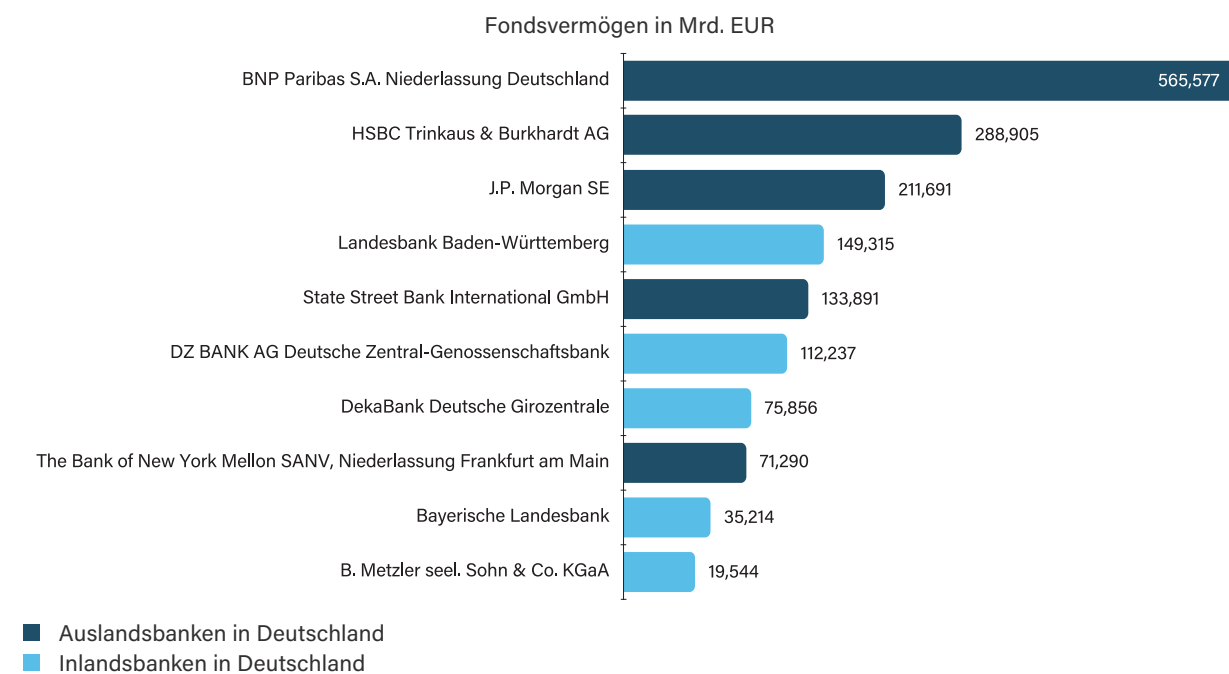
Das Verwahrstellengeschäft für Wertpapier-Publikumsfonds in Deutschland wurde auch im Jahr 2022 von einer Auslandsbank angeführt, aber deutsche Verwahrer prägen dennoch die Top Ten.



Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

Verwahrstellen Wertpapier-Spezialfonds

Ausländische Banken prägen das Verwahrgeschäft für Fondsvermögen deutscher Wertpapier-Spezialfonds auch im Jahr 2022.



Ausführliche Quellenangaben für diese Statistik finden Sie unter: www.vab.de/ueberblick/statistiken

RÜCKBLICK UND AUSBLICK

| Bankenaufsicht

| ESG, Vergütung und Lieferketten im Fokus

| Wertpapiergeschäft und Verwahrung

| Zivilrecht und Human Resource



Wolfgang Vahldiek

Stellvertretender Geschäftsführer
Direktor Recht

Bankenaufsicht

Die deutsche Aufsicht hat mehr „Biss“ ...

Die Bankenbranche in Deutschland ist sich einig: Die deutsche Aufsicht hat wieder „Biss“. Abzulesen ist dies unter anderem – aber nicht nur – an den zahlreichen Verfahren und Maßnahmen, die die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in den letzten Monaten gegen eine erhebliche Zahl einzelner Institute verhängt hat.

Außerdem wännen sich Fachleute der Banken- und Kapitalmarktregulatorik auch weiterhin in einer Art finanzpolitischem Punxsutawney (der Ort, in dem der Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ spielt). Es vergeht kein Jahr, ohne dass neue grundlegende regulatorische Reformen die Regelungsichte erhöhen. Das Jahr 2023 war insofern keine Ausnahme, und auch im Jahr 2024 stellen wir uns darauf ein. Die aktuell relevanten Akronyme lauten unter anderem DORA, CRD 6, CRR 3 und CMDI.

➔ **Der VAB ist unermüdlich darin, die sich abzeichnenden Knackpunkte der Regulierung möglichst frühzeitig zu erfassen und zu kommunizieren.**

Nun adressieren neue Regeln normalerweise den Regelfall – wie das Wort schon sagt. Was aber ist mit Instituten, die sich nicht adäquat nach Schema X beurteilen lassen, da ihr Geschäftsmodell und/oder ihre Organisationsstruktur Besonderheiten aufweisen? Die Auswirkungen von Details der Vorschriften auf spezielle Konstellationen sind häufig während des politischen Prozesses gar nicht überschaubar, die unbeabsichtigten Nebenfolgen besonders schwerwiegend und die nötigen Maßnahmen zur Abhilfe erklärungsbedürftig.

... doch Pragmatismus ist die Luft zum Atmen.

Ohne die Bereitschaft der Regulierungsbehörden, die Eigenheiten von einzelnen Instituten wohlwollend zu betrachten und nach sachgerechten Lösungen zu suchen, wird es auch in Zukunft nicht gehen. Der VAB ist unermüdlich darin, die sich abzeichnenden Knackpunkte der Regulierung möglichst frühzeitig zu erfassen und zu kommunizieren. Es geht uns dabei nie um strukturelle Besserstellung, sondern um das nötige Maß an Pragmatismus, um den betroffenen Instituten die nötige Luft zum Atmen zu belassen.

Weitere MaRisk-Novelle(n)

Bereits in der Ausgabe der „PERSPEKTIVEN 2022 → 2023“ wurde an dieser Stelle über die siebte MaRisk-Novelle berichtet. In dieser Novelle hat die Aufsicht in erster Linie die Umsetzung umfangreicher Vorgaben aus Leitlinien der EBA für die Kreditvergabe und Überwachung vorgenommen. Nachdem diese bereits im Bereich der direkt von der EZB beaufsichtigten signifikanten Institute umgesetzt waren, hat die BaFin nun in den MaRisk eine Lesart für die ihrer Zuständigkeit unterstehenden weniger signifikanten Institute (LSI) verankert.

Derweil steht bereits die Umsetzung von neuen EBA-Vorgaben zu Zinsänderungs- und Credit Spread-Risiken an. Aller Voraussicht nach wird diese Thematik in der dann achten MaRisk-Novelle im Jahr 2024 umgesetzt werden. Außerdem ist der VAB aktiv auf die Aufsicht zugegangen, um etwas mehr Methodenfreiheit im Bereich der Marktgleichheitskontrollen von Handelsgeschäften anzuregen. Zum Ende des Jahres 2023 sind wir guter Hoffnung, dass daraus die Akzeptanz von sogenannten Day 1-P&L-Methodiken zur Durchführung von Kontrollen der Marktgleichheit von Handelsgeschäften im Eigenhandel resultiert und ein praktikabler Rahmen hierfür geschaffen wird.

Weichenstellungen bei grenzüberschreitendem Geschäft

Einer der Hot Topics des Jahres 2024 wird sicherlich die aktuell verhandelte sechste Überarbeitung der Capital Requirements Directive sein – besser bekannt unter der Abkürzung CRD 6 – und deren Umsetzung in deutsches Recht, die ebenfalls ansteht.

Erstmals wird der europäische Gesetzgeber eine Regelung für grenzüberschreitende Geschäfte von in Drittstaaten ansässigen Instituten mit in der EU ansässigen Kunden schaffen. Hiernach wird es aller Voraussicht nach dazu kommen, dass solch grenzüberschreitendes Geschäft grundsätzlich nicht mehr zulässig sein soll, es sei denn, der EU-Kunde ist aus eigener Initiative heraus an das Drittstaaten-Institut herantreten (sog. „Reverse Solicitation“). Weitere Ausnahmen sollen gelten für grenzüberschreitende Geschäfte unter Kreditinstituten bzw. innerhalb von Institutsgruppen. Aber Achtung: Die Akquise von Kunden durch ein in der EU ansässiges Institut und die Weitervermittlung dieser Kundenbeziehung an ein Institut in einem Drittstaat fällt nicht unter die Ausnahme für „Reverse Solicitation“, denn dies wird durch den zukünftigen Richtlinienentwurf explizit ausgeschlossen.

➔ **Erstmals wird der europäische Gesetzgeber eine Regelung für grenzüberschreitende Geschäfte von in Drittstaaten ansässigen Instituten mit in der EU ansässigen Kunden schaffen.**

Greifen die geschilderten Ausnahmen nicht, werden Geschäfte mit in der EU ansässigen Kunden nur noch zulässig sein, wenn eine Drittstaaten-Zweigstelle in der EU errichtet wird. Doch auch hier gibt es einen Haken: Solche Zweigstellen haben keinen EU-Pass. Das bedeutet, sie dürfen aktiv nur in dem Land Kunden werben, in dem sie errichtet wurden. Kunden aus anderen EU-Mitgliedsstaaten können von ihnen wiederum nur im Wege der Reverse Solicitation angenommen werden.

EU-Regelungen für Drittstaaten-Zweigstellen

Die Drittstaaten-Zweigstellen werden ebenfalls einer europäischen Mindestharmonisierung unterworfen. Die neue CRD 6 wird hierzu Standards vorgeben, die als Mindeststandards von den Mitgliedsstaaten eingehalten werden müssen. Sie sind allerdings auch berechtigt, inhaltlich über diese Mindeststandards hinauszugehen. Ehrlicherweise muss man daher zum jetzigen Zeitpunkt sagen, dass man noch nicht genau weiß, wie die zukünftige Regelung zu Drittstaaten-Zweigstellen im deutschen Kreditwesengesetz aussehen wird. Einen Hinweis allerdings gibt es: Im Text der CRD 6 wird explizit erwähnt, dass Mitgliedsstaaten auch die Möglichkeit behalten, solche Zweigstellen wie vollwertige Kreditinstitute zu behandeln. Das würde dem Grundprinzip der heutigen deutschen Regelung in §§ 1a und 53 KWG entsprechen.

➔ **Mitgliedsstaaten werden auch die Möglichkeit behalten, Drittstaaten-Zweigstellen wie vollwertige Kreditinstitute zu behandeln.**

Geklärt ist auch, dass bereits bestehende Erlaubnisse von Zweigstellen von den Mitgliedsstaaten mit Bestandsschutz ausgestattet werden können. Andererseits zeichnen sich auch Bereiche ab, in denen sich die derzeitigen deutschen Anforderungen an Zweigstellen maßgeblich ändern könnten:

- Kapital und Liquidität von „befreiten“ Zweigstellen nach § 53c KWG
- Aufzeichnungspflichten hinsichtlich von Geschäften, die eine Zweigstelle akquiriert, aber an Schwesterzweigstellen oder das Head Office weiterleitet
- Verpflichtung zur Umwandlung einer Zweigstelle in ein Tochterinstitut, falls die Zweigstelle allein oder zusammen mit Schwesterzweigstellen systemrelevant ist

Krisenmanagement und Einlagensicherung

Im April 2023 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Reform der Regelungen zur Abwicklung von Kreditinstituten und zur Einlagensicherung vorgelegt. Er umfasst unter anderem Änderungsvorschläge zur Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (BRRD), zur Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-Verordnung), zur Einlagensicherungsrichtlinie (DGSD) und zur Änderung des sog. Daisy Chain Act. Der Vorschlag wurde aus Anlass der auf EU-Ebene politisch nicht gewünschten staatlichen Rettung kleinerer bzw. mittlerer Banken außerhalb des EU-rechtlichen Abwicklungsregimes entwickelt. Er soll, soweit die sicher begrüßenswerte Zielrichtung, die Fähigkeit des Finanzsystems und der Aufsicht verbessern, dafür sorgen, dass jede Bank im Falle eines Falles störungsfrei den Markt verlassen kann – unabhängig von ihrer Größe oder ihrem Geschäftsmodell.

➔ **Änderungen beim Einstieg in Frühinterventions- und Abwicklungsmaßnahmen könnten zu einer Ausweitung von Pflichten zur Abwicklungsplanung resultieren.**

Im Einzelnen schlägt die EU-Kommission unter anderem vor, die Abwicklungsregelungen nach BRRD und SRM-Verordnung im Krisenfall bei kleinen und mittleren Instituten auszuweiten. Änderungen beim Einstieg in Frühinterventions- und Abwicklungsmaßnahmen könnten zu einer Ausweitung von Pflichten zur Abwicklungsplanung resultieren. Außerdem sollen Abwicklungsbehörden auf Mittel der Einlagensicherung zum Schutz von Einlagen vor einem Bail-in auch über das Schutzniveau der Einlagensicherung hinaus zugreifen können, wenn Ansteckungsrisiken im Markt verhindert werden sollen.

Bleibt zu hoffen – und hiermit schließt sich der Kreis der Ausführungen in diesem Artikel –, dass die Bedenken hinsichtlich einer der potentiellen Nebenfolgen des Entwurfs, nämlich die Belastung kleiner und mittelgroßer Banken mit übermäßigen Aufwänden für die Abwicklungsplanung, politisch Gehör finden.



Dr. Anna L. Izzo-Wagner, LL.M. Eur.

Partnerin, Geschäftsführerin
Annerton Rechtsanwalts-gesellschaft mbH

Governance-Anforderungen in der CRD VI

Das Jahr 2023 hat hinsichtlich der Regulierung und Beaufsichtigung der unternehmensinternen Governance von Banken weitere Entwicklungen durchlaufen. Nennenswert ist hier insbesondere die derzeit verhandelte sechste Überarbeitung der Capital Requirements Directive (CRD VI), die wiederum durch die Capital Requirements Regulation (CRR III) flankiert wird. Dieser Beitrag soll sich nun auf zwei zentrale Regelungskomplexe konzentrieren: Zum einen soll die Reform des „Fit-and-proper“-Regimes für Manager und „key function holder“ betrachtet werden. Zum anderen soll ein Blick auf die sogenannten „cooling-off“-Zeiten für Aufsichtsmitarbeiter bei einem Wechsel in die Finanzbranche geworfen werden.

„Fit-and-proper“ Anforderungen

Der aktuelle CRD VI-Vorschlag sieht eine Reform des „Fit-and-proper“-Regimes vor, welches bislang in Art. 91 CRD geregelt ist, national in den §§ 25 lit. c, d KWG umgesetzt und von der EBA/ESMA, EZB und BaFin in Leitlinien, Leitfäden und Merkblätter weiter konkretisiert wurde. Die Vielfalt der Mitglieder des Leitungsorgans in Bezug auf Alter, Geschlecht, geografische Herkunft sowie Bildungs- und Berufshin tegrund wird dabei als eine Maxime für eine gute Verwaltung und die Förderung einer unabhängigen und kritischen Meinung betrachtet.

➡ Das „Fit-and-proper“-Regime kommt jedoch in seiner jetzigen Form einem Flickenteppich in den europäischen Staaten gleich.

Dass das „Fit-and-proper“-Regime jedoch in seiner jetzigen Form einem Flickenteppich in den europäischen Staaten gleichkommt, zeigt ein Blick auf seine Reichweite: Während in Deutschland bislang solche Anforderungen nur für Organmitglieder gelten, finden sie in anderen Jurisdiktionen bereits heute auch auf „key function holder“ Anwendung. „Key function holder“ sind Inhaber von Schlüsselfunktionen, die einen erheblichen Einfluss auf die Leitung des Instituts haben, ohne aber Teil des Leitungsorgans zu sein. Zu nennen sind hier etwa die Leiter der internen Kontrollfunktion, insbesondere Compliance, Risikomanagement und Interne Revision.

Anforderungen an Leitungsorgane

Die Anforderungen an die Leitungsorgane sollen, wie bisher, in Art. 91 CRD geregelt werden. Diese umfassen im dualistischen deutschen System sowohl die Mitglieder des Vorstandes bzw. der Geschäftsleitung als auch die Mitglieder des Verwaltungsrates bzw. des Aufsichtsrates.

Die Kriterien für die Eignung des Leitungsorgans sind in den einzelnen Instituten und Jurisdiktionen bereits bekannt. Danach ist ein potenzielles Mitglied eines Leitungsorgans im Sinne des Unionsrechts dann geeignet, wenn es über einen ausreichend guten Leumund sowie über ausreichende Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen verfügt. Zentraler Ansatzpunkt der Reform ist die Harmonisierung des Überprüfungsverfahrens. Dieses gliedert sich grundsätzlich in eine unternehmensinterne Prüfung und eine Prüfung durch die zuständige Behörde.

➡ Die Hauptverantwortung für die Beurteilung der Eignung der einzelnen Mitglieder verbleibt jedoch bei den einstellenden Unternehmen.

Da das zweigliedrige Überprüfungsverfahren ein Planungs- und Rechtssicherheitsrisiko für die Unternehmen darstellt, soll auch das Überprüfungsverfahren harmonisiert werden. Die Hauptverantwortung für die Beurteilung der Eignung der einzelnen Mitglieder verbleibt jedoch bei den einstellenden Unternehmen.

Die erste Stufe der Eignungsbeurteilung soll durch das anstellende Unternehmen vor Aufnahme der Tätigkeit des neuen Mitglieds erfolgen. Erst in einem zweiten Schritt soll eine Überprüfung durch die zuständige Behörde erfolgen. Die für die Eignungsbeurteilung erforderlichen Informationen sind vom Unternehmen einzuholen, auf dem aktuellen Stand zu halten und der zuständigen Behörde zu übermitteln. Darüber hinaus müssen die Unternehmen neue Informationen, die die Eignung eines Leitungsorgans beeinträchtigen könnten, unverzüglich an die zuständige Behörde weiterleiten.

Die Prüfung durch die zuständigen Behörden ist unionsrechtlich noch nicht harmonisiert: In einigen Mitgliedstaaten erfolgt die Eignungsprüfung aus einer ex-ante-Perspektive, in anderen aus einer ex-post-Perspektive. In Deutschland wird bisher nach der Art der Bestellung unterschieden. Bei der Eignungsprüfung von Geschäftsleitern wird bisher eine ex-ante-Prüfung vorgenommen, bei der Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern eine ex-post-Prüfung. Der Richtlinien-vorschlag sieht nun eine Harmonisierung des Verfahrens für große Institute vor; ob ein Institut ein großes Institut im Sinne der CRD-Richtlinie ist, richtet sich nach Art. 4 Abs. 1 Nr. 146 der VO (EU) Nr. 575/2013.

Für diese Institute soll nun zwingend eine ex-ante-Prüfung durchgeführt werden, wobei ausnahmsweise eine ex-post-Prüfung zulässig sein soll, wenn das jeweilige nationale Recht des Mitgliedstaates dies zulässt. Insofern bleibt abzuwarten, ob der deutsche Gesetzgeber die Möglichkeit, nach der die Eignungsprüfung von Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmitgliedern auch nach der Bestellung nachgeholt werden kann, aufgibt.

Anforderungen an „key function holders“

Die Einführung einer Eignungsprüfung für „key function holders“ stellt für das deutsche Aufsichtsrecht ein Novum dar und soll künftig in Art. 91 lit. a CRD normiert werden. Die Anforderungen an die Inhaber von Schlüsselfunktionen orientieren sich dabei grundsätzlich an den Anforderungen an die Leitungsorgane.

➡ Die Einführung der Eignungsprüfung für Inhaber von Schlüsselfunktionen führt unmittelbar zu einer erhöhten aufsichtsrechtlichen Erwartungshaltung an diese Positionen.

Die Einführung der Eignungsprüfung für Inhaber von Schlüsselfunktionen führt unmittelbar zu einer erhöhten aufsichtsrechtlichen Erwartungshaltung an diese Positionen. Dies kann im Umkehrschluss auch Auswirkungen auf die Rechtsstellung dieser Personen führen.

„Cooling-Off“-Zeiten von Aufsichtsmitarbeitern und Mitarbeitern von Dienstleistern

Die Europäische Kommission hat zudem die Möglichkeit von Interessenkonflikten bei dem Wechsel von Aufsichtsmitarbeitern in die Branche als Risiko für die Integrität des Finanzsystems der Union identifiziert. In diesem Zusammenhang sollen daher Mindestanforderungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten und zur Begrenzung des sogenannten „revolving-door“-Effekts festgelegt werden.

Dieser Effekt stellt im übertragenen Sinne eine Drehtür dar, die den Wechsel eines Beschäftigten aus dem öffentlichen Sektor in die Privatwirtschaft symbolisiert.

Art. 4 Abs. 4 lit. b CRD konkretisiert künftig die für die „cooling-off“-Zeiten relevanten Tätigkeiten. Unterschieden wird hier zwischen (1) der direkten Beteiligung an der Beaufsichtigung von Instituten und deren Mutter-, Tochter- oder verbundenen Unternehmen, (2) Unternehmen, die Dienstleistungen für die vorgenannten Institute erbringen oder (3) Unternehmen, die Lobbyarbeit bei der zuständigen Behörde betreiben, für die der Mitarbeiter oder das Mitglied des Leitungsorgans verantwortlich war. Die „cooling-off“-Zeit beginnt hier mit dem Tag, an dem die direkte Beaufsichtigung des Instituts endet.

Bei Einstellungen in den ersten beiden Gruppen beträgt die „cooling-off“-Zeit mindestens sechs Monate für Mitarbeiter und mindestens zwölf Monate für Mitglieder des Leitungsorgans. Bei der letztgenannten Untergruppe beträgt diese Zeit sowohl für Mitarbeiter als auch für die Mitglieder des Leitungsorgans mindestens drei Monate. Diese Mitarbeiter und Mitglieder des Leitungsorgans dürfen, während dieser „cooling-off“-Zeit, keinen Zugang zu Informationen über diese Institute und Unternehmen haben.

➡ Mitarbeiter und Mitglieder der Leitungsorgane, für die „cooling-off“-Zeiten gelten, sollten angemessen entschädigt werden.

Da diese „cooling-off“-Zeit für die Betroffenen einer Beschäftigungsbeschränkung gleichkommt, sieht der vorliegende CRD VI-Vorschlag eine angemessene Entschädigung für den Zeitraum vor, in dem die Betroffenen nicht in der Lage sind, eine Beschäftigung bei dem der Beschränkung unterliegenden Unternehmen aufzunehmen. Eine konkrete Berechnungsmethode für die Höhe und Art der Entschädigung wurde nicht festgelegt. Es wird lediglich festgehalten, dass die Höhe der Entschädigung in einem angemessenen Verhältnis zur Dauer der jeweiligen „cooling-off“-Zeit stehen soll. Die konkrete Art der Entschädigung soll von den jeweiligen Mitgliedstaaten festgelegt werden.

Die CRD VI-Richtlinie zeigt, dass die Entwicklung weiter voranschreitet und eine Harmonisierung angestrebt wird. Die hierzu zu erwartenden EBA-Leitlinien bleiben abzuwarten. Es bleibt abzuwarten, ob und welche etwaigen Anpassungen der einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere auch im Hinblick auf die Eignungsprüfung von Inhabern von Schlüsselfunktionen, vorgenommen werden. Fest steht jedoch, dass uns die CRD VI-Richtlinie im Jahr 2024 intensiv beschäftigen wird.

Annerton Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
Wöhlerstraße 5 | 60323 Frankfurt am Main
Aizzo-Wagner@annerton.com
www.annerton.com



Dr. Mélanie Liebert
Abteilungsleiterin Recht
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)

ESG, Vergütung und Lieferketten im Fokus

Im Jahr 2023 standen die kontinuierliche Weiterentwicklung der ESG-Regulierung, die Einführung neuer Regeln für den Umgang mit ESG-Risiken, der Entwurf von FAQs zur Institutsvergütungsverordnung für Banken und die Entwicklungen rund um die Lieferketten-Thematik im Rampenlicht. Diese Themen gehören zweifellos zu den Top 10 der wichtigsten Anliegen für die Finanzwirtschaft. Die Arbeit des VAB in diesen Themenfeldern zeichnete sich nicht nur durch einen intensiven Austausch mit der Aufsicht aus, sondern auch durch eine regelmäßige und umfassende Zusammenarbeit mit den Mitgliedsinstituten. Dabei wurden im Rahmen von Stellungnahmen, Workshops und Round Tables die Interessen der VAB-Mitglieder gegenüber Aufsichtsbehörden und dem Gesetzgeber konsequent vertreten.

ESG - Environmental, Social and Governance

Auch im Jahr 2023 wurde der ESG-Regulierungsrahmen stetig ausgeweitet, wobei folgende Schlüsselthemen hervorstechen:

- Weiterentwicklung des SFDR-, EU-Taxonomie- und CSRD-Rahmenwerks
- Neue Regeln zum Umgang mit ESG-Risiken
- Entwicklung eines European Green Bond Standard
- Einfluss von Greenwashing-Risiken

Weiterentwicklung des SFDR-, EU-Taxonomie- und CSRD-Rahmenwerks

Die Entwicklungen rund um die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), die Sustainable Finance Disclosure Regulation (Offenlegungsverordnung, SFDR) und die EU-Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten waren im Jahr 2023 von besonderer Bedeutung für die Finanzwirtschaft: In Bezug auf die Offenlegungsverordnung begann das Jahr 2023 mit dem Inkrafttreten der Regulatory Technical Stan-

dards (RTS) zur SFDR, die u. a. detaillierte Offenlegungsvorgaben an sog. Art. 8- und Art. 9-SFDR-Fonds enthielten. Im April 2023 veröffentlichten die Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) zwar bereits eine Konsultation mit dem Ziel der Überarbeitung der RTS; eine finale Veröffentlichung dieses Review-Vorschlags wird allerdings erst für das erste Quartal des Jahres 2024 erwartet. Im September 2023 hat die EU-Kommission zudem eine Konsultation zur Überprüfung des SFDR-Rahmenwerks angestoßen, die bis Dezember 2023 angesetzt war. Ergebnisse hierzu sind ebenfalls noch nicht bekannt.

Diese und weitere ESG-bezogene Entwicklungen haben im Jahr 2023 auch die deutsche Aufsicht intensiv beschäftigt. So hat die BaFin einen „Round Table ESG-Asset Management“ ins Leben gerufen, der viermal stattgefunden und an dem auch der VAB gemeinsam mit einem seiner Mitglieder teilgenommen hat. Inhaltlich wurden insbesondere die BaFin-Handreichungen zu den Vorlagen zu Art. 8 und Art. 9 SFDR aus Anhang II und III der RTS zur SFDR besprochen. Eine Fortsetzung dieses Round Tables ist auch im Jahr 2024 mit dem Ziel geplant, weitere ESG-bezogene Entwicklungen und Auswirkungen auf den Asset Management-Bereich zu besprechen.

In Bezug auf die Taxonomie-Verordnung sind vor allem die „Environmental Delegated Regulation“ zu den vier nicht-klimabezogenen Umweltzielen sowie die Änderungen an der „Disclosure Delegated Regulation“ und der „Climate Delegated Regulation“ hervorzuheben, die im November 2023 bereits im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurden. Mit Beginn des Jahres 2024 gelten hierzu verschiedene Umsetzungsfristen.

Des Weiteren trat Anfang 2023 die CSRD mit der Verpflichtung zur Umsetzung in nationales Recht bis Juli 2024 in Kraft. Wesentlicher Inhalt der CSRD ist die Implementierung von verbindlichen Regeln für die Nachhaltigkeitsberichterstattung, d. h. die Einführung sog. europäischer Berichtsstandards (European Sustainability Reporting Standards, ESRS)

für die drei ESG-Bereiche. Ein erstes Set an ESRS wurde Ende Juli 2023 verabschiedet, Ende Dezember 2023 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und ist damit ab dem Jahr 2024 verbindlich von allen verpflichteten Unternehmen, zu denen bereits in einem ersten Schritt auch einige Kreditinstitute zählen, zu beachten. Für die vollständige Rechtsklarheit fehlt nun nur noch die Umsetzung der CSRD ins deutsche Handelsgesetzbuch. Ein Referentenentwurf hierzu wird Anfang 2024 erwartet.

Damit ist die Umsetzung des europäischen Sustainable Finance Framework, dem insbesondere die obigen Verordnungen zuzuordnen sind, im Jahr 2023 wesentlich vorangeschritten. Auch im Jahr 2024 stehen hierzu weitere Entwicklungen verbunden mit weiteren umfangreichen Pflichten für die Finanzinstitute zur Diskussion.

Neue Regeln zum Umgang mit ESG-Risiken



Ein weiterer Fokus der Arbeit des VAB lag im Jahr 2023 auf den ESG-Risiken. So hat der VAB im April 2023 das zusammen mit der Kanzlei GSK STOCKMANN entwickelte Handbuch „Einfluss von ESG-Faktoren und ESG-Risiken auf Kreditinstitute und Wertpapierinstitute“ veröffentlicht. Neben der Klärung der Begriffe „ESG-Faktoren“ und „ESG-Risiken“ wurde

im Handbuch insbesondere der Frage nachgegangen, welche Betroffenheit sich konkret aus den ESG-Faktoren und ESG-Risiken für die Institute ableiten lässt.

Zudem steht spätestens seit der MaRisk-Novelle von Ende Juni 2023 die Verankerung von ESG-Risiken in das Risikomanagement von Instituten im Vordergrund.

Entwicklung eines European Green Bond Standard

Ende 2023 hat des Weiteren die Veröffentlichung des EU Green Bond Standards das Interesse des Marktes auf sich gezogen. Mit dieser Verordnung soll ein EU-weiter Marktstandard für „grüne“ Anleihen gesetzt werden. Die Anbieter solcher Produkte müssen ab Mitte Dezember 2024 verschiedene Anforderungen erfüllen.

Einfluss von Greenwashing-Risiken

Last but not least lag der Fokus der Arbeit des VAB, aber auch der Aufsicht, im Jahr 2023 auf dem Thema „Greenwashing“. So haben beispielsweise die ESAs der EU-Kommission Ende Mai 2023 Zwischenberichte zum Greenwashing vorgelegt, die u. a. ein erstes Begriffsverständnis und eine Kategorisierung von Greenwashing-Fallgruppen enthielten. Die BaFin hat ihrerseits diese Berichte sehr begrüßt und die Bekämpfung von Greenwashing als eines ihrer 10 Mittelfristziele auf ihre Agenda gesetzt.

Der nachfolgende Beitrag von Frau Dr. Julia Grothaus und Herrn Dr. Frederik Winter der Kanzlei Linklaters LLP mit dem Titel „Greenwashing im Finanzsektor – aktuelle Entwicklungen“ wird hierauf besonders eingehen und insbesondere die Herausforderungen für den Finanzsektor näher beleuchten.

Fazit

Insgesamt war das Jahr 2023 ein intensives Regulierungsjahr für ESG. Wie bereits angedeutet, erwarten wir dies auch für das Jahr 2024. Daher werden wir auch im neuen Jahr Seminare, Informationsveranstaltungen und AG-Sitzungen zu den verschiedenen ESG-Themen anbieten.

Vergütung

Im Jahr 2023 lag der Fokus im Bereich der Institutsvergütung auf der Konsultation des Entwurfs von Fragen und Antworten (FAQs) zur Institutsvergütungsverordnung (Instituts-VergV) für Kreditinstitute. Die finale Version dieser FAQs steht derzeit noch aus, da Ende Januar 2024 ein Workshop von BaFin und Deutsche Bundesbank geplant ist. Dieser Workshop zielte darauf ab, Erkenntnisse in die FAQs zur Instituts-VergV einfließen zu lassen. Der VAB hat aktiv daran teilgenommen und wird die Mitglieder wie gewohnt im Rahmen von AG-Sitzungen über den Fortschritt informieren.

Des Weiteren stand im Jahr 2023 die Veröffentlichung der finalen Fassung der Wertpapierinstituts-Vergütungsverordnung aus, die jedoch erst Anfang Januar 2024 erfolgt ist. Damit liegen nach einer Wartezeit von über einem Jahr nun endlich auch für Wertpapierinstitute finale Vergütungsregelungen vor.

Im Jahr 2024 wird das Thema Vergütung erneut einen Schwerpunkt in der Verbandsarbeit des VAB bilden. Geplant sind unter anderem eine Neuauflage des Handbuchs „Vergütungssysteme“ sowie eine Fortsetzung der Veranstaltung zu „Vergütungssystemen in der Jahresabschlussprüfung“.

Lieferketten

Mit Beginn des Jahres 2023 trat das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) in Kraft, das auch einige Mitglieder des VAB direkt betrifft. Besonders bedeutend für den Finanzsektor war die Veröffentlichung der „Handreichung zur Anwendung des LkSG auf die Kredit- und Versicherungswirtschaft“ im August 2023. Diese klärte, dass die Dienstleistungen von Kreditinstituten größtenteils vom Anwendungsbereich des LkSG ausgenommen sind. Dieser Ausschluss soll auch auf europäischer Ebene beibehalten werden: Ein vorläufiger Kompromissvorschlag zwischen Europäischem Parlament und Rat Ende 2023 legte fest, dass Finanzdienstleistungen vorübergehend von der Anwendung der EU-Lieferketten-Richtlinie ausgenommen werden sollen. Diese Entwicklungen werden weiterhin genau beobachtet und in regelmäßigen AG-Sitzungen ausführlich mit den VAB-Mitgliedern besprochen.



Dr. Frederik Winter
Partner
Financial Regulation, ESG
Linklaters LLP



Dr. Julia Grothaus
Partner
Litigation, Arbitration &
Investigations, ESG
Linklaters LLP

Greenwashing im Finanzsektor – aktuelle Entwicklungen

Motiviert durch internationale Initiativen zur Förderung des Übergangs in eine klimaresistente und kreislauforientierte Wirtschaft hat das Interesse an nachhaltigen (Finanz-)Produkten erheblich zugenommen. Die signifikanten internationalen Kapitalströme in Richtung ESG-Investitionen bergen aber auch die Gefahr, dass Institute Produkte als nachhaltig qualifizieren, die es nicht sind oder diese irre führend bewerben. Werden zugrundeliegende Umstände nicht hinreichend erklärt oder die vorgeblichen Eigenschaften nicht eingehalten, drohen zivil-, aufsichts- und ggf. sogar strafrechtliche Risiken. Im Einklang damit beschäftigen Greenwashing-Vorwürfe zunehmend Politik, Behörden und Gerichte in Europa und den USA.

Litigation- und Enforcement-Trends

Ein Blick auf aktuelle Litigation- und Enforcement-Trends zeigt die ganze Bandbreite der Risiken auf: Es gibt Ermittlungsverfahren von Finanzaufsichtsbehörden, wie der ASIC, der SEC und der BaFin, vereinzelt begleitet durch strafrechtliche Ermittlungen. Hinzu kommen Untersuchungen von Werbeaufsichts- und Kartellbehörden, die sich einzelne Unternehmen oder ganze Industrien vornehmen. In Deutschland und anderen kontinentaleuropäischen Ländern lässt sich darüber hinaus eine Vielzahl von Abmahnungen und Unterlassungsklagen von Verbraucherschutzorganisationen und NGOs feststellen.

Die Vorwürfe richten sich in aller Regel gegen produktbezogene Aussagen und verfolgen das Ziel, angeblich irreführende Geschäftspraktiken – insbesondere Werbeaussagen – zu verändern (etwa weil nicht hinreichend umfangreich z. B. zu Schätzungen und Annahmen aufgeklärt wird oder die Informationen nicht einfach zugänglich sind). Vereinzelt gibt es erste Schadensersatzklagen und Angriffe gegen die Nachhaltigkeitsaktivitäten von Unternehmen im Ganzen (derzeit vor allem gegen Unternehmen der Realwirtschaft).

➡ **Potentielle behördliche Untersuchungen oder Gerichtsverfahren wegen eines Greenwashing-Verdachts bergen für Unternehmen neben der Gefahr behördlicher und gerichtlicher Sanktionen vor allem auch die Gefahr öffentlichkeitswirksamer Reputationsschäden.**

Für die Betroffenen sind die Vorwürfe folgenswer, denn in Anbetracht von Bedeutung und Werbekraft legen Behörden und Gerichte hohe Maßstäbe an, die sich jüngst äußerst dynamisch entwickelt haben und stetig durch die Gesetzgeber befeuert werden (zuletzt etwa die Ende Oktober 2023 beschlossene Verschärfung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken). Entsprechende Verfahren beeinträchtigen unmittelbar die Reputation und münden regelmäßig in Bußgeldern und Werbeverböten.

Herausforderungen für den Finanzsektor

Bisher standen insbesondere produktspezifische Aussagen – vor allem im Kontext der Dienstleistungen von Asset-Managern – sowie die Unternehmensdarstellung von Kreditinstituten im Fokus potenzieller Greenwashing-Vorwürfe. Tatsächlich betrifft das Thema aber den gesamten Finanzsektor. Die Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) – einschließlich der EBA – unterscheiden in jüngsten Berichten zu Greenwashing-Risiken zwischen drei Gruppen von Akteuren: Trigger (etwa Emittenten und Asset-Manager), Spreader (etwa Anlageberater) und Receiver (etwa Privatanleger und Investoren), für die unterschiedliche Risiken bestehen. Bei Emittenten seien zukunftsgerichtete Informationen und Zusagen über künftige ESG-Leistungen besonderen Risiken ausgesetzt. Die Risikoexposition der Asset-Manager basiere demgegenüber häufig auf Nachhaltigkeitsaussagen im Zusammenhang mit Investitionsentscheidungen und dem Labelling von Fonds. Aus der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitspräferenzen bei der Beratung von Kleinanlegern kann sich nach Auffassung der europäischen Wertpapieraufsicht schließlich ein besonderes Greenwashing-Risiko für Wertpapierdienstleister ergeben.

➡ **Die ESAs differenzieren in ihren aktuellen Berichten zwischen Triggern (etwa Emittenten), Spreadern (etwa Anlageberatern) und Receivern (etwa Investoren) als Gruppen von Akteuren, denen sie jeweils ein tätigkeitsspezifisches Risikoprofil zuweisen. Dennoch wird eine Reduzierung des Greenwashing-Risikos für die vorbezeichneten Gruppen nicht zuletzt durch unzureichende gesetzliche Definitionen von Greenwashing und den relevanten Nachhaltigkeitsaussagen erschwert.**

Eine Eindämmung der Greenwashing-Risiken für die vorbezeichneten Gruppen wird nicht zuletzt dadurch erschwert, dass bisher weder auf europäischer noch auf nationalstaatlicher Ebene eine klar konturierte und ausreichend bestimmte Definition von Greenwashing und den relevanten Nachhaltigkeitsaussagen existiert. Allgemein formuliert ist unter Greenwashing die Verzerrung und Falschdarstellung von klima- und nachhaltigkeitsbezogenen Aspekten bei Nachhaltigkeitsaussagen zu verstehen. In den betreffenden Regelungsbereichen der Taxonomie-Verordnung bezeichnet Greenwashing die Praxis, sich durch die Bewerbung eines Finanzprodukts als „umweltfreundlich“ einen unfairen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, obwohl den grundlegenden Umweltstandards nicht entsprochen wird. Die ESAs haben in ihren Berichten zum Thema Greenwashing dagegen eine etwas weitere Definition gewählt, die vor allem den Aspekt der Irreführung stärker in den Vordergrund rückt. Aussagen zu Greenwashing finden sich in freiwilligen Angaben des Unternehmens oder in der verpflichtenden Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD, der SFDR und der Taxonomie-VO.

Die Ursachen für Greenwashing im Finanzsektor sind insgesamt vielschichtig und komplex. Neben den bereits dargestellten Problembereichen besteht aufgrund der hohen Nachfrage nach Produkten mit Nachhaltigkeitsmerkmalen ein erheblicher Wettbewerbsdruck auf Unternehmen, ihr Nachhaltigkeitsprofil kurzfristig mit einem nachhaltigen Produktangebot zu verbessern. Die Geschwindigkeit in der Produktpassung birgt nicht selten das Risiko, Nachhaltigkeitsaspekte zu überzeichnen. Daneben bestehen nach wie vor Probleme mit der Datenqualität sowie -verfügbarkeit. Zudem verfügen viele Marktteilnehmer schlicht nicht über die notwendige Nachhaltigkeitsexpertise. Schließlich erzeugt die hohe Regulierungsdynamik massive Unsicherheiten und Umsetzungsprobleme und erfordert mitunter eine reaktionsschnelle Prozess- und ggf. Produktpassung.

➡ **Sowohl der erhebliche Wettbewerbsdruck aufgrund der hohen Nachfrage nach nachhaltigen Produkten als auch die hohe Regulierungsdynamik erfordern von den Unternehmen reaktionsschnelle Prozess- und Produktpassungen, was mitunter zu Umsetzungsproblemen und zur Überzeichnung von Nachhaltigkeitsaspekten führt.**

Praktische Möglichkeiten der Risikoversorge

In Anbetracht der mit Greenwashing verbundenen Reputations- und Haftungsrisiken entscheiden sich Marktteilnehmer zunehmend für eine zurückhaltende Nachhaltigkeitskommunikation. Diese als „Green Hushing“ bezeichnete Strategie dürfte für Finanzdienstleister indes nicht immer eine gangbare Option darstellen, zumal diese durch die steigenden Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung ohnehin verpflichtet sind, ihre diesbezüglichen Bemühungen offenzulegen. In der Praxis haben sich daher zur Verbesserung der Qualität der Aussagen zu Nachhaltigkeit unter anderem folgende Leitplanken bewährt:

- Zunächst sollten Finanzdienstleister eine Bestandsaufnahme ihrer bisherigen umweltbezogenen Aussagen zu Produkten, Dienstleistungen und Zielen durchführen. Sodann sollten sie prüfen, ob die Aussagen richtig sind, auf einer ausreichenden Datengrundlage beruhen, ausreichend erläutert werden und alle relevanten Informationen enthalten.
- Es empfiehlt sich, klare Verantwortlichkeiten und Strukturen zu schaffen, die sicherstellen, dass die betreffenden Fachabteilungen und Führungskräfte umweltbezogene Aussagen und insbesondere Prognosen, die sie erarbeitet haben, vor ihrer Veröffentlichung noch einmal auf ihre Belastbarkeit überprüfen.
- Entscheidend ist daneben eine robuste Dokumentation der den Umweltaussagen zugrundeliegenden Daten, denn diese sollten jederzeit überprüfbar sein. Unternehmen sollten eine belastbare „Backup-Dokumentation“ erstellen, anhand derer klar nachvollzogen werden kann, auf welcher Grundlage sich das Unternehmen für die Verwendung einer konkreten umweltbezogenen Aussage entschieden hat.
- Unbestimmte und auslegungsfähige Begriffe wie „ökologisch“, „umweltfreundlich“ oder „grün“ sollten vermieden werden. Denn je unbestimmter ein Begriff ist, desto höher ist die Gefahr irreführender Aussagen und damit das Risiko, des Greenwashings beschuldigt zu werden.
- Zukunftsbezogene Aussagen und Absichtserklärungen sollten realistisch, messbar und objektiv überprüfbar sein und das Verständnis der Zielgruppe im Blick behalten. Finanzdienstleister sollten sich vor Augen führen, dass Behörden, Investoren und Verbraucher die Aussagen im Zeitverlauf überprüfen können.
- Schließlich sollten Emittenten (nachhaltigkeitsbezogene) Produktparameter transparenter gestalten, um Anlegern eine fundierte Investitionsentscheidung zu ermöglichen.

Linklaters

Linklaters LLP
Taunusanlage 8 | 60329 Frankfurt am Main
Frederik.Winter@linklaters.com | Julia.Grothaus@linklaters.com
www.linklaters.com



Sabine Kimmich

Abteilungsdirektorin Recht
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)

Wertpapiergeschäft und Verwahrung

Stetig ist nur der Wandel. Der Trend konstanter Weiterentwicklung und Neuerung im aufsichtsrechtlichen Bereich hat sich auch im Jahr 2023 fortgesetzt. Wir betrachten in diesem Artikel die Themenbereiche Wertpapiergeschäft und Verwahrung und blicken auf ein Jahr zurück, in dem bestehende Regelungen für das Wertpapiergeschäft nachgeschärft wurden, ein vergleichsweise neuer Regulierungsbereich rund um Kryptowerte und Kryptofinanzinstrumente sowie deren Verwahrung zunehmend klare Formen erhalten hat und sich mit dem Entwurf der EU-Kleinanlegerstrategie eine einschneidende Überarbeitung des MiFID II-Rechtsrahmens abzeichnet.

Entwicklungen im Wertpapiergeschäft

Während der Fokus in den letzten Jahren auf den Arbeiten der ESMA zur Anpassung bzw. Neuentwicklung von aufsichtlicher Guidance im Wertpapierbereich lag, stand das Jahr 2023 mehr unter dem Eindruck der Überführung einzelner Leitlinien in die Verwaltungspraxis der BaFin. Die MaComp wurden dahingehend angepasst, dass die ESMA-Leitlinien zur Angemessenheit in BT 6 der MaComp integriert wurden. Begrüßenswert war hier die erneute 1:1-Übernahme der Leitlinien durch die BaFin, die es den Betroffenen ermöglicht hat, bei ihren Umsetzungsarbeiten bereits auf den Leitlinien aufzusetzen. Die Überführung der ESMA-Leitlinien zur Product Governance und zur Geeignetheit in die MaComp steht noch aus, aber auch hier wurde eine 1:1-Umsetzung angekündigt. Diese Änderungen sowie weitere Entwicklungen, die hauptsächlich konkretisierender Natur waren, prägten den Anpassungsbedarf im Geschäftsbetrieb der Wertpapierdienstleistungsunternehmen.

Positiv war aus Sicht des VAB die auch in diesem Jahr spürbare Transparenz und Dialogbereitschaft der BaFin bei diesen Themen, die insbesondere durch themenbezogene Jahresgespräche, Konferenzen und den frühzeitigen Austausch zu geplanten Neuerungen mit den Verbänden unterstrichen wurde und wertvolle Einblicke in die Sichtweise und (zukünftige) Verwaltungspraxis gegeben hat.

Die Kleinanlegerstrategie der EU-Kommission

Trotz dieser laufenden Fortentwicklung des aufsichtlichen Rahmens und des resultierenden Anpassungsbedarfs ist spätestens seit Veröffentlichung des Kommissionsentwurfs zur Kleinanlegerstrategie im Mai 2023 der Blick verstärkt auf diese Reform gerichtet. Sie kündigt tiefgreifende Änderungen für das Wertpapiergeschäft an. In aller Munde ist dabei die Einführung eines generellen Zuwendungsverbots für das beratungsfreie Geschäft (einschließlich des Execution-Only-Geschäfts), welches etablierte Vertriebspraktiken und Vergütungsmodelle auf den Prüfstand stellen würde. Ob mit einem solchen Zuwendungsverbot die Interessen von Kunden tatsächlich besser geschützt werden, ist zweifelhaft. Aus Sicht des VAB ließen sich die aus Anlegerschutzgründen nachvollziehbaren Beweggründe der EU-Kommission auch mit anderen Mitteln erreichen. Umso erfreulicher ist es daher, dass die Diskussionen in den EU-Institutionen gerade zu diesem Thema fort dauern. Der Berichtsentwurf des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments zeigt, dass hier die Einführung eines generellen Zuwendungsverbots kritisch gesehen wird. Es bleibt abzuwarten, ob und welcher Kompromiss auf Ebene der EU gefunden wird.

➡ **Die Kleinanlegerstrategie könnte insbesondere durch ein Zuwendungsverbot für das beratungsfreie Geschäft und die Einführung einer Kosten-Benchmark etablierte Vertriebspraktiken und Vergütungsmodelle auf den Prüfstand stellen.**

Auch wenn das Zuwendungsverbot sicherlich das dominierende Thema im Zusammenhang mit der Kleinanlegerstrategie ist, ist den Betroffenen bewusst, dass weitere Vorschläge zur Änderung des MiFID II-Regimes ähnlich weitreichende Folgen haben können. Zu nennen sind hier insbesondere die Maßnahmen zur Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses für Privatkunden. Dies soll nicht nur durch verstärkte Pflichten zur Prüfung von Kosten und erwarteter Rendite erreicht werden, sondern auch durch

die Einführung einer Benchmark für Kosten und eine Erweiterung der Pflichten bei PRIIP-Produkten in Gestalt eines Preisbestimmungsprozesses. Auch diese Neuerungen sind auf Ebene der EU-Institutionen nicht unumstritten. Weniger präsent in der öffentlichen Debatte, aber nichtsdestoweniger relevant, sind die signifikante Ausweitung von Pflichten im Rahmen der Angemessenheitsprüfung bei komplexen Produkten, die strengeren Regeln bei der Zurverfügungstellung von vorvertraglichen Informationen, erhöhte Anforderungen bei der ex-ante und ex-post Kostentransparenz und neue Anforderungen bei der Prüfung der Geeignetheit. Sie werden es erforderlich machen, bestehende Prozesse im Vertrieb und in der Beratung zu hinterfragen. Erfreulich ist immerhin, dass die Kleinanlegerstrategie die hohen Hürden für die Hochstufung versierter Privatkunden in die Kategorie der gekorenen professionellen Kunden adressiert. Hier sollen die Kriterien vereinfacht werden, mit dem Ziel, das Anlegerschutz-Niveau für diese erfahrenen Privatkunden proportionaler zu gestalten.

Der VAB wird die weiteren Entwicklungen bei der Kleinanlegerstrategie eng beobachten und seine Mitglieder dabei in gewohnter Weise begleiten.

➡ **Der Rechtsrahmen in Deutschland sollte unbedingt sicherstellen, dass Institute, die am Finanzplatz Deutschland als EU-Zweigniederlassung organisiert sind, zukünftig nicht von der Verwahrung von DLT-basierten Wertpapieren in Deutschland ausgeschlossen sind.**

Die Regulierung DLT-basierter Finanzinstrumente

Ende des Jahres 2022 blickte der Markt auf ein Jahr zurück, in dem mit der beginnenden Etablierung von elektronischen Wertpapieren und Kryptofondsanteilen, der Schaffung des Sandbox-Regimes für den Handel und die Abwicklung von DLT-basierten Wertpapieren und der sich abzeichnenden Verabschiedung der europäischen Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCAR) entscheidende Weichen für die zukunftsgerichtete Entwicklung des Finanzbereiches gestellt wurden. Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2023 fortgesetzt, auch durch das Zukunftsfinanzierungsgesetz, das Inkrafttreten der MiCAR und die damit verbundenen Anpassungen des deutschen Rechtsrahmens. Durch das Zukunftsfinanzierungsgesetz hat der deutsche Gesetzgeber u. a. den Scope der elektronischen Wertpapiere um sog. elektronische Aktien erweitert und den Begriff des Wertpapiers im Sinne des Depotgesetzes ausdrücklich auch auf elektronisch begebene vertretbare Wertpapiere erstreckt.

Mit dem Regierungsentwurf des Gesetzes über die Digitalisierung des Finanzmarktes beginnen nun die Vorbereitungen für die Anpassung des nationalen Rechtsrahmens zum Geltungsbeginn der MiCAR, der schon bis Ende des Jahres 2024 erfolgt sein wird. Mit der MiCAR wird nicht nur für die Emission von bestimmten Arten von Kryptowerten, sondern auch für die Erbringung von Kryptowertdienstleistungen ein umfassender aufsichtlicher Rahmen in Kraft treten und der Kundenschutz in Bezug auf diese zukunftsgerichteten Instrumente wesentlich gestärkt. Die Mitgliedsinstitute des VAB können hiervon auf vielfältige Weise betroffen sein, sei

es als Emittenten bestimmter Token oder als Erbringer von Dienstleistungen in Bezug auf Kryptowerte. Erfreulich ist aus Sicht des VAB, dass auch hier ein ausgereiftes System für den EU-Pass zur Verfügung stehen wird, der es unseren Mitgliedsinstituten ermöglichen wird, grenzüberschreitend aus Deutschland heraus in anderen EU-Mitgliedstaaten bzw. mittels einer inländischen EU-Zweigniederlassung in Deutschland tätig zu sein. Der Umsetzungsaufwand wird jedoch gewaltig sein, was sich auch an der unglaublichen Vielzahl an Konsultationen für Level 2- und Level 3-Maßnahmen zur MiCAR zeigt, die momentan am laufenden Band veröffentlicht werden. Entsprechend hält der VAB seine Mitglieder über die Entwicklungen informiert und steht Mitgliedern und interessierten Ansprechpartnern für einen Austausch zur Verfügung.

Herausforderungen für die Verwahrung

Die Verwahrung von Kryptowerten und Kryptofinanzinstrumenten wird für Verwahrstellen im Sinne des KAGB neue Herausforderungen und Anforderungen bedeuten. Die diesbezüglichen Pflichten und Anforderungen werden im Jahr 2024 zu konkretisieren sein und der VAB wird dieses Thema eng begleiten. Bedauerlich ist, dass aus Sicht des VAB eine zentrale Frage für die Verwahrung dieser DLT-basierter Wertpapiere nach wie vor unbeantwortet ist. Denn mit Sorge sieht der VAB die Gefahr, dass Institute, die am deutschen Finanzplatz als EU-Zweigniederlassung organisiert sind und für ihre Verwahrtätigkeit bislang den EU-Pass nutzen, von der Verwahrung von DLT-basierten Wertpapieren in Deutschland zukünftig ausgeschlossen sein könnten. Der VAB bezweifelt, dass diese Konsequenz im Interesse der Anleger, der Reputation des Standorts und der Etablierung dieser Produkte ist, und wird weiterhin das Gespräch suchen – in der Hoffnung, hier eine eindeutige und rechtskonforme Klarstellung in den derzeitigen Entwürfen für die maßgeblichen Gesetzesänderungen zu erreichen.

Erneut kann also mit Spannung auf das Jahr 2024 geblickt werden. Die Themen werden auch im Bereich Wertpapiergeschäft und Verwahrung nicht ausgehen und der VAB wird aktiv die Interessen seiner Mitgliedsinstitute vertreten. Vor allem die Arbeiten an der Kleinanlegerstrategie und die Regulierung im Bereich der Kryptowerte und DLT-basierten Finanzinstrumente werden dabei im Vordergrund stehen.



Nina Weidinger

Referentin Recht
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)

Zivilrecht und Human Resources

Im Jahr 2023 haben das Hinweisgeberschutzgesetz und die Arbeitszeiterfassung eine große Rolle in der Praxis des VAB gespielt, da beide Themen von den Mitgliedern einen hohen Umsetzungsaufwand erfordern, bzw. aufgrund fehlender Formulierungen im Gesetz die Anwendbarkeit unklar blieb. Im Rahmen von Arbeitsgruppen und durch Experten-vorträge wurde die Rechtslage für die VAB-Mitglieder klar verständlich gemacht und Umsetzungsstrategien entwickelt.

Das Hinweisgeberschutzgesetz

Das Hinweisgeberschutzgesetz ist mit Sicherheit eines der Themen, welches unsere Mitglieder im Jahre 2023 intensiv beschäftigt hat. Das Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden [Richtlinie (EU) 2019/1937] (HinSchG), ist am 2. Juli 2023 in Kraft getreten und enthält eine Vielzahl von Pflichten für den Beschäftigungsgeber.

Meldestellen

Die Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen gilt ab Inkrafttreten des Gesetzes und unabhängig von der Zahl der Beschäftigten für solche Beschäftigungsgeber, die Kredit- und Finanzinstitute i. S. d. § 1 Abs. 1b Kreditwesengesetz (KWG), Wertpapierinstitute i. S. d. § 2 Abs. 1 Wertpapierinstitutsgesetz (WpIG), Wertpapierdienstleistungsunternehmen i. S. d. § 2 Abs. 10 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) oder Kapitalverwaltungsgesellschaften i. S. d. § 17 Abs. 1 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) sind (siehe §§ 12 Abs. 3, 42 Abs. 1 S. 2 HinSchG).

Das HinSchG sieht in §§ 19 f. zudem externe Meldestellen vor. Dabei handelt es sich um eine Behörde, der mündlich oder schriftlich Informationen über Fehlverhalten mitgeteilt werden können. Eine solche Meldestelle wird beim Bundesamt für Justiz (BfJ) eingerichtet. Die Meldestelle bei der BaFin sowie beim Bundeskartellamt sollen als externe Meldestellen mit Sonderzuständigkeit weiterbetrieben werden.

Es besteht ein Wahlrecht der hinweisgebenden Person, ob sie sich zunächst an die interne oder die externe Meldestelle wendet.

Besonders relevant: Anwendbarkeit des HinSchG auf EU-Zweigniederlassungen

Für unseren Mitgliederkreis besonders relevant war die Frage nach der Anwendbarkeit des HinSchG auf EU-Zweigniederlassungen, die im Gesetz selbst nicht angeordnet wird. Auch die EU-Richtlinie, deren Umsetzung das Gesetz dient, trifft keine Aussagen hierzu. Jedoch gibt es nach Ansicht des VAB gute und sehr überzeugende Gründe, weshalb das HinSchG nicht auf EU-Zweigniederlassungen anwendbar sein sollte:

Gemäß § 3 Abs. 9 Nr. 1 Abs. 10 HinSchG gelten als (private) Beschäftigungsgeber (allein) die juristischen Personen des privaten Rechts. Zweigniederlassungen sind jedoch keine eigenständigen juristischen Personen, sondern ein gesellschaftsrechtlich unselbständiger Teil des Gesamtunternehmens mit Sitz im Ausland.

Das HinSchG wird zudem gemäß § 4 HinSchG durch vergleichbare spezialgesetzliche Vorschriften verdrängt. Im Bereich des KWG handelt es sich um § 25a Abs. 1 Satz 6 Nr. 3 KWG, im Bereich des WpIG um § 13 WpIG. Beides sind Vorschriften, die gemäß § 53b Abs. 2 KWG bzw. § 73 Abs. 5 WpHG nicht auf EU-Zweigniederlassungen anwendbar sind. Bei den spezialgesetzlichen Vorschriften gilt damit (harmonisiertes) Herkunftsstaatsrecht. Dies sollte gleichermaßen auch für die allgemeine (ebenfalls harmonisierte) Regelung gelten, denn ansonsten wären die spezialgesetzlichen Vorschriften nach Herkunftsstaatsrecht und zusätzlich allgemeine Vorschriften (die für Inländer verdrängt wären) nach Aufnahmestaatsrecht anwendbar. Das kann nicht sein und wäre eine Diskriminierung von EU-Zweigniederlassungen, welche sich infolgedessen an zwei Gesetzgebern orientieren müssten.

Schutz vor Repressalien sowie Beweislastumkehr

Es besteht eine umfassende Pflicht der Unternehmen, die hinweisgebenden Personen vor direkten oder indirekten Repressalien jeglicher Art zu schützen (§ 33, §§ 35 – 37 HinSchG). Hierzu gehört auch die Verpflichtung, die Vertraulichkeit der Identität dieser Person zu schützen. Kritisch ist dabei, dass § 36 HinSchG eine Beweislastumkehr und eine Schadensersatzpflicht vorsieht: Erleidet eine hinweisgebende Person eine Benachteiligung im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit und macht sie geltend, diese Benachteiligung infolge einer Meldung oder Offenlegung nach diesem Gesetz erlitten zu haben, so wird vermutet, dass diese Benachteiligung eine Repressalie für diese Meldung oder Offenlegung ist.

Es besteht zudem ein Anspruch auf Schadensersatz nach Repressalien (§ 37 HinSchG). Bei einem Verstoß gegen das Verbot von Repressalien ist der Verursacher verpflichtet, der hinweisgebenden Person den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Ein im Entwurf vorgesehener Schmerzensgeldanspruch wurde gestrichen.

Interessant ist, dass aber auch ein Schadensersatzanspruch nach einer Falschmeldung (§ 38 HinSchG) vorgesehen ist. Danach ist die hinweisgebende Person zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der aus einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Meldung oder Offenlegung unrichtiger Informationen entstanden ist. Dabei wird nach dem HinSchG die Identität von Personen, die vorsätzlich oder grob fahrlässig falsche Informationen melden, nicht vor einer Offenlegung geschützt.

Sanktionen

Im Falle der Nichtumsetzung der Vorgaben des HinSchG durch ein Unternehmen sind Bußgelder von bis zu 50.000 € möglich (§ 40 HinSchG).

Arbeitszeiterfassung

Ein weiteres wichtiges, und für die VAB-Mitglieder mit einem hohen Umsetzungsaufwand belegtes, Thema, ist die Arbeitszeiterfassung. Nach der EuGH-Entscheidung vom 14. Mai 2019 sowie dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 13. September 2022 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den lang erwarteten Referentenentwurf zur Neufassung des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG-E) vorgelegt und darin seine Vorstellungen für die Verpflichtung zur Arbeitszeiterfassung konkretisiert.

Aufzeichnungspflicht

Nach § 16 Abs. 2 ArbZG-E soll der Arbeitgeber verpflichtet werden, Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit der Arbeitnehmer jeweils am Tag der Arbeitsleistung elektronisch aufzuzeichnen. Der Arbeitgeber hätte die Möglichkeit, die Erfassungspflicht auf den Arbeitnehmer zu delegieren. Er bliebe nach § 16 Abs. 3 ArbZG-E jedoch weiterhin für die ordnungsgemäße Aufzeichnung verantwortlich. Zu der Frage, wie die elektronische Erfassung ausgestaltet sein soll, macht der Referentenentwurf allerdings keine Angaben.

Vertrauensarbeitszeit

Nach dem Entwurf soll Vertrauensarbeitszeit, bei der kein vertraglich festgelegter Anfang und kein Ende der Arbeitszeit vereinbart wurden, sondern dem Arbeitnehmer überlassen wird, weiterhin möglich sein. Dies gilt allerdings nur, wenn auch hier die Pausenzeiten eingehalten werden und es nicht zu der Überschreitung von Höchstarbeitszeiten kommt. Auch hier gilt die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung.

Tariföffnungsklauseln

Gem. § 16 Abs. 7 ArbZG-E sollen sog. Tariföffnungsklauseln zulässig sein, wonach durch Tarifverträge oder durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung abweichende Regelungen zu einigen Punkten der Arbeitszeiterfassungspflicht getroffen werden können. Beispielsweise könnten manche Arbeitnehmer von der Erfassungspflicht ausgenommen werden, bei denen „die Arbeitszeit wegen der besonderen Merkmale der ausgeübten Tätigkeit nicht gemessen oder nicht im Voraus festgelegt wird oder von den Arbeitnehmern selbst festgelegt werden kann.“ Hierzu zählen u. a. Führungskräfte.

Bußgelder

Für Verstöße gegen die Pflicht zur Erfassung der Arbeitszeit können nach § 20 Abs. 1 Nr. 9, 10 ArbZG-E Bußgelder bis zu 30.000 € drohen.

Unterstützung durch den VAB

Im Jahr 2024 wird sich der VAB weiterhin bemühen, seine Mitglieder bei der Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben zu unterstützen und ihre Interessen im Rahmen von Konsultationen von für sie relevanten Gesetzesvorhaben bestmöglich zu vertreten. Die neuesten Entwicklungen werden stets u. a. in den Bereichen Arbeitsrecht, Zivilrecht, Datenschutz, Verbraucherschutz im Auge behalten und weiterhin wird im Rahmen von Arbeitsgruppen, Seminaren und direkten Gesprächen die Rechtslage geklärt und Lösungsansätze erarbeitet.

Workation und mobiles Arbeiten

Auch im Jahr 2023 hat der VAB viele Anfragen seiner Mitglieder zum Thema Mobile Working erhalten, da nach dem Ende der Corona-Pandemie diese Form des Arbeitens für die meisten Mitarbeiter nicht mehr wegzudenken ist. Zusätzlich gewinnt nun auch das Thema Workation, ein Kunstwort aus „Work“ und „Vacation“, an Bedeutung, da es von Mitarbeitern und Bewerbern immer öfter angesprochen wird. Des Weiteren sind unsere Mitglieder immer mehr vom Fachkräftemangel betroffen. Das Angebot einer Workation kann dabei helfen, auf der Suche nach Talenten das eigene Institut besser gegenüber den Mitbewerbern zu positionieren. Allerdings gibt es überdies vielerlei Gefahren und Fallstricke, sodass es bei der Erstellung einer entsprechenden Policy etliches zu beachten gibt.

Der VAB-Experte, Dr. Michael R. Fausel von BLUEDEX Labour Law, wird im Folgenden einen Überblick über die wesentlichen Punkte dazu geben.



Dr. Michael R. Fausel

Partner, Rechtsanwalt, Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
Bluedex Labour Law

Die Evolution der Workation

Rechtliche Herausforderungen in der Welt des mobilen Arbeitens und des globalen Homeoffice

Spätestens seit der Covid-19-Pandemie haben sich flexible Arbeitsmodelle außerhalb des konventionellen Büroumfelds etabliert. In vielen Berufen macht der technologische Fortschritt die Erbringung der Arbeitsleistung von überall auf der Welt aus möglich. So verbinden immer mehr Arbeitnehmer Urlaube und Kurztrips mit der Arbeit. Teilweise wird der Lebensmittelpunkt auch vollständig ins Ausland verlagert, um von dort dauerhaft für ein in Deutschland ansässiges Unternehmen tätig zu werden.

Moderne Arbeitgeber haben erkannt, dass flexible Arbeitsmodelle im Ringen um Fachkräfte und qualifizierte Mitarbeiter ihre Attraktivität steigern und für viele Bewerber das „Zünglein an der Waage“ sein können. Insofern verwundert es kaum, dass Stellenanzeigen, die unter den aufgelisteten Benefits auch Homeoffice und Arbeitslaptop auflisten, immer mehr zum Standard werden.

Neben den geringen Hürden der logistischen Umsetzung sollten Arbeitgeber vor allem über die rechtlichen Rahmenbedingungen der flexiblen Arbeitsmodelle informiert sein. Parallel zu der Frage nach dem anwendbaren Recht sind eine Vielzahl sozialversicherungsrechtlicher, steuerrechtlicher und auch strafrechtlicher Aspekte zu beachten.

I. Die arbeitsrechtlichen Parameter für die Ausübung mobiler Arbeit im Ausland

Zunächst stellt sich die Frage, ob der mobil arbeitende Arbeitnehmer an seinem jeweiligen Aufenthaltsort arbeiten darf. Hier ist zwischen der EU und anderen, sog. Drittstaaten, zu unterscheiden. Der europäische Grundsatz der Freizügigkeit gewährt jedem EU-Bürger die Möglichkeit, in einem EU-Staat zu arbeiten. Komplexer ist die Situation, wenn es um mobile Arbeit aus Drittstaaten geht. Hier ist unter Umständen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie ein Arbeitsvertrag nach lokalem Recht notwendig.

Ferner gilt es zu prüfen, welches (Arbeits-)Recht auf den Sachverhalt Anwendung findet. Erster Anknüpfungspunkt ist dabei die Rom-I-Verordnung. Diese eröffnet den Parteien des Arbeitsvertrags die Möglichkeit, eine Rechtswahl zu treffen (Art. 3 Rom-I-VO). Dieses Vorgehen ist empfehlenswert, denn eine solche Einigung ist gem. Art. 8 Rom-

I-VO grundsätzlich bindend. Etwas anderes gilt dann, wenn zwingende Arbeitnehmerschutzrechte verletzt werden.

➡ Die rechtssichere Zuordnung zu einer bestimmten Rechtsordnung ist insbesondere für kündigungrechtliche Fragen von Interesse.

Ist keine Rechtswahl getroffen worden, so sind für die Ermittlung des anwendbaren Rechts die Anknüpfungspunkte des Arbeitnehmers an die jeweiligen Länder zu ermitteln. Insofern ist zu fragen, ob engere Anknüpfungspunkte zu Deutschland oder zu dem Land, in dem die mobile Arbeit erfolgt, bestehen. Hierbei werden unter anderem Aspekte wie der Tätigkeitsort, die Zuordnung zur Sozialversicherung, der Wohnsitz des Mitarbeiters und die Vertragssprache berücksichtigt.

Die rechtssichere Zuordnung zu einer bestimmten Rechtsordnung ist insbesondere für kündigungrechtliche Fragen von Interesse. Abhängig vom jeweiligen Land müssen zur Wirksamkeit einer Kündigung verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Zum Beispiel ist nach deutschem Recht bei Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes stets ein Kündigungsgrund erforderlich.

II. Sozialversicherungsrechtliche Aspekte der Workation

Neben der Frage nach dem anwendbaren Arbeitsrecht spielen bei mobiler Arbeit oder Homeoffice im Ausland insbesondere sozialversicherungsrechtliche Aspekte eine Rolle. Den normativen Rahmen gibt hier die EU-Verordnung (EG) 883/2004 zur Entsendung vor. Nach dieser ist zwischen einer zeitweiligen Entsendung eines Arbeitnehmers ins Ausland nach Art. 12 und einer Tätigkeit als „Mehrstaater“ gem. Art. 13 der Verordnung zu unterscheiden, bei der eine Person in zwei oder mehr Staaten mehr als geringfügige Leistungen erbringt.

Übrigens: Seit 2010 ist die „bloße“ Tätigkeit im Ausland keine Option mehr. Eine – wie in der Vergangenheit oftmals bemühte – Karenzzeit besteht nicht. Vor dem Überschreiten der deutschen Grenze ins Ausland muss sich der Arbeitgeber über die Versicherungssituation des Arbeitnehmers informieren und alles Notwendige regeln. Grundsätzlich

gilt das Territorialitäts- oder auch Beschäftigungslandprinzip. Dieses besagt, dass die Sozialversicherung des Landes greift, in dem die Tätigkeit erbracht wird.

➡ Vor dem Überschreiten der deutschen Grenze ins Ausland muss sich der Arbeitgeber über die Versicherungssituation des Arbeitnehmers informieren und alles Notwendige regeln.

1. Entsendung

Eine Abweichung vom Territorialitätsprinzip kann bei der zeitweiligen Entsendung nach Art. 12 der Verordnung vorliegen. Sie setzt voraus, dass die Person vom deutschen Arbeitgeber in einen anderen EU-Mitgliedstaat entsandt wurde und die Tätigkeit dort nicht länger als 24 Monate andauert. Eine solche Situation ist bspw. gegeben, wenn ein Mitarbeiter in Italien teilweise seinen Urlaub verbringt, dort aber auch mobile Arbeit verrichtet („Workation“).

Soll in einem solchen Fall weiterhin die deutsche Sozialversicherung gelten, muss ein Antrag auf Ausstellung der sog. A1-Bescheinigung gestellt werden. Durch diese Bescheinigung wird die Weitergeltung der deutschen Sozialversicherung im Ausland und damit die Ausnahme vom erwähnten Territorialitätsprinzip aufgezeigt. Wird die A1-Bescheinigung ausgestellt, so fällt die Person aus dem ausländischen System heraus. Das deutsche Sozialversicherungssystem gilt weiter.

Es obliegt dem Arbeitgeber darauf zu achten, ob eine Tätigkeit im Ausland den Bestimmungen zur Entsendung unterliegt. Anderenfalls besteht die Gefahr von Versicherungslücken, nachträglichen Zahlungen und rechtlicher Verfolgung.

➡ Wird die A1-Bescheinigung ausgestellt, so fällt die Person aus dem ausländischen System heraus. Das deutsche Sozialversicherungssystem gilt weiter.

2. Mehrstaater

Personen, die im EU-Ausland im Homeoffice tätig sind oder von dort mobile Arbeit leisten, können in Abgrenzung zur Entsendung unter die Mehrstaaterregelung des Art. 13 der Verordnung fallen.

Unter „Mehrstaatern“ versteht man Personen, die in zwei oder mehr Staaten mindestens 5 % der Tätigkeiten erbringen. Dies liegt bspw. dann vor, wenn ein Arbeitnehmer zu 72,5 % mobil aus den Niederlanden arbeitet und die restlichen 27,5 % seiner Tätigkeit in Deutschland ausführt. Eine A1-Bescheinigung, die für eine Entsendung ausgestellt wurde, wäre insoweit fehlerhaft. Diese hätte für eine Mehrstaater-Tätigkeit beantragt und ausgestellt werden müssen. Schließlich ist noch zu prüfen, ob mindestens 25 % der Tätigkeitszeiten im Wohnmitgliedstaat erbracht werden. Ist dies der Fall, greift die Sozialversicherung des Landes, in dem der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat. Diese Einstufung hat zur Folge, dass der Mitarbeiter in sämtlichen weiteren

in der Mehrstaater-Bescheinigung aufgelisteten EU-Mitgliedsstaaten (sowie EWR oder Schweiz) nicht in das lokale Sozialversicherungssystem fällt.

3. Aus- und Einstrahlung

Liegt keine Entsendung innerhalb der EU/EWR/Schweiz vor und besteht auch kein Sozialversicherungsabkommen, sind als Auffangtatbestände noch die Aus- und Einstrahlung zu berücksichtigen. Geregelt im SGB IV kann hierüber dennoch der Versicherungsstatus erhalten werden. Dabei besteht jedoch das Risiko einer Zahlung sowohl im Entsendungsstaat als auch im Gaststaat („Risiko der Doppelzahlung“).

III. Steuer- und strafrechtliche Risiken

Da es für das Besteuerungsrecht auf den Tätigkeitsort ankommt, sind auch steuerrechtliche Aspekte in den Fokus zu nehmen. In der Regel stehen Steuern aus Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit dem Tätigkeitsstaat zu. Art. 15 Abs. 2 des OECD-Musterabkommens normiert jedoch eine Ausnahme, die die Grundlage für viele Doppelbesteuerungsabkommen darstellt. Danach hat der Ansässigkeitsstaat das Recht zur Besteuerung, wenn 1.) der Arbeitnehmer sich nicht länger als 183 Tage im Tätigkeitsstaat aufhält, 2.) der Arbeitgeber nicht im Tätigkeitsstaat ansässig ist und 3.) der Arbeitslohn nicht von einer Betriebsstätte des Arbeitgebers im Tätigkeitsstaat getragen wird. Allerdings sind stets die Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen, da sich der Bezugszeitraum je nach Tätigkeitsstaat unterscheidet.

➡ Insbesondere dann, wenn ein Arbeitgeber seiner Pflicht zur Abführung von Sozialabgaben nicht nachkommt, droht eine Strafbarkeit gem. § 266a StGB wegen Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt.

Schließlich bestehen bei der mobilen Arbeit auch strafrechtliche Risiken. Insbesondere dann, wenn ein Arbeitgeber seiner Pflicht zur Abführung von Sozialabgaben nicht nachkommt, droht eine Strafbarkeit gem. § 266a StGB wegen Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt. Ferner kann sich der Arbeitgeber wegen Verletzung seiner Pflicht zur Abführung der Lohnsteuer strafbar machen.

IV. Fazit

Dem Bedürfnis der Arbeitsvertragsparteien nach flexiblen Arbeitsmodellen kann durch nationale und internationale Regelungen Rechnung getragen werden. Ihre Anwendung im Einzelfall ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig und stets sorgfältig zu prüfen. Die rechtssichere Beurteilung von mobiler Arbeit oder einer Workation aus dem Ausland hängt insbesondere von der Aufenthaltsdauer und dem Aufenthaltsort ab.

Bluedex Labour Law
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37 | 60327 Frankfurt am Main
Michael.Fausel@bluedex.de
www.bluedex.de





MURMELSPIEL #1 | 40 X 60 CM | 2022
CAROLA VAHLDIEK

SERVICE

- | Seminare
- | Schulungen
- | Arbeitsgruppen
- | VAB-Innovationsprogramm
- | VAB-Publikationen



Seminare

Im Jahr 2023 hat der VAB wieder eine Vielzahl an Seminaren für seine Mitglieder organisiert, insgesamt 21 Stück über das gesamte Jahr verteilt, als Online oder Präsenz-Seminare oder auch als Kombination im hybriden Format.

Die VAB-Seminare zeichnen sich durch ihre spezifische Ausrichtung auf in Deutschland tätige internationale Finanzinstitute aus und es gelingt dem VAB immer wieder, erstklassige Referenten von Aufsichtsbehörden, Steuerbehörden oder gar den Ministerien für die Teilnehmer zu gewinnen. Durch externe Redner von Kanzleien, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Beratungs- und IT-Dienstleistern wird in den Seminaren aktuelles und relevantes Wissen aus der Praxis in andere Bereiche des Finanz- und Bankenmarktes weitergegeben und mit den Teilnehmern erörtert. Sorgfältig zusammengestellte Seminarhandouts, sowie eine gute technische und Vor-Ort-Betreuung komplettieren das Seminar-Angebot.

Da der VAB als Verband von der direkten Interaktion und dem Input seitens der Geschäftsführung und Mitarbeiter/-innen der Mitgliedsinstitute lebt, haben sich die VAB-Seminare, VAB-Schulungen und die informellen „Management Foren“ in der Verbandsgeschäftsstelle zu perfekten Plattformen für Gespräche unter den Mitgliedern, mit den externen Fachleuten und den Referenten der Geschäftsstelle entwickelt. Dort werden aktuelle Themen zur Sprache gebracht, die viele Institute betreffen. Es geht dabei nicht nur um Wissensvermittlung des aktuellen Stands, sondern auch um Kritik, Diskussion und den regen Austausch mit der Branche am geltenden Rahmenwerk und Herausfiltern von Ideen für Verbesserungsvorschläge.

Der VAB legt bei seinen Seminaren Wert darauf, dass die Mitgliedsinstitute die Fort- und Weiterbildungsanforderungen an ihre Mitarbeiter – auch solche, die besondere Funktionen bekleiden – abdecken können.

Eine tagesaktuelle Übersicht, Einladungen, Programme und Anmeldeformulare für die VAB-Seminare finden Sie auch online auf unserer Internetseite unter:

www.vab.de/seminare

Sie können dort die Möglichkeit nutzen, sich schon langfristig vor dem Seminartermin als Teilnehmer vormerken zu lassen und, bei physischen Seminaren, sich auf diese Weise die gewünschte Anzahl von Plätzen zu reservieren. Eine solche Platzreservierung ist für Sie kostenlos und unverbindlich und verpflichtet Sie nicht, sich später verbindlich anzumelden. Sie werden direkt per E-Mail zu den jeweiligen Seminaren kontaktiert, sobald die Einladung mit dem genauen Datum und den einzelnen Programmpunkten und Themenbereichen veröffentlicht wird und erhalten ebenfalls Informationen zum Anmeldeprozess.

Gerne können Sie sich auf der Internetseite am Seitenende auch zu einem allgemeinen themenunabhängigen Verteiler für Seminare anmelden. Per E-Mail werden Sie automatisch über aktuelle Seminare informiert und können sich bei Interesse für die jeweilige Veranstaltung anmelden.

Im Jahr 2023 haben wir die folgenden Themen mit Seminaren abgedeckt:

1. Quartal

- Human Resources – Update 2023
- Gap-Analyse BAIT/DORA für Auslandsbanken und ausländische Wertpapierinstitute

2. Quartal

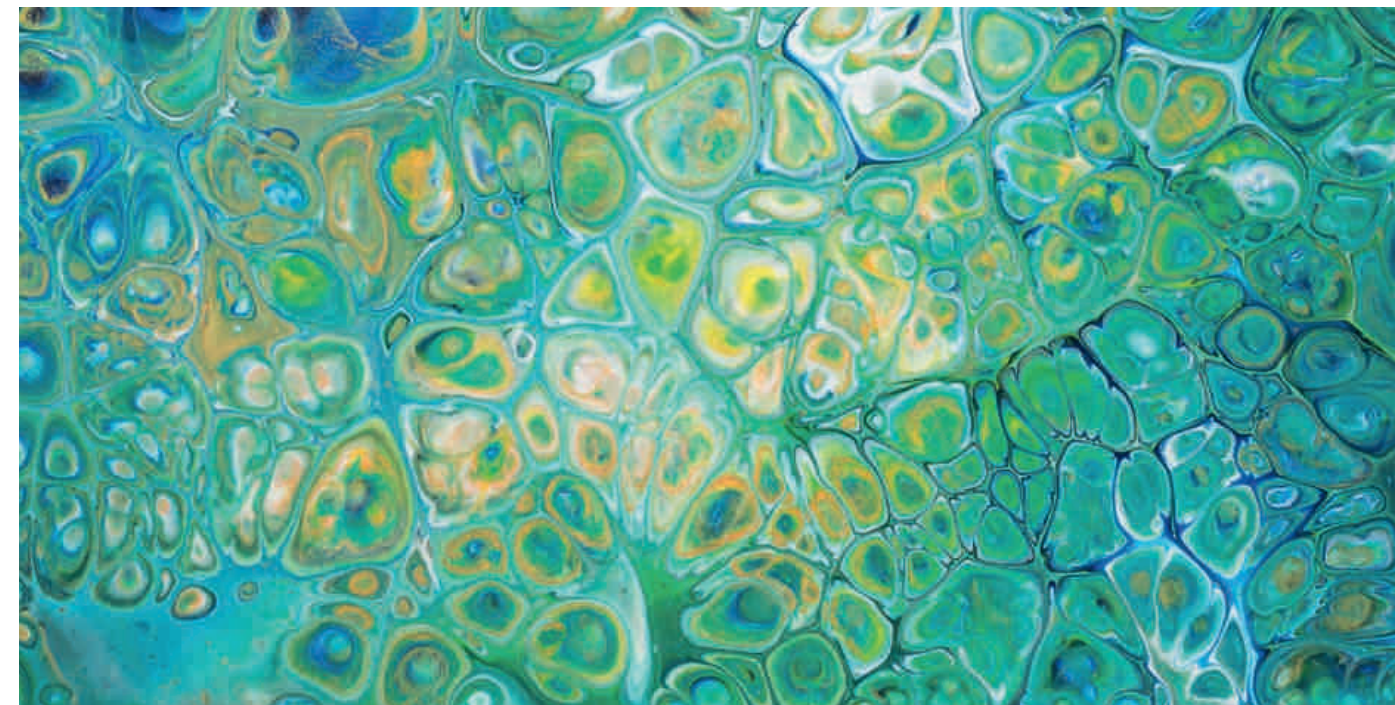
- Update CRR-Meldewesen und CRR-Offenlegung
- Unternehmens-Compliance für Auslandsbanken Handreichungen für Compliance und Legal
- International Banks in Germany (English)
- ESG-Forum 2023
- Jahrestagung zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferation
- Governance & Compliance – Update 2023: Fit & Proper, Diversity Benchmarking, Haftungsrisiken

3. Quartal

- Update Zahlungsverkehr
- Developments and Practical Implications of MaRisk: New Requirements 2023 (English)
- Update: Kapitalertragsbesteuerung bei Auslandsbanken

4. Quartal

- MaRisk-Compliance 2023: Update zu aktuellen Entwicklungen und Handreichungen für die Praxis
- Compliance im Wertpapierhandel 2023
- Kreditgeschäft 2023: Anforderungen, Prüfung und Sustainability
- Datenschutz: Update 2023
- AWV-Meldewesen: Meldepraxis bei Auslandsbanken und ausländischen Finanzinstituten
- Bankenaufsicht 2024
- Vergütung in Finanzinstituten: Update zur Jahresabschlussprüfung 2023
- Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Auslandsbanken und ausländischen Finanzinstituten
- Betriebsprüfungssymposium: Die steuerliche Prüfung von Auslandsbanken
- Anti-Money-Laundering and Countering Terrorist Finance (English)





Schulungen

Im Jahr 2023 haben die Referenten des VAB 13 individuelle Schulungen von Einzelpersonen oder kleineren Gruppen von Geschäftsleitern, Aufsichtsräten und Mitarbeitern bei VAB-Mitgliedsinstituten durchgeführt. Dies war insbesondere in Situationen hilfreich, in denen Mitarbeiter aus dem Ausland zu den deutschen Instituten neu hinzukamen und einen Überblick über den Finanzmarkt in Deutschland benötigten, oder um Auffrischungen und Weiterbildungen für Mitarbeiter sehr kompakt, stets aktuell und exakt auf den individuellen Bedarf des jeweiligen Instituts zugeschnitten zu gewährleisten.

Dabei ist es dem VAB gelungen, auf der Basis bereits erfolgreich durchgeführter Schulungen das Angebot zu erweitern, neue Schulungsbereiche hinzuzunehmen und auch die bisherigen Schulungsunterlagen noch weiter auszubauen und zu standardisieren.

Die Schulungen sind auf Deutsch oder Englisch buchbar und können als Veranstaltung bei Ihnen im Hause oder online gebucht werden. Nachfolgend finden Sie eine Auflistung der angebotenen Themen, die wir abdecken. Bitte sprechen Sie uns hierzu einfach an, bestenfalls per E-Mail an verband@vab.de.

Das Team des VAB steht Ihnen jederzeit gerne für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Falls Sie weitere Themenwünsche zu Schulungen haben, lassen Sie uns dies bitte wissen, gerne erstellen wir Ihnen ein individuelles Angebot.

Schulungen bieten wir zu folgenden Themen an:

I Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

- Gesetzliche Anforderungen und Aufsichts- und Verwaltungspraxis der nationalen und europäischen Behörden
- Interne Organisation der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung in Auslandsbanken und ausländischen Finanzinstituten
- Durchführung der Sorgfaltspflichten (CDD), einschließlich Durchführung durch Dritte und Auslagerung
- Transparenzregister und Unstimmigkeitsmeldung, Kontenwahrheit und Vergeblichkeitsmeldung, Verdachtsmeldungen an die FIU
- Optionale Exkurse: Finanzsanktionen, Geldtransferverordnung, CRS/FATCA

I Banking in Germany (für Expatriates und Geschäftsleiter)

- Das deutsche Bankensystem – Struktur, Besonderheiten und Auslandsbanken in Deutschland
- Bankaufsicht aus deutscher und europäischer Perspektive
- Das Einlagensicherungssystem
- Übersicht über die wichtigsten bankaufsichtsrechtlichen Regelungen

I Corporate Governance Training für Geschäftsleiter

- Corporate Governance Grundlagen
- Aufgaben und Pflichten des Vorstands
- Zusammenwirken zwischen Vorstand und Aufsichtsrat
- Der Vorstand im Konzern
- Besonderheiten bei regulierten Kreditinstituten
- Haftung

I CRR and German Banking Act (KWG): Prudential Banking Supervision in Germany (I)

- Introduction to the supervisory framework
- Capital requirements for institutions (overview)
- Calculation of risk-weighted assets (RWA) and own funds acc. to CRR
- Approaches to risk measurement for credit risk: Credit Risk Standard Approach (CRSA) and Internal Ratings Based Approach (IRBA)
- Leverage Ratio
- Liquidity Coverage Ratio (LCR) and Net Stable Funding Ratio (NSFR)
- Large exposure rules
- Upcoming regulatory changes
- (on request) The treatment acc. to CRR of trading book activities (e.g. counterparty credit risk, market risk, etc.) and advanced/internal approaches of risk measurement

I MaRisk, ICAAP and SREP: Prudential Banking Supervision in Germany (II)

- Introduction to the supervisory framework
- Overview of BaFin's MaRisk and ICAAP Guidelines
- MaRisk: General business organisation, strategies and business planning, outsourcing, resources and contingency planning
- MaRisk: Special requirements to credit origination and monitoring, non-performing exposures and trading activities
- Control functions: Risk controlling, compliance, internal audit
- Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) and Supervisory Review and Evaluation Process (SREP)
- Upcoming regulatory changes
- (on request) Banking business audits carried out by Deutsche Bundesbank



Arbeitsgruppen

Der VAB organisiert sowohl regelmäßige Arbeitsgruppen zu vielen Themenbereichen als auch themenbezogene ad hoc-Arbeitsgruppen mit Vertretern der VAB-Mitglieder. Zu diesen Arbeitsgruppen werden bei Bedarf auch externe Berater mit besonderer Fachkompetenz sowie die für die Themen zuständigen Vertreter der Regulierung, Aufsicht und (Steuer-) Verwaltung hinzugezogen, um im Austausch von Wissen und Erfahrung auch komplexe regulatorische oder steuerliche Fragestellungen zu erörtern, Vorschläge zu erarbeiten und diese unter Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen der VAB-Mitglieder bei den Entscheidern in Politik und Verwaltung zu platzieren. Der VAB wird diese Arbeitsgruppen gerne ergänzen, wenn neue Themen dies erforderlich machen. Selbstverständlich achtet der VAB darauf,

dass die Arbeitsgruppen wettbewerbsneutral und kartellrechtskonform arbeiten.

Unter folgendem Link können Sie die Arbeitsgruppen und die jeweiligen Themen dazu einsehen:

www.vab.de/anmeldung-zu-den-arbeitsgruppen-und-verteilern

Verteiler

Gerne können Sie mit dem folgenden Passwort das Formular ausfüllen und die Verteiler ankreuzen, die für Sie thematisch von Relevanz sind: **AGUe-Verteiler-VAB**

Eine Liste der eingerichteten Arbeitsgruppen finden Sie nachstehend:



I Arbeitsgruppen im Bereich Recht:

- Asset Management
- Compliance
- Datenschutz
- Global Custodians/Verwahrstellen
- Kapitalmarkt/Börse
- Management Update
- MaRisk
- Personal
- Recht
- Wertpapierinstitute

I Arbeitsgruppen im Bereich Finanzkriminalität & Infrastruktur:

- Administration, Meldewesen und Revision (AMR)
- CRS/FATCA
- Geldwäschebekämpfung
- IT- und Informationssicherheit
- Rechnungslegung
- Zahlungsverkehr

I Arbeitsgruppen im Bereich Steuern:

- Investmentsteuerrecht
- Lohnsteuer
- Steuern

VAB-Innovationsprogramm

Der VAB hat im Jahr 2023 ein vom VAB-Vorstand unterstütztes Programm für Innovation und Change eingeführt, damit der Verband auch zukünftig auf Augenhöhe mit seinen sich ebenfalls weiterentwickelnden Mitgliedern sowie der Politik und Aufsicht agieren kann. Ziel ist es, den VAB noch näher an Geschäftsleitungen und Mitarbeiter seiner Mitglieder heranzuführen, die Wünsche und Bedarfe seiner Mitglieder hinsichtlich der Services des VAB noch besser zu berücksichtigen, eine digitalere Kommunikation zu ermöglichen sowie die internen Prozesse im VAB weiter zu verbessern.

Auf der Basis von Mitgliederbefragungen und den vom VAB-Vorstand gesetzten Leitlinien für das Projekt hat das Team des VAB im Rahmen von mehreren Workshops viele Ideen für neue und verbesserte Dienstleistungen und Strukturen erarbeitet.

Einige neue Ideen sind bereits in agiler Umsetzung:

Benchmarking

Ein anonymes Benchmarking von fachlichen Themen, Tätigkeiten oder Strukturen von VAB-Mitgliedsinstituten in Deutschland hat mit einem erfolgreichen Test zum Thema „Workation“ begonnen und weitere spannende Themen sind bereits in der Planung. Ziel ist es, in den vom VAB moderierten Online- oder Offline-Formaten seinen Mitgliedern auf der Basis anonymisierter Informationen die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Position im Feld der VAB-Mitglieder bzw. des Finanzplatzes Deutschland zu bestimmen.

Prüfungsvor- und -nachbereitungen

Im Bereich der Unterstützung von Prüfungsvor- und -nachbereitungen lancierte der VAB im Dezember 2023 eine Präsenzveranstaltung, bei der dezidiert die Erfahrungen und die Expertise seiner Mitglieder mit Prüfungssituationen im Bereich der Vergütungssysteme im Mittelpunkt standen.

VAB-Expertenbeirat

Dem Gedanken eines intensivierten Netzwerkers in der Community ist der Aufbau eines Expertenbeirats des VAB verpflichtet. Bekanntlich steht der Verband für ein weit gefächertes und eng geknüpftes Netzwerk von am Bankenwesen Interessierten, der Banken-Community im weiteren Sinn, zu dem auch viele Kontakte zur Beraterschaft gehören. Um dieses Netzwerk zu vertiefen und ihm auch Gesichter zu geben, wurde ein Expertenbeirat ins Leben zu gerufen, der in fachbezogene Panels eingeteilt wird, beispielsweise Nachhaltige Kapitalanlagen, Geldwäschebekämpfung, Arbeitsrecht usw. Die vertretenen Experten werden mit ihren Tätigkeitsprofilen und fachlichen Schwerpunkten auf der Webseite des VAB vorgestellt. Die Zusammenführung externer Kompetenz der Berater mit der Kompetenz der internen Experten der VAB-Mitglieder unterstützt den VAB und bringt allen Beteiligten Mehrwert durch direkten Austausch, nicht zuletzt um jederzeit aktuelle Entwicklungen zutreffend einzuordnen und darüber informieren zu können. Der Start des Expertenbeirat erfolgte öffentlichkeitswirksam zum 1. Februar 2024. Weitere Informationen dazu finden Sie auf unserer Webseite unter dem folgenden Link: www.vab.de/verband/expertenbeiraete

Weitere Ideen und Veränderungen sind bereits in der Umsetzungspipeline und der VAB wird „Innovation und Change“ zu einer Konstante im Verbandsalltag entwickeln. Ideen und Anregungen seitens der Mitglieder sind stets willkommen und selbstverständlich wird der VAB auch seine bewährten Services, die von seinen Mitgliedern sehr geschätzt und benötigt werden, weiter mit Engagement erbringen.





VAB-Publikationen

VAB-Monatsinfo

Monatlich berichtet der VAB über die neuesten Entwicklungen in den Bereichen Aufsichtsrecht, Steuerrecht und Bankbetrieb/Meldewesen in seiner „VAB-Monatsinfo“. Diese erscheint am Anfang jedes Monats in einem intuitiven Online-Format, um einen leichten Zugriff auf die jeweils interessierenden Themen zu ermöglichen.

Der VAB stellt die „VAB-Monatsinfo“ sowohl seinen Mitgliedern als derzeit auch Nicht-Mitgliedern zur Verfügung. Sie kann über die VAB-Homepage unter folgendem Link eingesehen werden:

www.vab.de/gesamtuebersicht-monatsinfo

Gerne können Sie die Monatsinfo auch abonnieren. Zum Erhalt des kostenfreien monatlichen Newsletters, melden Sie sich gerne über den folgenden Link für den Verteiler an: www.vab.de/anmeldung-zur-monatsinfo

Ausschließlich für VAB-Mitglieder bieten die VAB-Referenten, die die Berichte für die Monatsinfo verfassen, kurz nach Erscheinen der „VAB-Monatsinfo“ in einer Video-Konferenz weitere Erläuterungen und Einordnungen und stehen ihnen dabei auch direkt für Fragen oder die Diskussion zur Verfügung. Die Einladungen zu diesen Video-Konferenzen erhalten die VAB-Mitglieder automatisch, wenn sie auf dem Verteiler der Monatsinfo angemeldet sind, per E-Mail.

VAB-Stellungnahmen

Die Referenten des VAB erstellen im Laufe des Jahres eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Legislativ vorschlägen und Verwaltungsänderungen sowohl auf Ebene der EU als auch des Bundes. Die Meinungen und Positionen der Mitglieder werden dazu abgefragt und fließen in die Stellungnahmen mit ein. Hinzu kommen Stellungnahmen zu Änderungen und Anhörungen auf Seiten der Aufsichtsbehörden und der Steuerverwaltung. Eine stets aktuelle und transparente Gesamtübersicht der VAB-Stellungnahmen ist öffentlich zugänglich auf der Homepage des VAB unter dem folgenden Link: www.vab.de/gesamtuebersicht-stellungnahmen

Compliance-Update

Das „Compliance-Update“ des VAB steht ausschließlich den VAB-Mitgliedern in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung. Diese Datenbank compliance-relevanter Rechtsquellen (Gesetze, Verordnungen, Rundschreiben, Richtlinien, Guidelines etc.) wird monatlich aktuell gehalten. Sie unterstützt in den Mitgliedsinstituten den Compliance-Prozess des Monitorings und der Implementierung des anwendbaren Rechtsrahmens nach MaRisk.

Im Vergleich zu anderen verfügbaren Datenquellen für Compliance-Zwecke ist unsere Datenbank spezifisch auf die Bedürfnisse der Compliance-Abteilungen von in Deutschland aktiven Banken zugeschnitten. Das mühsame, fehlerbehaftete und komplizierte Heraussuchen der wesentlichen und relevanten Informationen aus den marktgängigen nicht-bankspezifischen Datenbanken mit einem Überfluss an Informationen wird durch den VAB übernommen und entfällt dadurch für die Anwender.

In Zusammenarbeit mit der Focus DV GmbH gibt es außerdem die Möglichkeit, die Daten per Anwendung zu importieren und alle anschließenden Arbeitsschritte prüfungsfest zu dokumentieren.

Wenn Sie sich für die Nutzung des VAB-Compliance-Updates interessieren, wenden Sie sich bitte per E-Mail an die Geschäftsstelle des Verbandes an verband@vab.de, um sich auf den Verteiler eintragen zu lassen. Das Passwort dazu erhalten Sie monatlich per E-Mail.

Handbücher

Im Oktober 2023 erschien die 7. Auflage des Klassikers „Banking Business in Germany“, den der VAB zusammen mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH herausgegeben hat. Der Leitfaden von Fachleuten und Praktiker/-innen für alle Kreditinstitute, die Bank- und Finanzgeschäfte in Deutschland betreiben oder planen, bietet umfangreiche Informationen zum Registrierungsprozess sowie zu gesetzlichen, rechtlichen und steuerlichen Bedingungen in Deutschland. Die 7. komplett überarbeitete Auflage wurde erweitert um folgende Kapitel: ESG-Berichterstattung, Zahlungsvorschriften der PSD2-Richtlinie und Kryptowährungen. Das Autorenteam von VAB-Referenten und PWC-Mitarbeitern hat hier wieder ein Werk in englischer Sprache geschaffen, das einzigartig am Markt ist und sich auf den Schreibtischen vieler Bankpraktiker für den Einstieg in die Themen anbietet. Eine Printversion stellen wir Ihnen bei Interesse gerne zur Verfügung.

Das Team der VAB-Referenten hat zudem weitere Werke erstellt oder (mit-)veröffentlicht. Den VAB-Mitgliedern werden damit detaillierte Einsichten in die teils sehr komplexen regulatorischen oder steuerlichen Themen in einer auf sie zugeschnittenen Weise ermöglicht. Die jüngsten Erscheinungen sind:

- Flyer „Remote Work bei Auslandsbanken“, August 2022 in Zusammenarbeit mit Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Buch „Umsatzsteuer in Auslandsbanken in Deutschland“, Erstauflage im Dezember 2022

Darüber hinaus stehen für Mitglieder und extern Interessierte folgende Werke zur Verfügung:

- Buch „Einfluss von ESG-Faktoren und ESG-Risiken auf Kreditinstitute und Wertpapierinstitute“, Erstauflage im April 2023 in Zusammenarbeit mit GSK STOCKMANN Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft mbB
- Buch „Vergütungssysteme“, Dritte Auflage im Februar 2022 in Zusammenarbeit mit Allen & Overy LLP



LinkedIn

Auch bei der Social-Media Plattform LinkedIn ist der Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V. vertreten und informiert Dritte über seine Veranstaltungen. Unter folgendem Link können Sie dies einsehen:

<https://de.linkedin.com/company/verband-der-auslandsbanken>



YouTube-Kanal

Der VAB berichtet in seinem YouTube-Kanal regelmäßig über aktuelle Themen. Die Videos sind für alle Interessierten öffentlich zugänglich über folgenden Link: www.youtube.com/c/AssociationofForeign-BanksinGermanyVAB

Im Bereich Steuern stehen Ihnen zwei Podcasts zur Verfügung: „Tax Newsflash“ sowie „Tax is in the air“, in dem es um das Thema „Tax Compliance“ geht. Ausgewählte externe Referenten werden themenspezifisch eingeladen und berichten aus der Praxis. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung, Kritik und Verbesserungsvorschläge.



VAB-Vorstand



Burkhard Kübel-Sorger
Vorstandsvorsitzender VAB
Chief Financial Officer
J.P. Morgan SE



Guido H. Zoeller
Stellv. Vorsitzender VAB
Mitglied des General Management
Committee Paris
Group Country Head Germany
& Austria
Société Générale S.A.



Tobias Vogel
Stellv. Vorsitzender VAB
Vorstandsvorsitzender
Leiter Investment Bank
UBS Europe SE &
Leiter Global Wealth Management
Europe



Frank Schönherr
Schatzmeister VAB
Senior Country Officer Germany
& Austria
Crédit Agricole Corporate and In-
vestmentbank Deutschland



Jürgen Baudisch
CEO & Country Head
SEB Germany
SEB AB Frankfurt Branch



Thomas Falk
Mitglied des Vorstands
Bank Julius Bär Deutschland AG



Christopher F. Porter
Geschäftsleiter
The Bank of New York Mellon
Frankfurt Branch



Peter Rosenberger
Geschäftsleiter
China Construction Bank
Corporation
Niederlassung Frankfurt



Dr. Jana Währisch
Chief Financial Officer
Morgan Stanley Europe SE

VAB-Team



Dr. Andreas Prechtel
Geschäftsführer
Rechtsanwalt
andreas.prechtel@vab.de



Wolfgang Vahldiek
Stellv. Geschäftsführer
Direktor Recht
wolfgang.vahldiek@vab.de



Markus Erb
Prokurist und Direktor
Steuern und Betriebswirtschaft
markus.erb@vab.de



Andreas Kastl
Direktor
Finanzkriminalitätsbekämpfung
und Bankinfrastruktur
andreas.kastl@vab.de



Dr. Mélanie Liebert
Abteilungsdirektorin Recht
Rechtsanwältin
(Syndikusrechtsanwältin)
melanie.liebert@vab.de



Sabine Kimmich
Abteilungsdirektorin Recht
Rechtsanwältin
(Syndikusrechtsanwältin)
sabine.kimmich@vab.de



Nina Weidinger
Referentin Recht
Rechtsanwältin
(Syndikusrechtsanwältin)
nina.weidinger@vab.de



Melanie Centner-Wappler
Leiterin
Personal & IT
melanie.centner-wappler@vab.de



Iris Meurers
Leiterin
Geschäftsführungsbüro
iris.meurers@vab.de



Fidan Capar
Fachassistentin
Steuern & Finanzen
fidan.capar@vab.de



Karolin Jung
Fachassistentin
Veranstaltungen & Publikationen
karolin.jung@vab.de

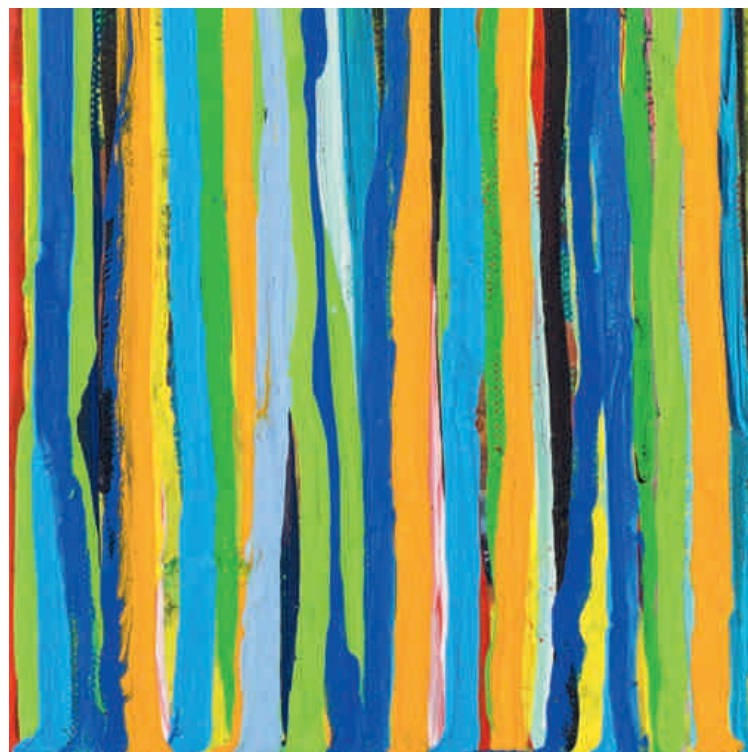


Julia Balzer
Fachassistentin
Mitglieder & Marketing
julia.balzer@vab.de

FREUNDSCHAFT | 65 X 90 CM | 2016
CAROLA VAHLDIEK

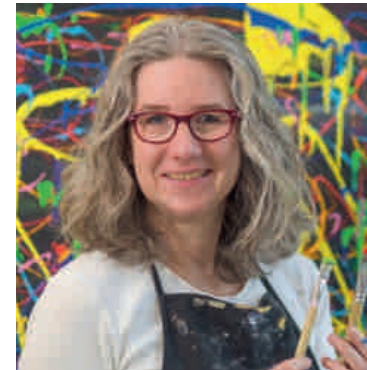


GOLDENES ZEBRA | 20 X 20 CM | 2018
CAROLA VAHLDIEK



Kunst im Jahrbuch

Wir danken der Künstlerin Carola Vahldiek sehr dafür, dass sie ihre Bilder zum Abdruck in diesem Jahrbuch zur Verfügung gestellt und die Publikation damit bereichert hat.



Carola Vahldiek
Künstlerin
www.lichtgedicht.de



Carola Vahldiek schafft Malereien mit klar-geometrischen genauso wie mit organisch-fließenden Formen und verbindet diese Elemente zu einem ganz eigenen Stil. Ihre oft von überschäumender Farbenfreude geprägten Arbeiten sind von überraschender Harmonie und Klarheit. Obwohl zumeist abstrakt gehalten, strahlen sie Optimismus, Humor und Lebensfreude aus. Auf diese Weise setzt die Künstlerin Lichtblicke für Auge und Seele in unsere oft von Negativität bedrängte Welt. Neben der herkömmlichen Malerei mit verschiedenen Pinseln arbeitet Carola Vahldiek mit Fluid-Art- und Spachtel-Techniken und anderen kreativen Möglichkeiten des Farbauftrags. Dabei kommen vor allem Acrylfarben, aber auch Gouache und Aquarellfarben zum Einsatz. Auch andere Materialien wie Strukturpasten oder Blattmetall nutzt die Künstlerin gern. Diese Flexibilität in der Arbeitsweise verleiht ihren Werken immer wieder überraschende Effekte, besondere Tiefe und Abwechslungsreichtum.



Impressum



Verband der Auslandsbanken
in Deutschland e.V.

Association of Foreign Banks in Germany



Weißfrauenstr. 12-16
60311 Frankfurt am Main, Deutschland



+49 69 975850 0



+49 69 975850 10



verband@vab.de



www.vab.de



youtube.com/c/AssociationofForeign-BanksinGermanyVAB



de.linkedin.com/company/verband-der-auslandsbanken



Konzept und Umsetzung:

SERENDIPITY Creative Consultancy GmbH | www.serendipity.team
Redaktionsschluss: 31.12.2023

Bildnachweis: Christof Jakob, pixabay.com, Carola Vahldiek

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG





PERSPECTIVES 2024

Verband der Auslandsbanken
in Deutschland e.V.

Association of Foreign Banks in Germany



CONTENT

Greetings Chairman of the Board VAB	02
Guest Article State Secretary in the Federal Chancellery	04
VAB as a Platform for International Banks	06
VAB Summer Party 2023	08
Review and Outlook	11
Tax	12
Anti-Financial Crime (AFC) and Bank Infrastructure	16
VAB Member Institutions	18
Statistics	22
Review and Outlook	29
Banking Supervision	30
Spotlight on ESG, Remuneration and Supply Chains	34
Investment Services and Custody	38
Civil Law and Human Resources	40
Service	45
Seminars	46
Trainings	48
Working Groups	50
VAB Innovation Program	51
VAB Publications	52
VAB Board	54
VAB Team	55
Art in the yearbook	56
Imprint	58



Burkhard Kübel-Sorger

Chairman of the Board
Association of Foreign Banks in Germany

Dear Readers,

I am delighted to present our yearbook "PERSPECTIVES 2024" to you. It provides you and your colleagues with an up-to-date overview of the VAB's work, our tasks and our positions on issues relevant to international banks operating in Germany.

The skepticism I had when looking ahead to the year 2023 in last year's edition has unfortunately been confirmed in many ways: the war in Ukraine is still going on, it is unfortunately even likely to drag on for longer and it is causing a lot of suffering for the people there. In Germany, the effects of the war were more of an economic nature: strong inflation, triggered by high energy prices, as well as high interest rates as the central banks' reaction, have accompanied us throughout 2023. For banks, this development had opposing effects depending on the business model: while some institutions were able to report a significant increase in net interest income, others saw their business deteriorate considerably, particularly in the areas of property financing or investment banking.

However, the signs for the year 2024 again point to normalisation, as lower interest rates are expected for Europe at least in the medium term due to lower inflation, which will also boost securities trading. This development is also accompanied by risks that now need to be managed and will be monitored by the banking supervisory authorities.

With their global power and international networks, international banks are making a decisive contribution when overcoming the challenges faced by economy and state, and this is increasingly being recognised by German politics. Nevertheless, this also means that supervisors are increasingly focusing on the VAB member banks. This affects institutions of all sizes who face a constantly increasing burden when fulfilling ever more detailed documentation and audits. This has a noticeable impact on the earnings situation of smaller institutions in particular.

40 years after the VAB was founded with the founding mission of advocating a regulatory level playing field for foreign banks operating in Germany, we still see that there can be unequal treatment when it comes to new and complex issues, such as the regulation of crypto financial products and services. We very much welcome the fact that, in response to the VAB's incentive, all parties involved are now working together to find solutions to level out these inequalities.

We are concerned that envisaged initiatives for amendment and simplification, which could have provided significant impetus for strengthening Germany as a financial centre, have subsequently been removed from legislative drafts although they had already been widely discussed, e.g. the Future Financing Act or the Growth Opportunities Act. This holds true in particular for tax regulations such as the taxation of derivative transactions or the taxation of syndicate leader services.

Banks also have to cope with extensive newly created legislation for the implementation of the EU's and Federal Government's sustainability goals, which have a strong impact on the banks' risk management. It is of importance that implementation of these rules within the group remains possible for banking groups that are also and/or primarily active in non-EU jurisdictions.

However, there are also positive developments: it seems to be that the strict rules for the establishment and for transactions of banks from non-EU States that stakeholders feared last year, will be supplemented by sensible exemptions for reverse solicitation and institutional business in the draft of the upcoming CRD VI.

With the support of its members and the expertise of external consultants and seminar speakers, the VAB team has once again done an excellent job in 2023 and provided its members with valuable support and daily information on the many topics that affect them. The Association can keep you up-to-date not only with position papers on upcoming legal changes and on the supervisory practice, but also due to its direct contact with decision-makers in politics and administration. The large number of specialist seminars and trainings should not be forgotten. The VAB's publications in German and English, facilitating that information can also be passed on to your international colleagues in the banking groups, complete this multifaceted offer. In particular, the new edition of the book "Banking Business in Germany", which was published in 2023 in collaboration with PWC should be mentioned.

This retrospective annual report 2023 and its outlook for 2024 gives an impression of some of the key activities and topics that make the VAB an integral part of the financial industry in Germany and a highly requested contact for regulators and supervisors.

This year, we have once more combined the German and English versions in a single brochure to make it easier for you to pass it on to your English-speaking colleagues in your organisation or group. An online version is also available on the VAB website for this purpose.

I hope you enjoy and benefit from reading this yearbook and would like to thank the VAB team and my colleagues on the Board for the work reflected in it.





Dr Jörg Kukies
State Secretary in the
Federal Chancellery

Dear Readers,

The year 2024 will once again confront us with a whole series of complex political challenges, such as the ongoing wars in Ukraine and the Middle East, the transformation of the German economy with a view to climate action and digitalisation, and efforts to ensure that our welfare state remains fit for the future at a time of high, albeit generally sinking, inflation and a weak global economy. These are certainly turbulent times!

Despite all of these challenges, the German Government is pursuing a clear strategy and continuing to resolutely tackle the tasks that it faces. We are standing by our overarching goals: to make Germany faster and more modern, and continue to advance the climate-neutral and digital transformation of our country, while not forgetting efforts to strengthen societal cohesion.

We face a decade of transformations. Becoming climate-neutral and at the same time remaining a strong industrialised nation – that is no mean feat! Only together can we succeed in the Herculean task of transforming our economy. And together means that the state lays out the framework enabling accelerated investment in renewable energies and the required infrastructure in particular, while it falls to industry and the financial sector to steer private investment towards renewables and decarbonisation. In the coming years, we need to mobilise game-changing investments in this area.

In order to successfully tackle this challenge, it is important to be able to rely on strong partners by one's side. For the enormous investments that lie ahead of us, we need effective financial institutions and well-functioning capital markets. This is the only way that businesses will be able to find the financing conditions they need. And good financing conditions mean not only low costs, but also a wide choice of banking and financial services as well as financing part-

ners. Furthermore, the German economy is strongly export-oriented. It therefore requires banks that can support it internationally, too. In this respect, foreign banks have an important role to play. The foreign financial institutions in Germany, which employ a total of around 30,000 people, are important partners for the German economy and for Frankfurt as a financial hub. You are employers, investors and creditors. You offer businesses financing opportunities and financial services for investment, innovation and growth. You thus make a crucial contribution to job creation and economic growth in Germany and form an integral part of the German financial system.

Frankfurt's international reputation as a financial centre is a crucial factor in attracting players from the foreign financial sector. Frankfurt is home to more than 200 credit institutions, over 80% of which are foreign banks. It is made more attractive still by, in particular, the proximity that it offers to important industry players. Frankfurt is Europe's leading centre for national and European financial regulation and oversight. It hosts the European Central Bank (ECB), the Deutsche Bundesbank, the Federal Financial Supervisory Authority (BaFin), the Single Supervisory Mechanism (SSM), the European Systemic Risk Board (ESRB) and the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA).

The German Government has also engaged in wide-ranging efforts to promote Frankfurt as a financial hub in the recent past. For example, it actively supported Frankfurt's successful application to host the International Sustainability Standards Board (ISSB), and is currently campaigning for the EU's new Anti-Money Laundering Authority (AMLA) to be located there, in order to further enhance the city's attractiveness for the financial sector. These measures are also in the interest of the foreign banks, which benefit from having a strong and well-connected financial centre in Germany.

We are continually improving the regulatory framework in order to bolster the position of Germany and Frankfurt as an innovative, globally competitive financial hub. For example, the Financing for the Future Act (ZuFinG) took effect at the beginning of the year. This new law will make it easier for start-ups and high-growth businesses to mobilise private capital for investment and to drive innovative developments. The ultimate aim is to improve the performance of Germany's capital market and its attractiveness as a financial hub, not least with a view to investment in the digital and sustainable transformation. Among other measures, we have notably bolstered employee stock ownership in order to make Germany more attractive still to highly qualified workers. Meanwhile, the Growth Opportunities Act, which is currently going through the legislative process, will be another factor in creating investment incentives and fostering more attractive conditions.

Moreover, with the Skilled Immigration Act, we have created the most modern immigration law that Germany has ever had. We have removed legal hurdles and created more flexible opportunities for foreign skilled workers to enter Germany to take up employment.

However, in addition to the necessary national initiatives, we also need a deeper and more effective capital market in Europe, in order to mobilise the private investment needed for the transformation of the German and the European economy. The banks are ready and willing to take action, but too often their efforts founder on Europe's nationally organised capital markets. We therefore need substantial progress on deepening the Capital Markets Union. This means, in particular, greater harmonisation of national insolvency law regimes, common taxation standards, a strengthening of the securitisation market for financing the real economy, improved access for private investors to a broader range of financial products, and a Europe-wide strengthening of private old-age provision. A strong and deeper European capital market is extremely important for Europe's strategic autonomy and global competitiveness.

The German Government is aware of the importance of the foreign financial sector for our country, and will continue its efforts to create the right conditions for your successful work. The foreign banks are an indispensable part of Germany and the financial hub of Frankfurt.





Dr Andreas Prechtel
Managing Director
Association of Foreign Banks in Germany

VAB as a Platform for International Banks

International banks bring expertise and capital strength to Germany's companies, investors and bank customers

The public awareness that international banks operating in Germany are experiencing does not yet reflect their importance for the German economy and population. Only a few "big names" are well known and even large German companies that use very specific banking services are often unaware of the true size and sometimes complex structures of the international banks that support them in their business. While the local branch might appear small, it is often an integral part of the largest and most powerful financial institutions in their respective home country.

The institutions organised in the VAB come from over 30 countries and are active at various locations in Germany (e.g. Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg and Munich). They already employ approximately 30,000 highly qualified people, often with international experience. Most of them are German employees. These institutions and their employees pay taxes and duties here in Germany, assume an important role for the German economy and have been anchored here in Germany for decades. They also play a key role in creating the Frankfurt financial centre, the largest and most international financial centre in Germany.

Foreign banks characterise many business areas through their international network

It is not the "foreign" character that defines our members, but the fact that they are internationally active institutions that support the local and international business of their primarily German clients in and from Germany and that can also draw on the resources of their international banking groups, which enable them to provide customers with a advantageous offers. The VAB members are active both for German companies with economic relations abroad and for companies coming from their respective home country that

are economically active in Germany or have business relationships with German customers. Consequently, they engage amongst others in the following areas of activity:

- Trade financing and factoring services
- Project financing for German companies abroad or foreign companies in Germany
- Mergers & acquisitions
- Direct banking and mortgage business
- Securities underwriting and securities trading
- Asset management
- Securities settlement and custody business

Their outstanding international relationships for the business conducted primarily for corporate clients, the operational integration into their internationally active groups, the international expertise of their employees, their group-wide remuneration structures and their diverse and globally networked management teams distinguish VAB members from most purely domestic institutions. The economic and human resources of their respective banking groups give them stability, capital strength, a large extent of technical and regulatory expertise and, of course, reputation. The contribution of these skills to the German banking and capital market, for example when working together with the VAB on financial market issues and participating in discussions, they actively contribute to the strengthening of the German financial and capital market for international competition.

The VAB offers its members services and lobbying activities customised to them and their employees

As a service provider, the VAB offers a network for the managers and employees of foreign banks in order to provide them with well-founded and practice-orientated information, e.g. by means of

- First-class seminars with speakers from the member community, representatives from regulatory and supervisory authorities, as well as external consultants and banking service providers,
- Working group meetings on current and banking-specific topics for employees of our member institutions,
- Customised in-house trainings and webinars,
- Bilingual, up-to-date daily briefings and practical monthly newsletters with information on changes in legal and tax matters as well as regarding the organisation of banking operations, and
- Overviews and publications on topics or requirements in the areas of law, compliance, taxes and reporting.

The VAB Summer Party, which took place with the best summer weather at Frankfurt's Westhafen harbour in 2023, the VAB Management Forums as after-work events and, last but not least, the VAB Members' General Meeting are also part of the VAB networking experience and provide platforms for members to engage in personal dialogue with each other or with politicians as well as with experts supporting the VAB. With a presentation on the topic of "First applications of AI in banks" at the Members' General Meeting in 2023, the attending representatives of the member institu-

tions were given an exciting introduction to the discussion on this development which affects all institutions and now influences many processes. The upcoming first attempts of AI-regulation were discussed, as were the risks, benefits and associated with the use of AI.

VAB is also a very active representative of its members' interests vis-à-vis politics and the administrative authorities – both the supervisory authorities and the tax authorities. The VAB actively promotes the openness and international competitiveness of the German financial centre and fosters its sustainable further development by issuing critical but constructive statements on changes to the legal framework and, above all, by making its own proposals for improvements to the legal framework. To this end, the VAB through intensive and transparent relationships with ministries, authorities and financial centre promoters is part of the process to create the proper framework for the German financial centre to assume the role that corresponds to Germany's economic size and potential.

A strong team at the VAB office

As competent and experienced resources the VAB team members are directly available to the management and employees of its members as well as to contacts in politics, regulation and supervision and thus create a high level of effectiveness in advising and representing the interests of VAB's members.



F. l. t. r.: Sabine Kimmich, Melanie Centner-Wappler, Dr Andreas Prechtel, Karolin Jung, Wolfgang Vahldiek, Fidan Capar, Iris Meurers, Julia Balzer, Andreas Kastl, Nina Weidinger, Markus Erb, Dr Mélanie Liebert



VAB Summer Party 2023

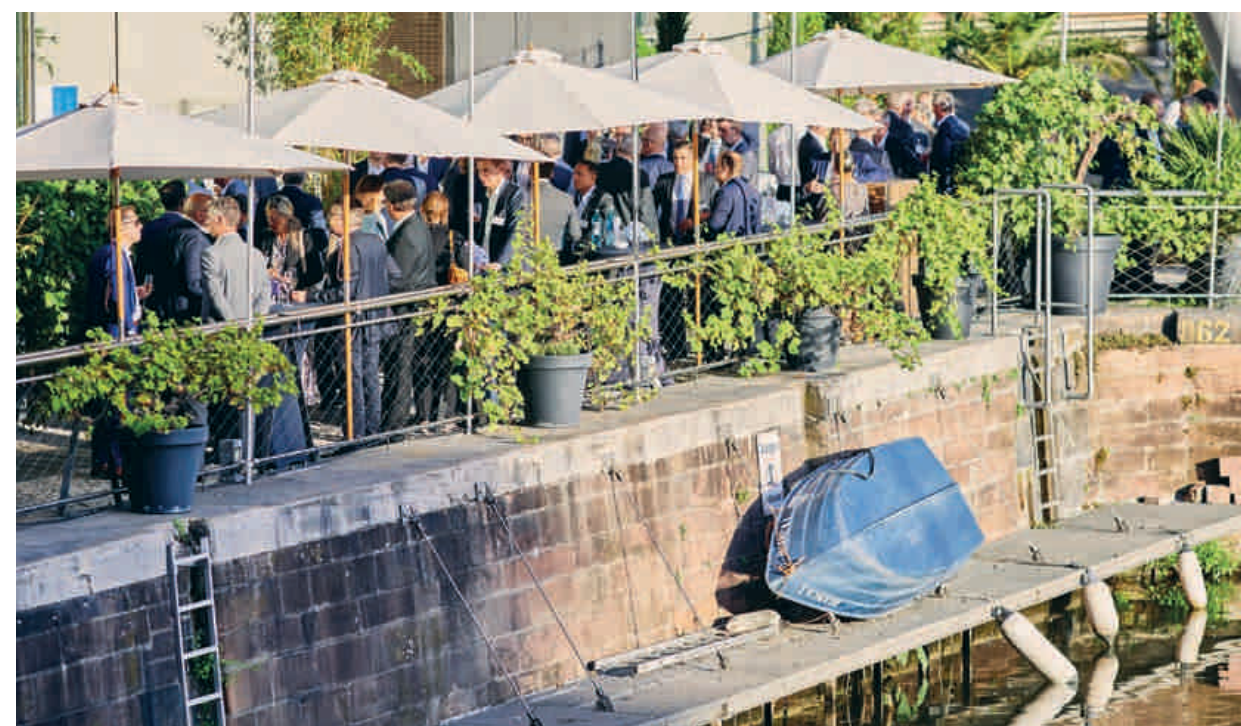
A perfect late summer evening on the riverbank of the Main in the "Frankfurter Botschaft" at Westhafen created the setting for the VAB Summer Party 2023. Around 150 guests from the circle of VAB member institutions as well as representatives of federal and state politics, the City of Frankfurt, the ECB, the Bundesbank and other guests from industry, the press, audit and law firms and consulting companies came together as the "VAB Community".

Vice Chairman of the VAB Board, Guido Zoeller, Société Générale S.A., welcomed the guests with pointed remarks to the representatives of politics and supervision on the major critical issues that were concerning the VAB in 2023, many of which are still open. He also thanked the members for their ongoing support of the VAB and its team for their commitment and organisation of the event.

The guests were then able to hear from Stephanie Wüst, City Councillor of the City of Frankfurt and Head of the Department of Economic Affairs, Law and City Marketing, how the City of Frankfurt warmly welcomes international banks and their employees. Representing Lord Mayor Mike Josef, she emphasised in her speech to the international guests in English language the efforts of the City of Frankfurt and the Rhein-Main region to create all the conditions necessary to make Frankfurt the most attractive location in continental

Europe for international banks and financial stakeholders. She explained that the competition between Paris and Frankfurt to attract institutions and employees, but also to attract international authorities such as the European Money Laundering Authority ("AMLA"), can only be achieved if the numerous positive location factors that speak for Frankfurt are also made known where the decisions to locate are made, i.e. mostly in the committees of the institutions in their home countries. The city government is aware of the economic, but also the cultural contribution that international banks and their international staff bring to the city of Frankfurt and is holding many discussions and investing in the necessary infrastructure so that the financial centre of Frankfurt can continue to internationalise.

The informal part of the evening that followed was enjoyed in an informal "beach club" atmosphere with delicious drinks and an excellent buffet. The sunset, which was reflected in the Main, invited all guests to use the event for networking and personal exchange on the topics addressed and many more.





TROPICAL | 40 X 40 CM | 2019
CAROLA VAHLDIEK

REVIEW AND OUTLOOK

- | Tax
- | Anti-Financial Crime (AFC)
and Bank Infrastructure



Markus Erb
Proxy and Director
Tax and Aconomic Affairs

Where is the light at the end of the tunnel?

Looking back, the past year 2023 can be described as a turbulent, if not chaotic, year in tax terms. While the first third of 2023 remained relatively calm in terms of tax policy, in the second third of the year – shortly before the 2023 summer break – a bow wave of 100 pages of difficult and not easily understandable tax material, particularly in international tax law, swept over taxpayers. In the last third of 2023, the multitude of tax issues then reached the German Bundestag. In November 2023, the tax bombshell in Karlsruhe in Baden burst – 60 billion euros were missing – causing all budgetary dams to break, which had a knock-on effect on tax policy. In 2023, the members of the VAB were also busy implementing a number of withholding tax projects (such as the electronic tax certificate for withholding tax), which the legislator had launched as part of the digitalisation initiative and the general international trend of avoiding tax avoidance. This once again required close dialogue between the VAB and its banking practitioners and the tax authorities.

Implementation of the new withholding tax procedures very complex and costly

In addition to withholding tax, VAT also played an increasingly important role in the Association's membership, so that a VAT update was also launched by the VAB in order to provide information on current hot topics and to exchange information online about developments and effects. By creating expert advisory boards, selected banking practitioners from the members are to be linked even more closely to the VAB and their valuable expertise and experience are to be incorporated even more strongly into the Association's work. The dialogue with the tax administration was further improved and intensified. At the well-attended VAB tax audit symposium on 13.12.2023, for example, important contacts from the tax administration were able to participate and thus promote dialogue. A monthly VAB newsletter, which is only produced for interested representatives of the administra-

tion and politicians, allows them to be informed promptly and electronically about VAB concerns and suggestions. The exchange with bank auditors as part of the "Tax audits at banks" course at the Federal Academy of Finance in Bruehl with a presentation by the VAB on the topic of "Tax compliance at banks" was also very lively and intensive this time.

Dialogue with tax administration and members remains key

After 2021, the importance of tax compliance and its implementation in the ongoing work of foreign banks was surveyed again in 2023 in a VAB survey of its members, with the result that tax compliance is becoming increasingly important for members.

The VAB's tax division is cautiously optimistic about the next two years and the upcoming tax projects. Thanks to the continued good dialogue with the Federal Ministry of Finance, it is likely that the content of some tax projects and tax administration processes can still be improved and urgently needed clarifications created in a timely manner. Reduce of red-tape in tax law is an important project that the VAB will continue to constructively support in 2024 together with banking practitioners from the tax sector.



Franz Schober
Tax Manager Wealth & Products
BNP Paribas S.A.

A year full of challenges from a tax perspective

The year 2023 was a year full of challenges, and not just politically and economically, with rising interest rates and continued high inflation. The tax challenges have names such as the "Deduction Tax Relief Modernisation Act", the "Future Financing Act", the "Growth Opportunities Act", the "Tax Haven Defence Act" and the "Minimum Tax Directive Implementation Act". It should be noted that, in addition to the creative naming of legislative procedures, the complexity of German tax law appears to be unbroken. Typically, questions arise regarding the correct deduction of withholding tax at the level of the custodians and depositaries. This is often accompanied by questions of investor taxation, which are of considerable importance for the foreign banks with the corresponding clients.

Unfulfilled hopes in the tax projects

Great hopes were associated with the "Future Financing Act" – initially also in the area of taxation of investment income. In a key issues paper from the Federal Ministry of Finance, it was planned to abolish the loss offset restrictions for certain financial products. This would have abolished the restriction on offsetting losses from forward transactions or the worthless expiry of assets to 20,000 euros and any obstacles at investor level could have been removed from a tax perspective. Tax law could have played a small part in ensuring that the focus in Germany shifted more towards "capital investment on the stock market" instead of "call money accounts and savings books". Ultimately, however, the hopes at this point have not been fulfilled, as this cancellation did not find its way into the current legislative process. Although the flat-rate withholding tax was introduced in 2009, a large number of investors and market participants are still concerned about its application. In particular, the application of the principles of final tax deduction to realised gains and losses from interest-bearing foreign currency balances has given rise to numerous application issues in times of rising interest rates. The Deduction Tax Relief Modernisation Act – previously known as the electronic tax certificate – is not only cumbersome in terms of its name. The requirements placed on banks by the new notification and reporting obligations under §§ 45b and 45c Income Tax Act are also complex. The new comprehensive reporting obligations are accompanied by stricter liability regulations. This discrepancy between a large number of new reporting requirements on the one

hand and stricter liability regulations on the other can only be mitigated by maintaining an internal control system. This once again demonstrates the importance of a functioning and actively practised tax compliance management system at the level of the custodians and depositaries. At this point, the importance of enabling bank practitioners to communicate directly with the tax authorities via the VAB becomes clear once again. Only in this way can the pressing problems of implementation practice be pointed out.

The importance of a functioning and actively practised tax compliance management system is undisputed

The new version of § 50c Income Tax Act on the refund of German withholding tax also had considerable practical consequences. According to the intention of the legislator, applications for refunds of (excess) withholding tax could only be submitted in accordance with the officially prescribed data set via the officially specified interface. This was to be applied for the first time to applications submitted after 31.12.2022. However, the (non-)provision of the technical infrastructure and the portal provided posed many challenges in practice. In order to safeguard the interests of investors, a goodwill arrangement was achieved until 30.12.2023, so that applications could continue to be submitted in accordance with the old procedure and thus foreign investors were not denied the right to reduce withholding tax to the respective rate of the double tax treaty (DTT).



Martin H. Seevers, LL. M. Tax (USA)
 Partner, Certified AML & Anti Fraud Officer
 ADVANT Beiten

Dealing with tax risks in the financial sector

Tax compliance in the light of cum/ex and cum/cum

One of the key tax issues of 2023 for banks and financial service providers operating in Germany is the realisation that the requirements for the compliance organisation of institutions in dealing with tax risks (tax compliance) have changed fundamentally as a result of the current cum/ex and cum/cum investigations. Similar developments were also observed last year in other EU countries, such as France and the Netherlands. While the legislator took the current cum/ex proceedings as an opportunity to further tighten German criminal tax law in 2020, three developments in the area of withholding tax in particular highlighted the new framework conditions last year.

Cross-border investigations in the area of withholding tax

The high-profile searches of five banks in Paris by the French financial prosecutor's office with the participation of German prosecutors on allegations of money laundering and tax fraud in connection with allegedly criminal cum/cum arrangements under French law in spring 2023 have shown that abusive tax arrangements in the financial sector are being prosecuted across borders and in other EU states. This involves the use of investigation methods that were previously only used in other areas of international criminal prosecution.

Tax compliance in the focus of supervision

As a result of the investigations, the tax compliance organisation of banks has become the focus of the supervisory authorities (BaFin). BaFin's requirements for the effectiveness of tax compliance management systems (tax CMS) with regard to the governance structure of the tax compliance organisation and the design of suitable strategies and safeguards go well beyond the requirements of the financial authorities and the leading auditing standard for tax CMS (IDW PS 980). Tax compliance in the financial sector is therefore no longer an isolated task of the tax department, but part of the general compliance organisation of the institu-

tions as part of their NFR (non-financial risk) management and is subject to the legal requirements for a proper business organisation.

New procedures for withholding tax relief for foreign investors

In the area of tax legislation, the Deduction Tax Relief Modernisation Act ("AbzStEntModG") and the EU's FASTER initiative are two legislative initiatives that, as a direct response to the investigations, aim to better prevent abuse in the area of withholding tax in the future. Both provide for a fundamental reform of the withholding tax relief procedure for non-residents. While the FASTER initiative is still at the draft stage, the Deduction Tax Relief Modernisation Act has already come into force in Germany. It poses considerable challenges for the tax compliance organisation due to extensive disclosure and reporting obligations and greatly increased liability for issuers of incorrect withholding tax certificates.

Further challenges

There are a number of other challenges to overcome, as many tax transparency laws to combat tax fraud and tax evasion apply exclusively to financial service providers worldwide. This has resulted in completely new tax regimes and reporting obligations that place entirely new demands on the compliance organisation of banks. The sustainability reporting demanded by investors offers banks the opportunity to revisit the topic of taxes in a new and positive light as part of their ESG strategy, but this requires adjustments to governance structures in the area of tax compliance.

Realignment of tax compliance

For banks in Germany, this raises the question of how they need to respond to these new framework conditions. This must be done against the backdrop of the fact that Germany has been experiencing a continuous tightening of the climate in criminal tax law for years, which affects companies and individuals alike. This has already made it necessary to pro-

tect the company, its management and employees from tax (criminal) law risks with a tax CMS. The IDW PS 980 auditing standard has also established itself as the industry standard for the design and auditing of tax CMS in the financial sector. In view of the changed framework conditions, however, "classic" tax CMS must fulfil new requirements in order to offer effective protection. In practice, the main challenge is to ensure the effectiveness of the tax CMS for all the bank's material tax risks in such a way that it offers protection against criminal law risks and also meets the regulatory requirements for proper business organisation. To this end, the Tax CMS must be expanded to include new types of tax risks due to current legislative initiatives and measures to combat tax fraud and tax evasion in the financial sector. In addition, tax risk management must be integrated into the bank's compliance organisation for regulatory purposes. The requirements of the legislator and BaFin regarding the governance structure of the compliance organisation and the design of suitable strategies and security measures to avoid tax risks must be observed.

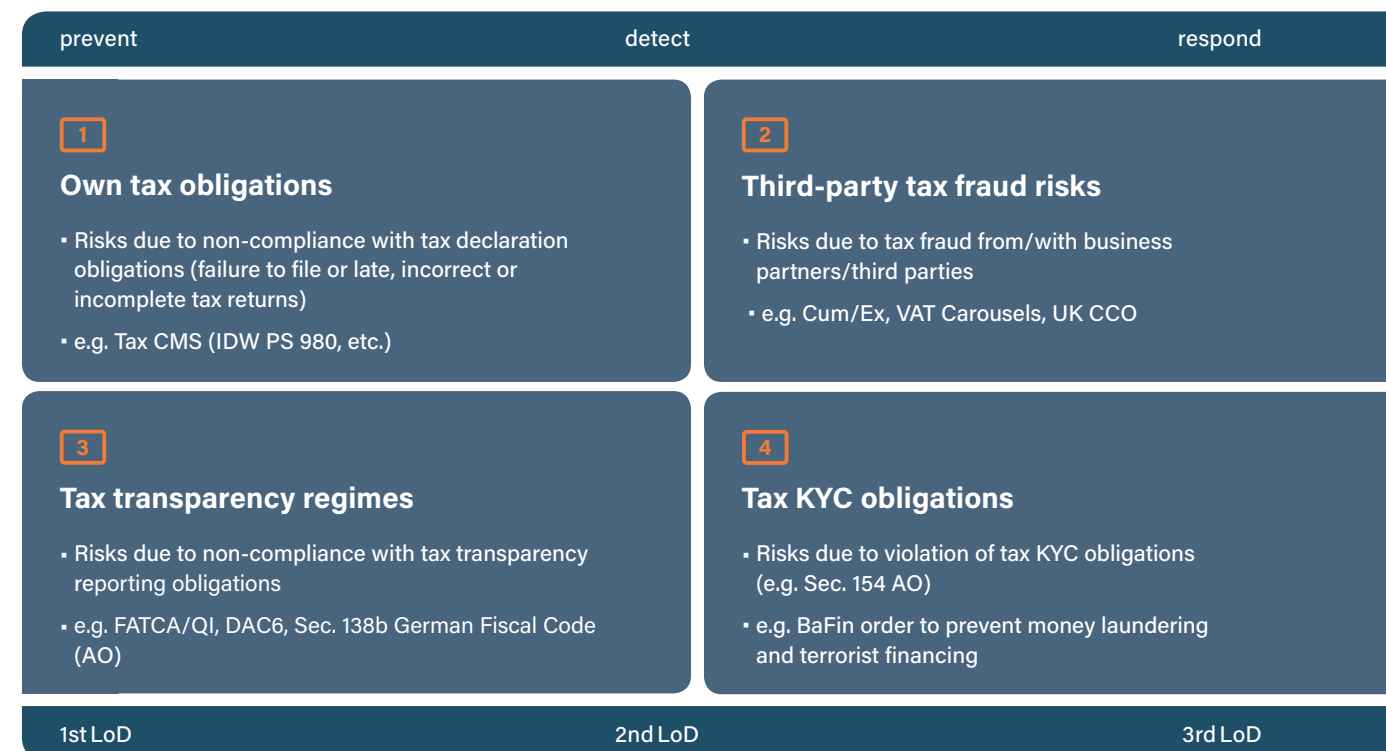
Practical implementation in the "4 pillar model"

Adapting tax risk management is a challenge due to the complexity of the topic. For practical implementation, banks can draw on the "4 pillar model" developed by the author, a consulting approach for holistic tax risk management in the financial sector. The model serves as a regulatory frame-

work and takes account of the fact that the requirements for tax risk management in the financial sector differ significantly from those of other sectors of the economy. The 4-pillar model enables banks, insurance companies and asset managers alike to define a customised and systematic approach to dealing with tax risks in order to adapt their tax CMS and tax governance accordingly. The model works with four tax risk areas (pillars) specific to the financial sector, each of which requires different approaches in order to ensure liability is minimised. All conceivable tax obligations and risks that can affect a company in the financial sector in Germany and abroad can be individually assigned to the four pillars and mitigated.

Conclusion

The requirements for tax compliance in the financial sector have changed fundamentally as a result of current measures and legislative initiatives in the area of tax transparency and to combat tax evasion and tax fraud. Tax compliance in the financial sector is not an isolated task of the tax department but is the responsibility of the institutions' general compliance organisation as part of their NFR management. It requires close cooperation between the compliance department and the legal and tax departments, as well as the business units of the first line of defence within the framework of the governance structures prescribed by supervisory law. The "4 pillar model" developed by the author offers a systematic approach for sophisticated implementation in practice.



ADVANT Beiten
 Neuer Wall 72 | 20354 Hamburg
 Martin.Seevers@advant-beiten.com
 www.advant-beiten.com



Andreas Kastl, M.A., LL.M. oec.
Director
Anti-Financial Crime (AFC) and Bank Infrastructure

Anti-Financial Crime (AFC) and Bank Infrastructure

Anti-Financial Crime

Last year, the term of "Anti-financial crime" was given a boost at the highest ministerial level with the introduction of the Act to Improve the Fight against Financial Crime – also known as the Anti-Financial Crime (FKBG). The centrepiece of the new legislation, which reflects the Federal Government's desire to take more effective action against financial crime in future, in particular money laundering, is the establishment of a new Federal Office for Combating Financial Crime (BBF), under whose umbrella the most important competences are to be bundled. The establishment of the new authority is set to begin in 2024 and the aim is to start operational work from 2025. From the perspective of the Federal Ministry of Finance, important aspects of the fight against financial crime will be brought together in the BBF: Analysis (Financial Intelligence Unit, FIU), criminal investigations (Money Laundering Investigation Centre) and supervision (Central Office for Money Laundering Supervision, ZfG). In addition to the FIU, the Central Office for the Enforcement of Sanctions (ZfS), which was already established in 2022, is to be integrated into the BBF in the future.

➡ It should be noted that BaFin's fundamental responsibility for supervision in accordance with section 50 no. 1 of the German AML Act will not change.

In addition to being incorporated into the new official structure, the FIU, the problem child of recent years, will also benefit from the risk-based working methods adopted in 2023. In order to better fulfil its core mandate of combating money laundering and terrorist financing in future, the FIU will no longer be obliged to analyse and forward all suspicious activity reports received. In light of the latest figures, this may be conducive to focusing the FIU's activities. The FIU's an-

nual report for 2022, which was published relatively late on 8 December 2023, once again showed an expected trend, as the number of SARs received had risen again to a total of 337,186 compared to the 298,507 in the same period of the previous year (2021). Unfortunately, this risk-based approach by the FIU is not expected to bring any relief for obliged entities alone, as the supervisory authority's rigid requirements for submitting suspicious activity reports and the unfortunate all-crimes approach remain in place; the cornerstone paper published by the FIU and BaFin in 2023 with its limited negative list was therefore like the proverbial drop in the ocean.

In 2024, the financial industry should once again turn its attention to Brussels and Strasbourg, as negotiations on the EU anti-money laundering package are expected to be finalised. The new regulation on combating money laundering and terrorist financing will set uniform standards across the EU and minimise local requirements from the perspective of companies or groups of companies operating across borders in the single market. However, it remains to be seen what impact the new European requirements will have in practice; in many cases, stricter requirements are emerging, e.g. in the area of transparency of beneficial owners. A decision on the new European supervisory structure will also be made in 2024: the new AMLA authority is to be given direct supervisory powers, among other things. The seat of the new authority is to be decided in a new procedure between the Council and the Parliament on the basis of pre-agreed evaluation criteria.

➡ The VAB supports Frankfurt's application for the seat of the AMLA; many advantages and synergy effects speak in favour of this.

Bank Infrastructure

Information and telecommunication technologies (ICT) form the key infrastructure for the financial industry. The DORA Regulation will place high demands on projects to adapt this ICT infrastructure to achieve a reliable level of resilience in 2024. At the end of 2023, the three European supervisory authorities (EBA, EIOPA and ESMA) initiated consultations on the second set of regulatory standards and guidelines that explain and differentiate DORA in detail. As early as 2024, the financial industry must take implementation measures based on the drafts as far as possible, as the basic legal act will already be applicable in January 2025. The VAB will support its members with practice-oriented events.

➡ At the very least, the European legislator has avoided double regulation through DORA and the new requirements for critical infrastructure protection (NIS2, CER) and has stipulated that companies that have to implement DORA will already fulfil the relevant obligations in the KRITIS area, such as regulation with regard to risk management measures and reporting obligations in the area of cybersecurity.

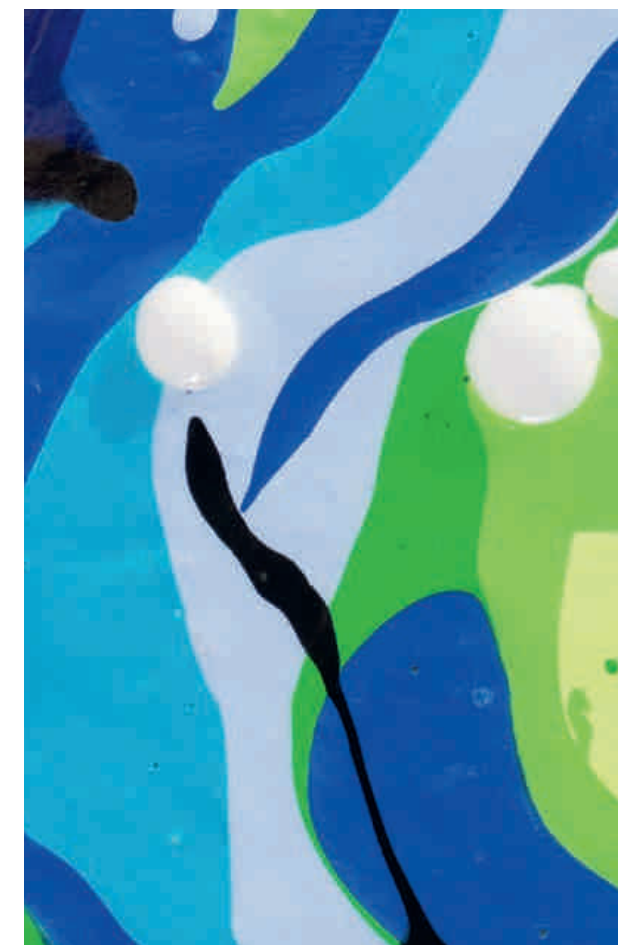
Over the course of the year, the VAB took part in a joint project between the supervisory authority and financial companies, in which a mapping was carried out between the requirements from DORA and the previously applicable regulations from BAIT/VAIT. The results are expected to be published by the supervisory authority in the course of 2024. The mapping is also intended to support financial companies in taking targeted implementation measures, as BAIT/VAIT is already based on a similar regulation in Germany. Furthermore, the signs are not bad that the supervisory authorities will come to the conclusion that BAIT/VAIT will no longer have an independent future alongside DORA, as double regulation at national level is not permitted.

New challenges will arise in the area of payment transaction processing infrastructure in 2024: Instant payments are to be offered by all banks on a mandatory basis in future. Proposals for exemptions from this obligation, which the VAB and many other stakeholders had put forward, were unfortunately not successful. The situation was different for the draft of a new EU Payment Services Regulation (PSR), which will in future contain the key content of the supervisory regulations for the provision of payment services and is intended to stand alongside the streamlined PSD3 directive. The possibility of exempting institutions from the obligation to provide an account access interface, which has long been called for by the VAB, has now been considered, provided that the supervisory authority agrees, and may significantly relieve the burden on small, specialised foreign banks.

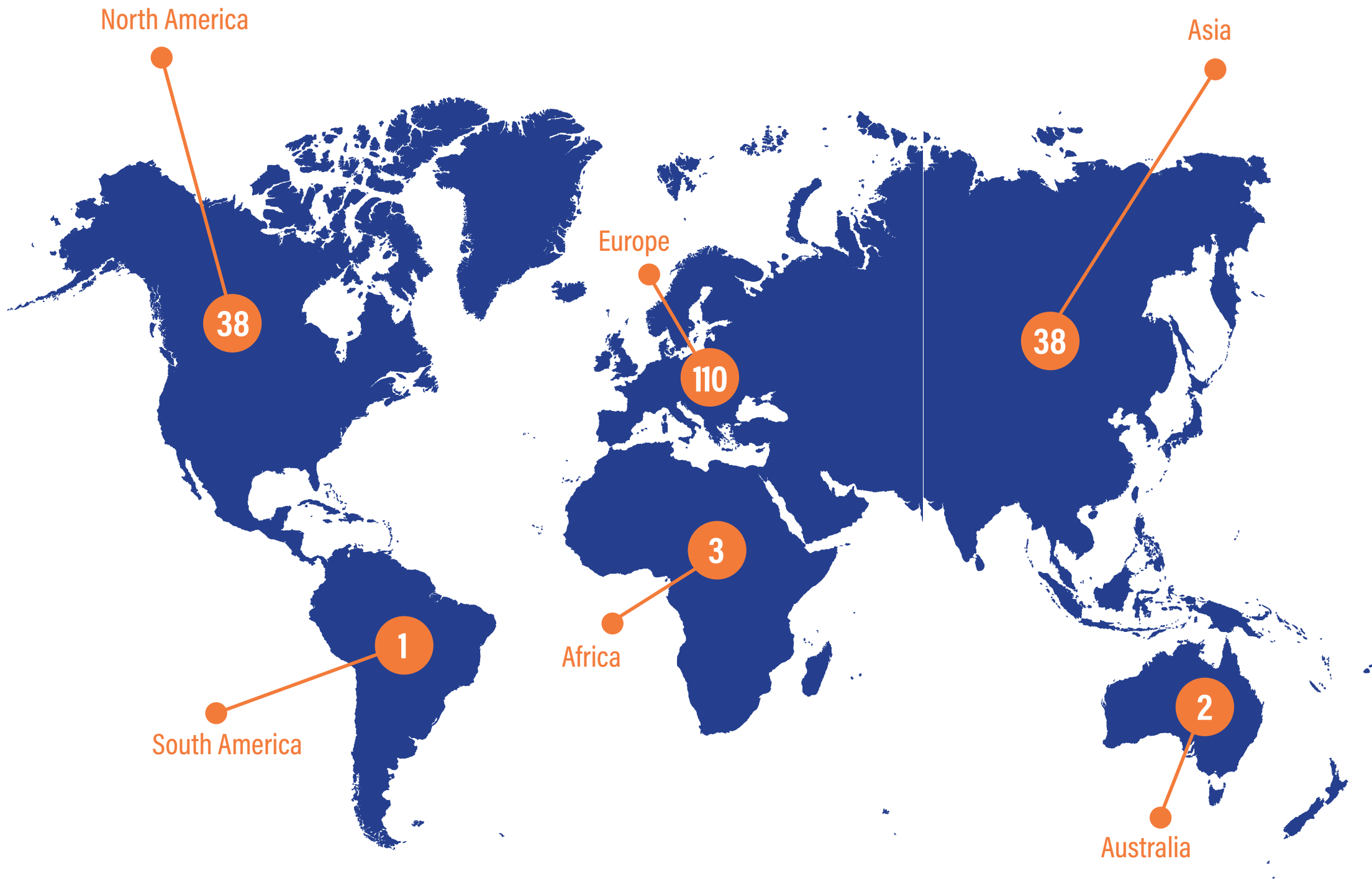
At the beginning of 2024, it is not yet possible to predict whether the digital euro regulation project launched in 2023, which would present foreign banks with further challenges in the area of payment transactions and account management, will be finalised. In addition to the legal basis for a digital euro to be negotiated at EU level, a decision by the European Central Bank (ECB) is required to launch this digital currency.

In the area of reporting, credit institutions will have to implement the new European reporting system for interest rate risk in the banking book (IRRBB) in 2024; this new reporting system, which is closely linked to the European Banking Authority's (EBA) regulatory package on interest rate risk, will begin in autumn 2024. At the beginning of 2024, the EBA also initiated the process of revising the CRR reporting system, which will have to be implemented with the new CRR amendment. When drafting the new requirements, the EBA endeavoured to align and integrate the disclosure and reporting frameworks, among other things, in order to make it easier for institutions to comply with both requirements.

Finally, the renewed expansion and reform of the Common Reporting Standard (CRS), which serves the international exchange of financial information, is also entering the home straight. A tax exchange via the crypto business (CARF) will also be introduced at the same time.



VAB Member Institutions



Africa

Egypt (1), Morocco (2)

Asia

Bahrain (1), China (5), India (2), Iran (5), Japan (11), Jordan (1), Korea (4), Taiwan (2), Turkey (6), Vietnam (1)

Australia

Australia (1)

Europe

Belgium (1), Denmark (1), France (42), Greece (1), Great Britain (18), Ireland (1), Italy (3), Liechtenstein (1), Luxembourg (2), Netherlands (9), Norway (1), Austria (9), Poland (1), Sweden (2), Switzerland (13), Spain (4), Cyprus (1)

North America

Bermuda (3), USA (35)

South America

Brazil (1)

I Africa

Egypt

- Misir Bank – Europe GmbH

Morocco

- Attijariwafa Bank Europe Niederlassung Frankfurt
- Chaabi Bank Zweig Niederlassung Deutschland

I Asia

Bahrain

- Arab Banking Corporation SA, Niederlassung Frankfurt

China

- Agricultural Bank of China Ltd., Frankfurt Branch
- Bank of China Limited, Frankfurt Branch
- Bank of Communications Co., Ltd., Frankfurt Branch
- China Construction Bank Corporation, Niederlassung Frankfurt
- Industrial and Commercial Bank of China Limited Frankfurt Branch

India

- ICICI Bank UK PLC Germany Branch
- State Bank of India, Zweigniederlassung Frankfurt am Main

Iran

- Bank Melli Iran
- Bank Sepah-Iran, Filiale Frankfurt
- Europäisch-Iranische Handelsbank AG
- Middle East Bank, Munich Branch
- Saman Bank, Niederlassung Frankfurt

Japan

- Daiwa Capital Markets Deutschland GmbH
- Instinet Germany GmbH
- Mizuho Bank, Ltd., Filiale Düsseldorf
- Mizuho Securities Europe GmbH
- MUFG Bank (Europe) N.V., Germany Branch
- MUFG Europe Lease (Deutschland) GmbH i.L.
- MUFG Securities EMEA plc
- Nomura Asset Management Europe KVG mbH
- Nomura Financial Products Europe GmbH
- SMBC Bank EU AG
- Sumitomo Mitsui Banking Corporation Filiale Düsseldorf

Jordan

- Europe Arab Bank SA

Korea

- KEB Hana Bank (Deutschland) AG
- Korea Development Bank Frankfurt Representative Office
- SHINHAN Bank Europe GmbH
- Woori Bank Europe GmbH

Taiwan

- Bank of Taiwan Frankfurt Representative Office
- First Commercial Bank, Ltd., Frankfurt Branch

Turkey

- Akbank AG
- İşbank AG
- KT Bank AG
- OYAK ANKER Bank GmbH
- VakifBank International AG, Wien, Zweigniederlassung Deutschland
- Ziraat Bank International AG

Vietnam

- Vietinbank Filiale Deutschland

I Australia

Australia

- Australia and New Zealand Banking Group Ltd., Niederlassung Frankfurt am Main
- Westpac Europe GmbH

I Europe

Belgium

- KBC Bank N.V. Niederlassung Deutschland

Denemark

- Syd Fund Management A/S

France

- Amundi Deutschland GmbH
- ARVAL Deutschland GmbH
- Bank Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe GmbH
- BDK Leasing und Service GmbH
- BGL BNP Paribas
- BNP Paribas Asset Management
- BNP Paribas Factor GmbH
- BNP Paribas Lease Group S.A., Zweigniederlassung Deutschland
- BNP Paribas Real Estate Investment Management Germany GmbH
- BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland
- CACEIS Bank S.A. Germany Branch
- CACEIS Fonds Service GmbH
- CIC Repräsentanz für Deutschland
- CLAAS FINACIAL SERVICES S.A.S. Zweigniederlassung Deutschland
- CNH Industrial Capital Europe S.A.S. Zweigniederlassung Deutschland
- Coface Debitorenmanagement GmbH
- Coface Deutschland, Niederlassung der Coface S.A.
- Coface Finanz GmbH
- Coface Rating GmbH
- Consors Finanz BNB Paribas

- Crédit Agricole Corporate and Investment Bank Deutschland
- Crédit Agricole Leasing & Factoring SA - Niederlassung Deutschland
- Credit Mutuel Leasing GmbH
- CreditPlus Bank AG
- GEFA Bank AG
- Hanseatic Bank GmbH & Co. KG
- IC Financial Services S.A. Zweigniederlassung Deutschland
- JCB Finances SAS, Zweigniederlassung Deutschland
- Natixis Investment Managers S.A., Zweigniederlassung Deutschland
- NATIXIS Pfandbriefbank AG
- NATIXIS Zweigniederlassung Deutschland
- ODOO BHF Asset Management GmbH
- ODOO BHF Corporates & Markets AG
- SG Equipment Finances SA & Co. KG
- Société Générale S.A. Frankfurt am Main
- Société Générale Securities Services GmbH
- Stellantis Bank S.A., Niederlassung Deutschland
- TARGO Deutschland GmbH
- TARGO Factoring GmbH
- TARGO Leasing GmbH
- TARGO BANK AG
- Treezor SAS

Greece

- PIRAEUS BANK S.A.

Great Britain

- BAL Global Finance (Deutschland) GmbH
- Barclays Bank Ireland PLC Frankfurt Branch
- Barclays Bank Ireland PLC, Hamburg Branch
- CMS Markets Germany GmbH
- FNZ Bank SE
- IG Europe GmbH
- Invesco Asset Management Deutschland GmbH
- Lloyds Bank Corporate Markets, Wertpapierhandelsbank GmbH
- Lynx B.V. Germany Branch
- National Westminster Bank Plc, Niederlassung Deutschland
- NatWest Bank Europe GmbH
- NatWest Markets N.V., Niederlassung Deutschland
- NatWest Markets Plc, Niederlassung Frankfurt
- Nimuna Finesto GmbH

- RBC Capital Markets (Europe) GmbH
- Standard Chartered Bank AG
- TP ICAP (Europe) S.A., Frankfurt Branch
- Trive Europe Financial Services GmbH

Ireland

- Bank of Ireland, Zweigniederlassung Frankfurt

Italy

- CA Auto Bank S.p.A. Niederlassung Deutschland
- Intesa Sanpaolo S.p.A. , Filiale Frankfurt am Main
- Südtiroler Sparkasse AG, Niederlassung München
- Cassa di Risparmio di Bolzano S.p.a.

Liechtenstein

- LGT Bank AG Zweigniederlassung Deutschland

Luxembourg

- Banking Circle S.A. – German Branch
- Fortis Lease Deutschland GmbH

Netherland

- ABN AMRO Asset Based Finance N.V., Niederlassung Deutschland
- ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch
- De Lage Landen International B.V., Deutsche Niederlassung
- De Lage Landen Leasing GmbH
- DHB Bank N.V., Filiale Düsseldorf
- ING Bank, eine Niederlassung der ING-DiBa AG
- NIBC Bank N.V., Zweigniederlassung Frankfurt
- Rabobank Frankfurt, Coöperatieve Rabobank U. A., Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Triodos Bank N.V. Deutschland

Norway

- DNB Bank ASA Filiale Deutschland

Austria

- activ factoring AG
- Austria Leasing Gesellschaft mbH, Mitglied der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich
- Oberbank AG, Niederlassung Deutschland
- Raiffeisen Bank International AG, Niederlassung Frankfurt
- Raiffeisen Kapitalanlage GmbH
- Raiffeisen-IMPULS Finance & Lease GmbH
- Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG
- Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Zweigniederlassung Süddeutschland
- Reiffeisen-Landesbank Steiermark AG

Poland

- PKO Bank Polski S.A. Niederlassung Deutschland

Sweden

- Ikano Bank AB (publ), Zweigniederlassung Deutschland
- SEB AB, Frankfurt Branch

Switzerland

- Bank Julius Bär Deutschland AG
- Bank Pictet & Cie (Europe) AG
- Bank Vontobel Europe AG
- Credit Suisse (Deutschland) AG
- Pictet & Cie (Europe) SA, Niederlassung Deutschland
- Leonteq Securities (Europe) GmbH
- Pictet Asset Management (Europe) S.A. Niederlassung Deutschland
- SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH
- St. Galler Kantonalbank Deutschland AG
- Stifel Europe Bank AG
- UBS Asset Management (Deutschland) GmbH
- UBS Europe SE
- Vontobel Financial Products GmbH
- VZ VermögensZentrum Bank AG

Spain

- Banco Bilbao Vizcaya Argentaria S.A., Niederlassung Deutschland
- Banco Santander, S.A., Filiale Frankfurt am Main
- CaixaBank, S.A., Zweigniederlassung Deutschland
- Open Bank, S.A.

Cyprus

- RoboMarkets Deutschland GmbH

I North America

Bermuda

- FIL Finance Services GmbH
- FIL Fondsbank GmbH
- FIL Investment Services GmbH

USA

- American Express Europe S.A. (Germany branch)
- American Express International, Inc., Niederlassung Deutschland, Frankfurt a. M.
- American Express Payments Europe, Service Limited (Germany Branch)
- Bank of America Europe Designated Activity Company, Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Bank of America Military Banking Overseas Division
- Bank of America, N.A., Frankfurt Branch
- BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH
- Citibank Europe plc, Germany Branch
- Citibank N.A. in New York, Filiale Frankfurt/Main
- Citicorp Leasing (Deutschland) GmbH
- Citigroup Global Markets Europe AG
- Citigroup Global Markets Finance Corporation & Co. beschränkt haftende KG
- Evercore GmbH
- Gamma Trans Leasing Verwaltungs-GmbH
- Goldman Sachs Bank Europe SE
- Goldman Sachs International, Zweigniederlassung Frankfurt
- IKB Deutsche Industriebank AG
- International Card Services B.V., Niederlassung Deutschland
- J.P. Morgan Bank Luxembourg S.A., Frankfurt Branch
- JP Morgan SE
- J.P. Morgan Securities plc, Frankfurt Branch
- Jefferies GmbH
- JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Frankfurt Branch
- Morgan Stanley Bank AG
- Morgan Stanley Europe SE
- Nuveen Asset Management Europe S.à.r.l., Germany
- PayPal Limited, German Branch
- Raisin Bank AG
- State Street Bank International GmbH
- State Street Global Advisors Europe Limited, Zweigniederlassung Deutschland
- The Bank of New York Mellon SA/NV, Asset Servicing, Niederlassung Frankfurt am Main
- The Bank of New York Mellon, Filiale Frankfurt
- Threadneedle Management Luxembourg S.A., Germany Branch
- Wells Fargo Bank International UC, Niederlassung Frankfurt
- Western Union Northern Europe GmbH

I South America

Brazil

- Banco do Brasil S.A., Zweigniederlassung Frankfurt/Main

I International free float

- ProCredit Bank AG
- ProCredit Holding AG & Co. KGaA
- Varengold Bank AG



Allocation according to the country of origin of the institution

or group of institutions | As of 31.12.2023

STATISTICS

Strong Footprint of Foreign Banks on the German Financial Market

The size and success of foreign banks in Germany are mostly the result of many decades of presence and active market cultivation in Germany. Some institutions have also experienced a surge in business growth as a result of Brexit by transferring business to their new or reorganised German units. As a result, the international banks operating in Germany have now achieved significant market shares in many business areas and have been able to maintain or expand these even in the difficult last few years. This is particularly true in trade finance, securities business and investment banking, where some of the VAB members are leading the market.

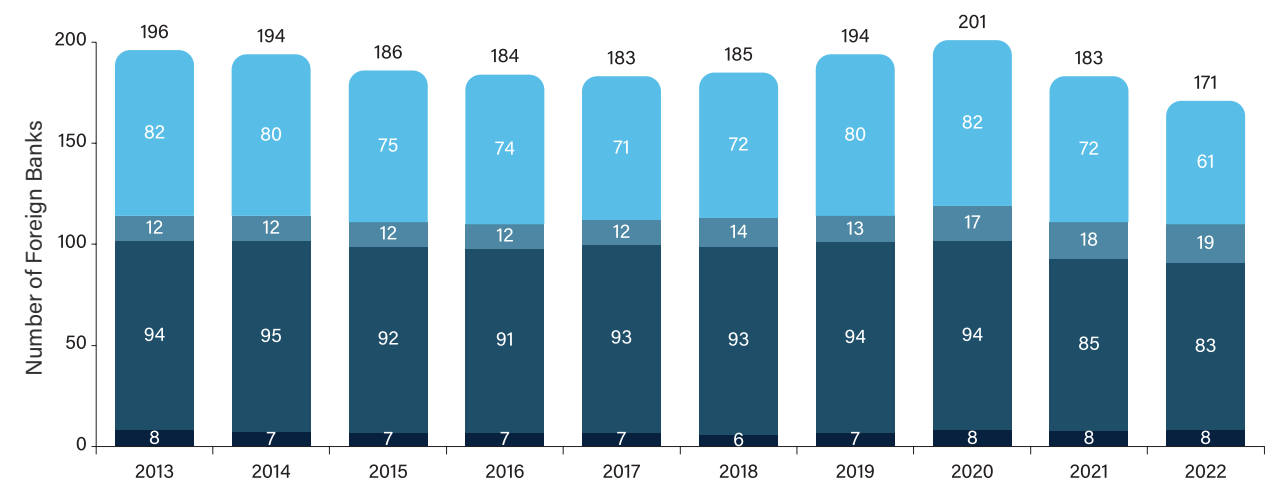
However, the importance of the members in the German market is not only measured by their relative size in absolute figures, but also by their commitment to the further development of the financial centre in all its dimensions. In 2023, the VAB once again channelled the ideas of international banks towards politics and supervision. It should not be forgotten that many of the discussions and regulatory changes that take place in principle in Basel or at EU level and are then implemented or regulated in detail here in Germany are already significantly supported by the banking groups at international level. The professional perspective and expertise of the international institutions is brought in at an early stage.

For the VAB, the size and success of its members in the German market nevertheless play a role when it comes to exchanging with specialists and support in the Association's work. Many members have grown to such an extent that they have built up substantial local staff departments, which can contribute the international professional perspective on regulation and supervision in Germany to the work of the VAB by being anchored in their institute groups. The size and success of the VAB members also play a role in making the justified demands and petitions of the international banks heard in the concert of the many stakeholders in politics and administration.

On the following pages, we have provided a small selection of statistics on the footprint of foreign banks in Germany. They are either based on publicly available figures (in particular figures from the Bundesbank) or have been compiled by the VAB for years.

Number of Foreign Banks in Germany

The number of foreign banks in Germany continues to decrease compared to the previous year due to consolidations in the banking groups.

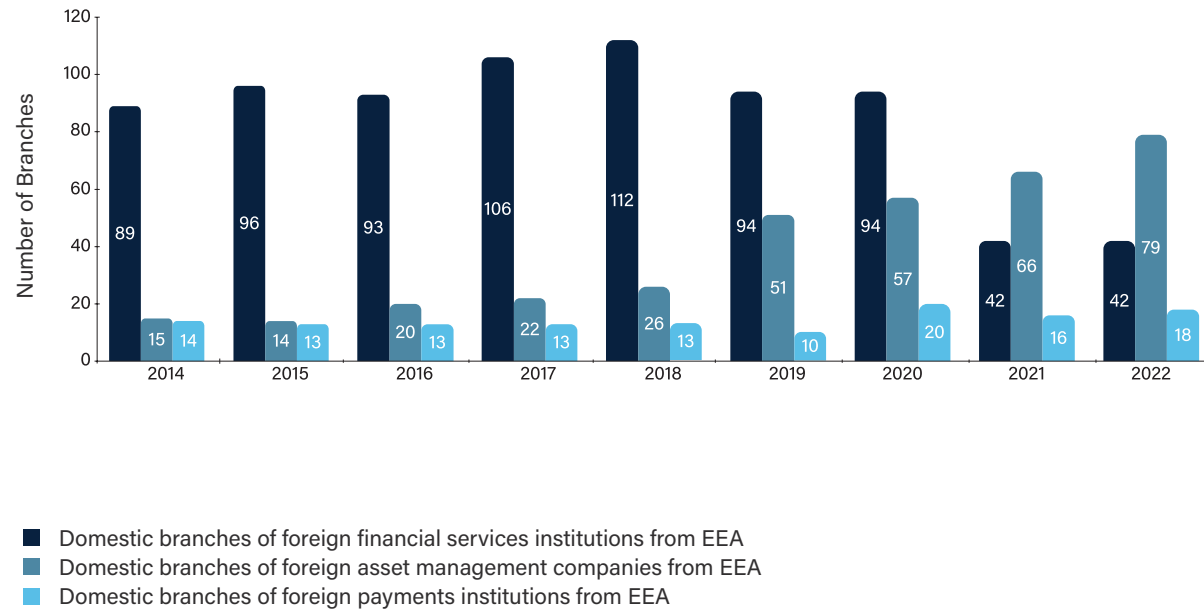


- Branches acc. to § 53c KWG
- Branches acc. to § 53b KWG
- Branches acc. to § 53 KWG
- Subsidiaries of foreign banks

Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Number of Branches of EEA Foreign Financial Institutions (non-banks) in Germany

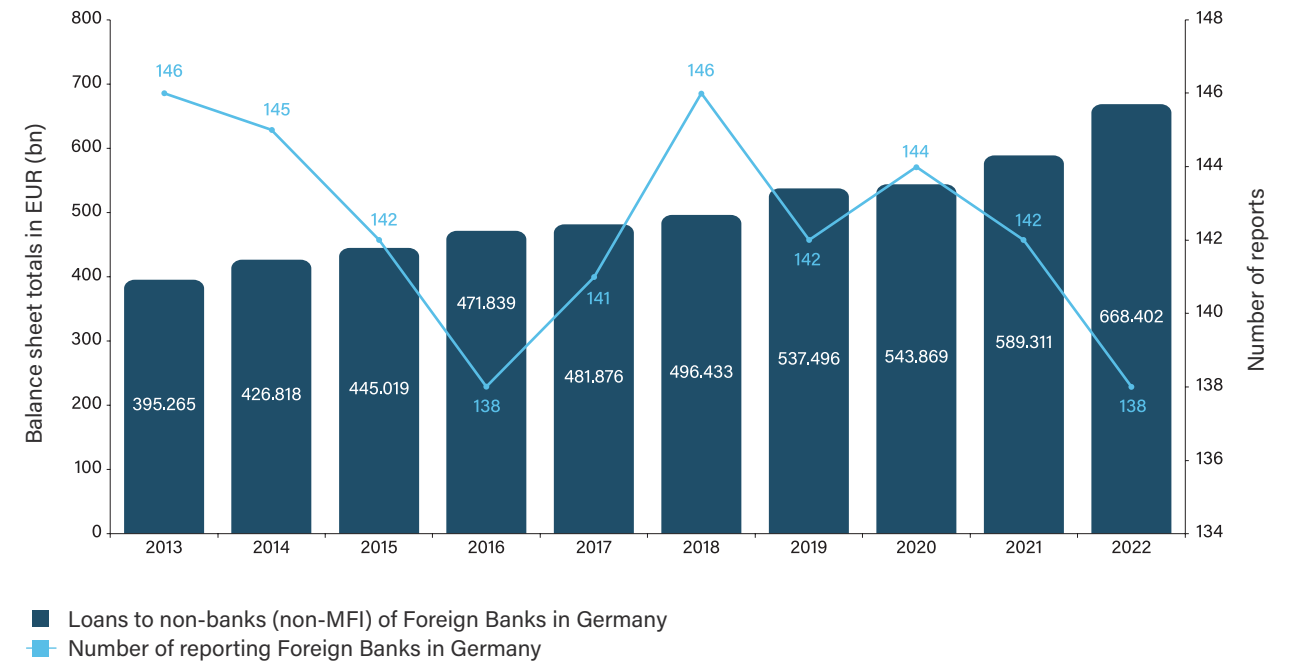
While the number of domestic EEA branches of foreign institutions has dropped as a result of Brexit, the number of domestic branches of foreign capital management companies from the EEA has increased significantly in 2022.



Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Number of BISTA reports and loans to non-banks (non-MFIs) of Foreign Banks in Germany as of reporting month December

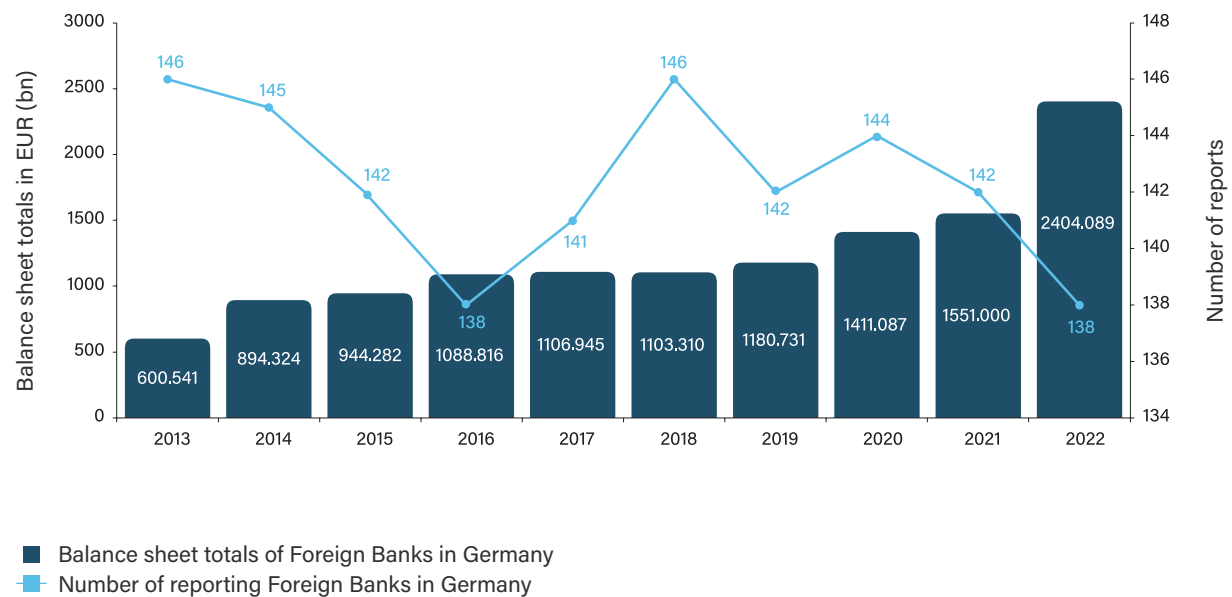
Lending by foreign banks to non-banks in Germany has been rising steadily since the year 2013, with again a significant increase in 2022.



Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Number of BISTA reports and balance sheet totals of Foreign Banks in Germany as of reporting month December

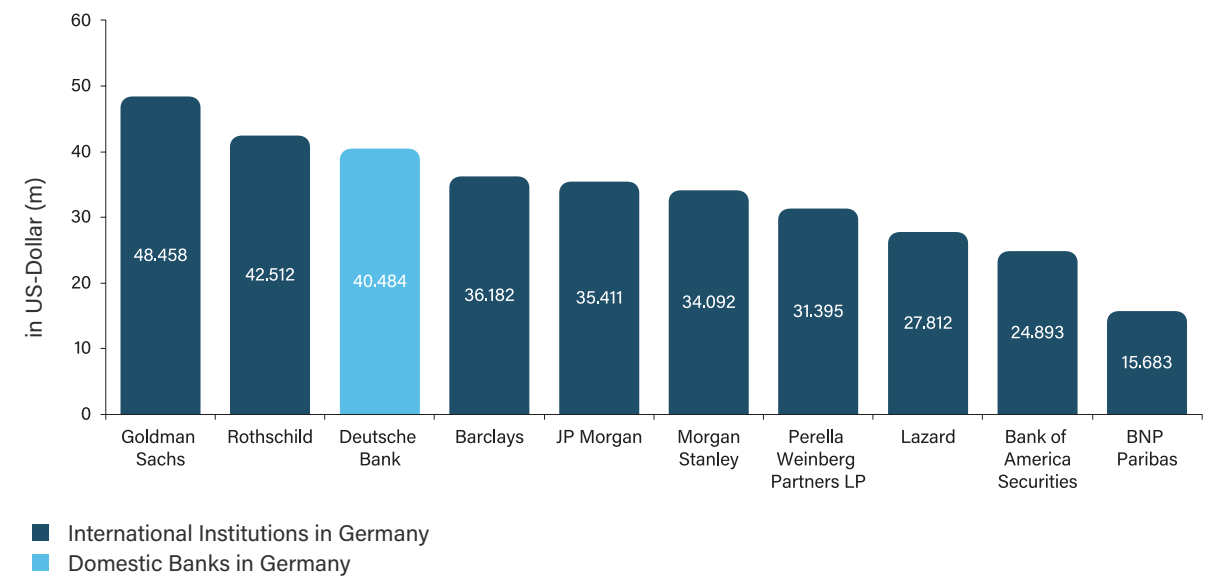
While the number of reporting banks has decreased, the balance sheet totals of foreign banks in Germany have once again grown significantly in 2022, partly due to the Brexit effect.



Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

M&A in Germany in 2022

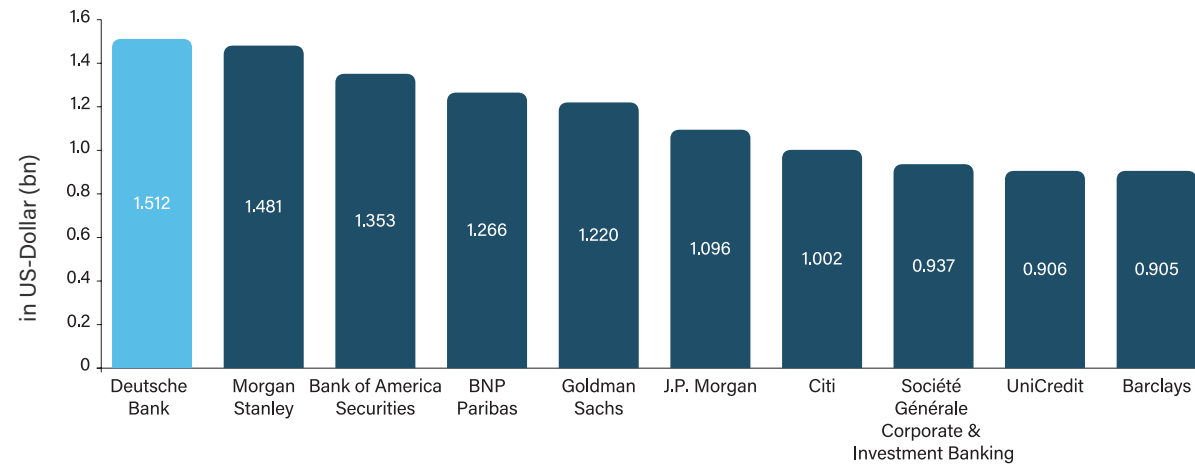
The market for mergers and acquisitions continues to be firmly in the hands of the international institutions, they account for nine out of ten of the most successful banks in this area.



Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Volumes of share placings in Germany in 2022

In the year 2022, international banks continued to dominate the equity issuance business in Germany.

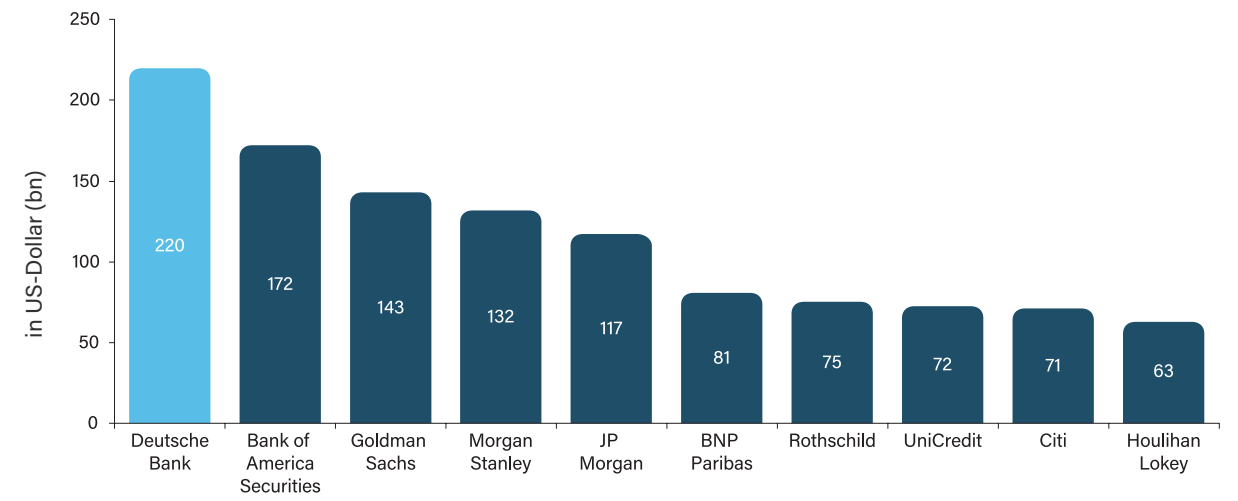


■ Foreign Banks in Germany
■ Domestic Banks in Germany

Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Investment banking fees in Germany in 2022

International Institutions continued to dominate investment banking in 2022. However, Deutsche Bank continued to hold the top position.

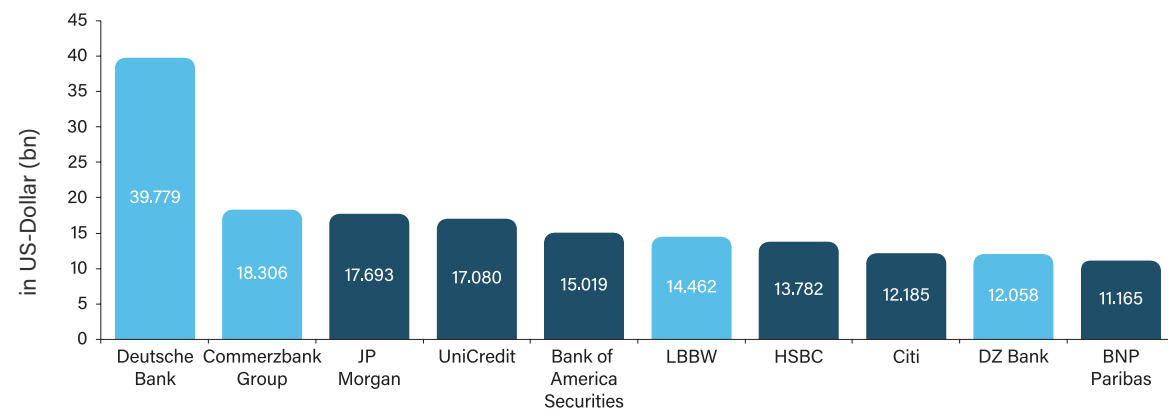


■ International Institutions in Germany
■ Domestic Banks in Germany

Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Volumes of bond issues in Germany in 2022

In the bond issuing business, international Institutions continue to hold their positions in the top 10.

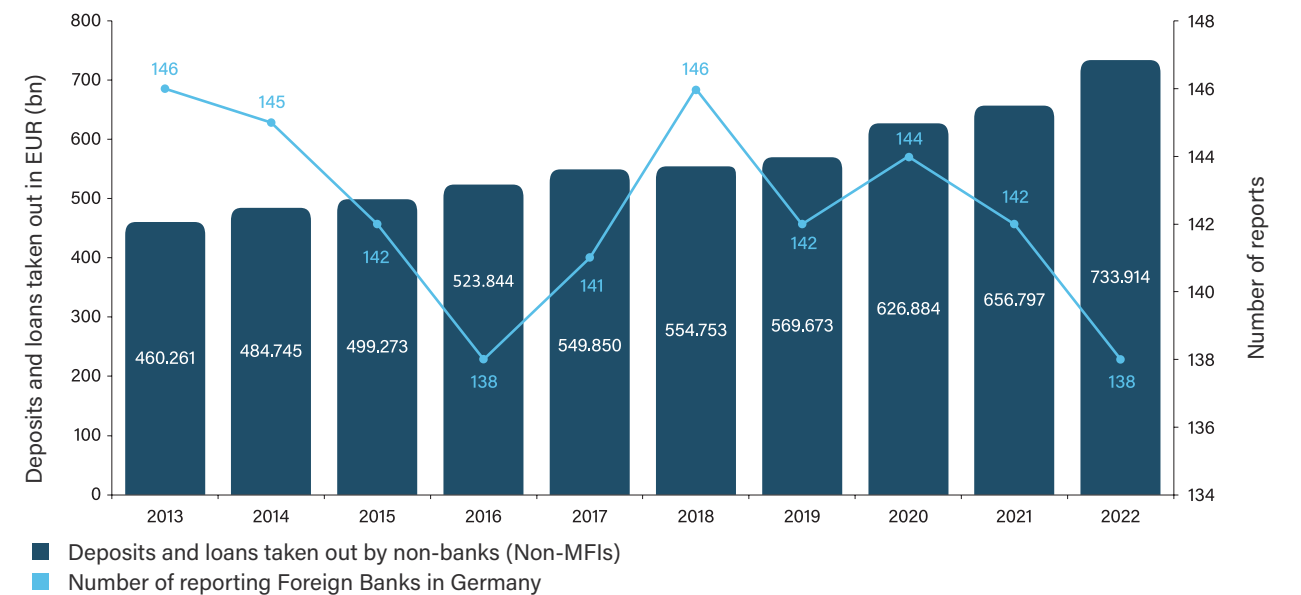


■ International Institutions in Germany
■ Domestic Banks in Germany

Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Number of BISTA-reports from foreign Banks compared with deposits and loans taken out by non-banks as at the reporting month December

Stable growth was recorded on the liabilities side of the foreign banks in 2022.

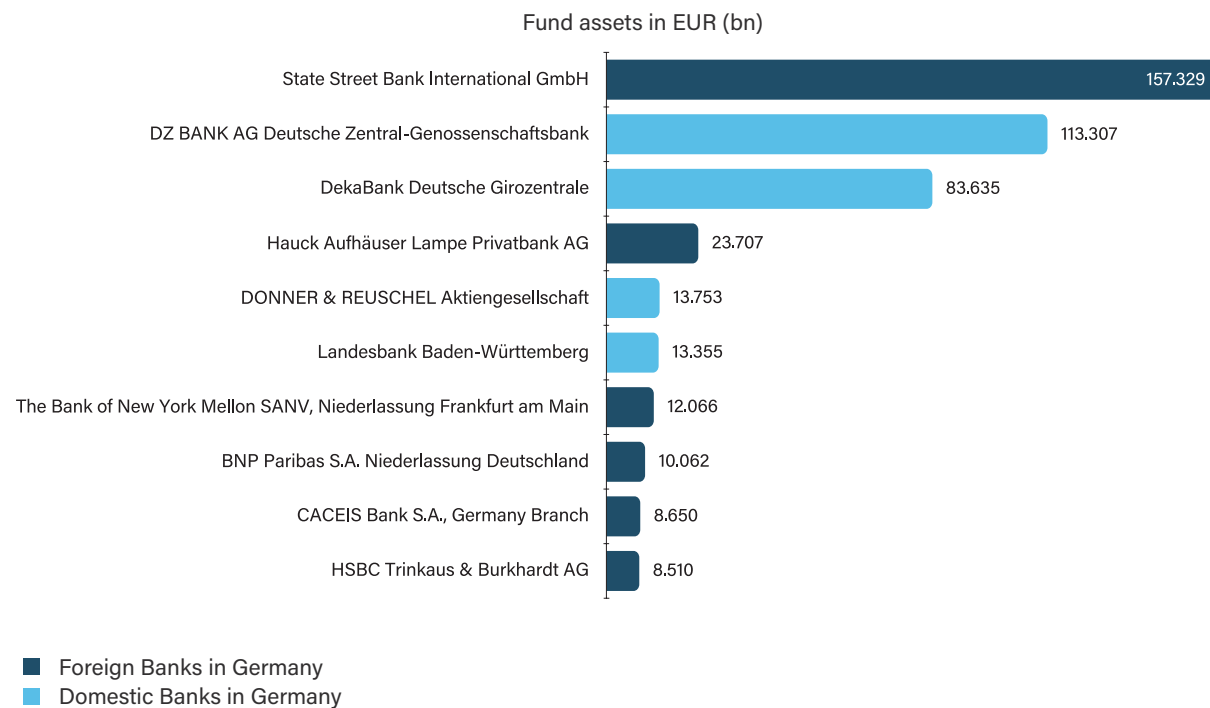


■ Deposits and loans taken out by non-banks (Non-MFIs)
■ Number of reporting Foreign Banks in Germany

Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Depositories of securities funds (public funds)

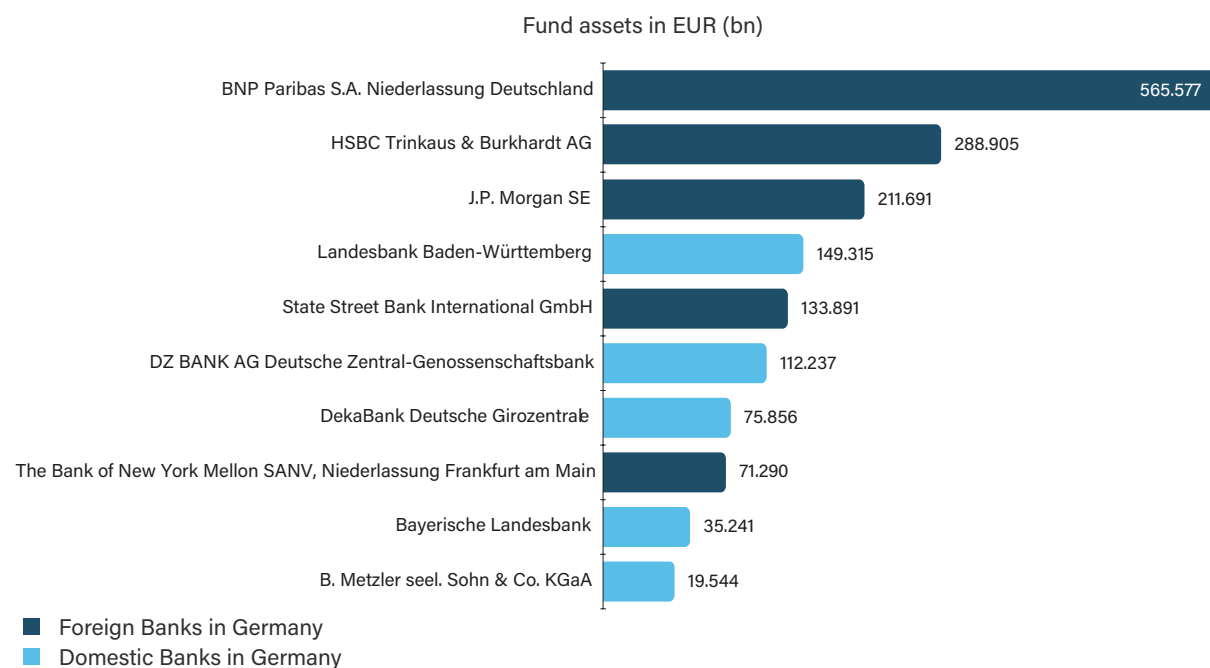
The depository business for mutual public securities funds in Germany continues to be led by a foreign bank in the year 2022, but German Custodians still dominate the top ten.



Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

Depositories of securities funds (special funds)

Foreign banks continue to dominate the custody business for fund assets of German special securities funds in 2022.



Detailed source references for these statistics can be found at: www.vab.de/overview/statistics

REVIEW AND OUTLOOK

| Banking Supervision

| Spotlight on ESG, Remuneration and Supply Chains

| Investment Services and Custody

| Civil Law and Human Resources



Wolfgang Vahldiek

Deputy Managing Director
Head of Legal Affairs

Banking Supervision

German supervision has more “punch” ...

The banking industry in Germany unanimously agrees: German supervision has “punch” again. This can be seen, among other things – but not only – in the numerous proceedings and measures that the Federal Financial Supervisory Authority has imposed on a considerable number of individual institutions in recent months.

In addition, experts in banking and capital market regulation continue to have the eerie feeling that they are trapped in a kind of financial policy Punxsutawney (the place where the film “Groundhog Day” is set). Not a year goes by without new fundamental regulatory reforms increasing the density of regulation. In this respect, 2023 was no exception, and we are also preparing for this in 2024. The currently relevant acronyms include DORA, CRD 6, CRR 3 and CMDI.

⇒ **The VAB works tirelessly to identify and communicate the emerging key points of regulation as early as possible.**

As the term suggests, new regulatory standards normally address, well, the standard case. But what about institutions that cannot be adequately assessed according to schema X because their business model and/or organisational structure have special features? The impact of the details of the regulations on specific constellations is often not at all clear during the political process, the unintended side effects are particularly serious and the necessary measures to remedy the situation require explanation.

... but pragmatism is air that we breathe

The willingness of the regulatory authorities to favourably consider the peculiarities of individual institutions and seek appropriate solutions is paramount, and there will be no other way in the future either. The VAB tirelessly identifies and communicates the emerging key points of regulation as early as possible. We are never concerned with structural favouritism, but with the necessary degree of pragmatism to give the affected institutions the breathing space they need.

Further MaRisk amendments

The seventh MaRisk amendment was already reported on here in the “PERSPECTIVES 2022 → 2023” issue. In this amendment, the German supervisors primarily implemented extensive requirements from EBA guidelines on loan origination and monitoring. After these had already been implemented in the area of significant institutions directly supervised by the ECB, BaFin has now delivered an interpretation for the less significant institutions (LSIs) under its scope of supervision in the MaRisk.

Meanwhile, the implementation of new EBA guidelines on interest rate and credit spread risks is already pending. In all likelihood, this topic will be implemented in the eighth MaRisk amendment in 2024.

In addition, the VAB has actively approached the German supervisors to encourage a little more methodological freedom in the area of market conformity checks on trading transactions. By the end of 2023, we are hopeful that this will result in the acceptance of so-called Day 1 P&L methodologies for carrying out market conformity checks on own account trading transactions and that a practicable framework will be created for this.

Setting the regulatory course for cross-border business

One of the hot topics of 2024 will certainly be the currently negotiated sixth revision of the Capital Requirements Directive – better known as CRD 6 – and its implementation into German law, which is also pending.

For the first time, the European legislator will create a regulation for cross-border transactions between institutions domiciled in third countries and customers based in the EU. In all likelihood, this will mean that such cross-border business will no longer be permitted unless the EU customer has approached the third country institution on its own initiative (so-called “reverse solicitation”). Further exemptions are to apply to cross-border transactions between credit institutions or within groups of institutions. But beware: The acquisition of customers by an institution based in the EU and the onward transfer of this customer relationship to an institution in a third country does not fall under the exception for “reverse solicitation”, as this is explicitly excluded by the future text of the directive.

⇒ **For the first time, the European legislator will create a regulation for cross-border transactions between institutions domiciled in third countries and customers based in the EU.**

If the exceptions described above do not apply, transactions with customers based in the EU will only be permitted if a third country branch is established in the EU. However, there is also a catch here: Such branches do not have an EU passport. This means that they may only actively solicit customers in the country in which they are established. Customers from other EU Member States can only be accepted by way of reverse solicitation.

EU rules for third country branches

The third country branches will also be subject to minimum European harmonisation. The new CRD 6 will stipulate standards in this regard, which must be complied with as minimum standards by the Member States. However, they will also be authorised to go beyond these minimum standards. To be honest, it must therefore be stated at this point in time that we do not yet know exactly what the future regulation on third country branches in the German Banking Act (KWG) will look like.

However, there is one hint: The text of CRD 6 explicitly mentions that Member States also retain the option of treating such branches as fully-fledged credit institutions. This would correspond to the basic principle of the current German regulation in §§ 1a and 53 KWG.

⇒ **Member States will retain the option of treating third country branches as fully-fledged credit institutions.**

It has also been clarified that existing authorisations for branches can be grandfathered by Member States. On the other hand, there are also areas in which the current German requirements for branches could change significantly:

- Capital and liquidity of exempted branches pursuant to § 53c KWG
- Recording requirements with regard to business that a branch acquires but passes on to affiliated branches or the head office
- Requirement to subsidiarise a branch where the branch either stand-alone or together with affiliated branches is systemically important

Crisis management and deposit protection

In April 2023, the EU Commission has presented a proposal on the reform of the framework of credit institution resolution and on deposit protection. It comprises, among others, proposals for amendments of the Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD), Regulation on the Single Resolution Mechanism (SRM Regulation), Deposit Guarantee Scheme Directive (DGSD) and amendments laid down in the so-called Daisy Chain Act. The proposal was developed in response to the public state rescue of small and medium-sized banks outside the EU resolution regime, which is deemed politically undesirable at EU level. According to its certainly welcome objective, the proposal is intended to improve the ability of the financial system and the supervisory authorities to ensure that every bank can exit the market without disruption in the event of an emergency – regardless of its size or business model.

⇒ **Changes to the criteria for entry into early intervention and resolution measures could result in an expansion of obligations for resolution planning.**

Specifically, the Commission is proposing, among other things, to extend the resolution rules under the BRRD and SRM Regulation in the event of a crisis at small and medium-sized institutions. Changes to the criteria for entry into early intervention and resolution measures could result in an expansion of obligations for resolution planning. In addition, resolution authorities are intended to be able to access deposit guarantee funds to protect deposits from a bail-in beyond the level of protection provided by the deposit guarantee scheme if contagion risks in the market are to be prevented.

It remains to be hoped – and this summarises the tone of this article – that the concerns regarding one of the potential side effects of the draft, namely the burdening of small and medium-sized banks with excessive expenses for resolution planning, will be considered by the legislator.



Dr Anna L. Izzo-Wagner, LL.M. Eur.

Lawyer, Partner
Annerton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Governance Requirements in CRD VI

The year 2023 has seen further developments in the regulation and supervision of banks' internal governance. Of particular note here is the sixth revision of the Capital Requirements Directive (CRD VI) currently under negotiation, which in turn is flanked by the Capital Requirements Regulation (CRR III). This article focuses on two key regulatory complexes: Firstly, the reform of the "fit and proper" regime for managers and "key function holders" will be considered. Secondly, we will take a look at the so-called "cooling-off" periods for supervisory staff when moving to the financial sector.

"Fit-and-proper" requirements

The current CRD VI proposal provides for a reform of the "fit and proper" regime, which is currently regulated in Art. 91 CRD, implemented nationally in Sections 25 lit. c, d KWG and further specified by the EBA/ESMA, ECB and BaFin in guidelines, guidance documents and guidance notes. The diversity of the members of the management body in terms of age, gender, geographical provenance and educational and professional background is seen as a maxim for good governance and the promotion of an independent and critical opinion.

⇒ However, the "fit-and-proper" regime in its current form resembles a patchwork quilt in the European states.

However, a look at the scope of the "fit and proper" regime in its current form shows that it resembles a patchwork quilt across the European states: While in Germany such requirements have so far only applied to board members, in other jurisdictions they already also apply to "key function holders". "Key function" holders are holders of key functions who have a significant influence on the management of the institution without being part of the management body. These include, for example, the heads of the internal control function, in particular compliance, risk management and internal audit.

Requirements for management bodies

As before, the requirements for the management bodies are to be regulated in Art. 91 CRD. In the dualistic German system, these include both the members of the executive board or management and the members of the board of directors or supervisory board.

The criteria for the suitability of the management body are already known in the individual institutions and jurisdictions. Accordingly, a potential member of a management body is suitable within the meaning of EU law if he or she is of sufficiently good repute and has sufficient skills, knowledge and experience. The central starting point of the reform is the harmonisation of the review procedure. This is basically divided into an internal company review and a review by the competent authority.

⇒ However, the main responsibility for assessing the suitability of individual members remains with the hiring entities.

As the two-tier review procedure poses a planning and legal security risk for companies, the review procedure should also be harmonised. However, the main responsibility for assessing the suitability of the individual members remains with the recruiting entities.

The first stage of the suitability assessment should be carried out by the employing entity before the new member starts work. Only as a second step should a review be carried out by the competent authority. The information required for the suitability assessment must be obtained by the entity, kept up to date and submitted to the competent authority. In addition, entities must forward any new information that could affect the suitability of a management body to the competent authority without delay.

The assessment by the competent authorities is not yet harmonised under EU law: In some member states, the suitability test is carried out from an ex-ante perspective, in others from an ex-post perspective. In Germany, a distinction has so far been made according to the type of appointment. Up to now, an ex-ante assessment has been carried out for the suitability assessment of managing directors and an ex-post assessment for the appointment of supervisory board members. The proposed directive now provides for a harmonisation of the procedure for large institutions; whether an institution is a large institution within the meaning of the CRD is determined by Article 4 (1) No. 146 of Regulation (EU) No. 575/2013.

An ex-ante review is now to be carried out for these institutions, whereby an ex-post review is to be permitted in exceptional cases if the respective national law of the member state allows this. In this respect, it remains to be seen whether the German legislator will abandon the possibility of carrying out the suitability test for members of the administrative or supervisory board after their appointment.

Requirements for "key function holders"

The introduction of a suitability assessment for "key function holders" represents a novelty for German supervisory law and is to be standardised in Art. 91 lit. a CRD in future. The requirements for key function holders are generally based on the requirements for management bodies.

⇒ The introduction of the suitability assessment for holders of key functions leads directly to increased regulatory expectations for these positions.

The introduction of the suitability test for key function holders leads directly to increased supervisory expectations for these positions. Conversely, this may also have an impact on the legal status of these persons.

"Cooling-off" periods for supervisory staff and employees of service providers

The European Commission has also identified the possibility of conflicts of interest when supervisory staff move into the private sector as a risk to the integrity of the Union's financial system. In this context, minimum requirements to avoid conflicts of interest and to limit the so-called "revolving door" effect are therefore to be defined. In a figurative sense, this effect represents a revolving door symbolising the movement of an employee from the public sector to the private sector. Art. 4 para. 4 lit. b CRD will in future specify the activities relevant for the "cooling-off" periods. A distinction is made here between (1) direct involvement in the supervision of institutions and their parent, subsidiary or affiliates, (2) entities that provide services for the aforementioned institutions or (3) entities that conduct lobbying directed at the competent authority for which the employee or member of the governance body was responsible. The "cooling-off" period here begins on the day on which direct supervision of the institution ceased.

For appointments in the first two groups, the "cooling-off" period length shall at least be six months for employees and at least twelve months for members of the governance bodies. For the latter subgroup, this period is at least three months for both employees and members of the governance bodies. These employees and members of the governance bodies may not have access to information about these institutions and companies during this "cooling-off" period.

⇒ Members of staff and governing bodies who are subject to cooling-off periods should be appropriately compensated.

As this "cooling-off" period is equivalent to an employment restriction for those affected, this CRD VI proposal provides for appropriate compensation for the period during which those affected are unable to take up employment with the company subject to the restriction. A specific calculation method for the amount and type of compensation has not been specified. It is merely stated that the amount of compensation should be proportionate to the duration of the respective "cooling-off" period. The specific type of compensation is to be determined by the respective Member states.

The CRD VI directive shows that developments are continuing and that harmonisation is being sought. The expected EBA guidelines on this remain to be seen. It likewise remains to be seen whether and what adjustments, if any, will be made by the individual Member states, particularly with regard to the suitability assessment for key function holders. What is certain, however, is that the CRD VI will occupy us intensively in 2024.

ANNERTON

Annerton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Wöhlerstraße 5 | 60323 Frankfurt am Main
Alzzo-Wagner@annerton.com
www.annerton.com



Dr Mélanie Liebert
Division Manager Legal Affairs
Attorney-at-Law (In-house-lawyer)

Spotlight on ESG, Remuneration and Supply Chains

In 2023, VAB's focus was on the ongoing development of ESG regulations, the introduction of new rules for dealing with ESG risks, the draft version of the FAQs for the Remuneration Ordinance for Institutions, and the developments surrounding supply chain issues. These topics are undoubtedly among the top 10 most important issues for the financial sector. The Association's work in these areas was characterised not only by an intensive exchange with the supervisory authorities, but also by regular and comprehensive cooperation with the member institutions. The interests of VAB members were consistently represented vis-à-vis supervisory authorities and the legislator in statements, workshops, and round tables.

ESG – Environmental, Social, and Governance

The ESG regulatory framework was continuously expanded in 2023. The following key topics being the most prominent:

- Continued development of the SFDR, EU Taxonomy, and CSRD frameworks
- New rules for dealing with ESG risks,
- Development of a European Green Bond Standard, and
- Influence of greenwashing risks.

Continued development of the SFDR, EU Taxonomy, and CSRD framework

Developments relating to the Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), the Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR), and the EU Taxonomy for sustainable activities were of particular importance to the financial sector in 2023:

With regard to the SFDR, 2023 began with the entry into force of the Regulatory Technical Standards (RTS) on SFDR, which contained, among other things, detailed disclosure require-

ments for so-called Art. 8 and Art. 9 SFDR funds. Although the European Supervisory Authorities (ESAs) published a consultation in April 2023 with the aim of revising the RTS, the final publication of this review proposal is not expected until the first quarter of 2024. In September 2023, the EU Commission also launched a consultation on the review of the SFDR framework, which was scheduled to run until December 2023. The results of this have not yet been announced.

These and other ESG-related developments continued to be of intense interest to the German supervisory authority in 2023. BaFin launched a "Round Table ESG Asset Management", which took place four times and in which the VAB also participated together with one of its members. In particular, the BaFin handouts on the templates for Art. 8 and Art. 9 SFDR from Annex II and III of the RTS on SFDR were discussed. A follow-up to this round table is also planned for 2024 with the aim of discussing further ESG-related developments and their impact on the asset management sector.

With regard to the Taxonomy Regulation, the "Environmental Delegated Regulation" on the four non-climate-related environmental objectives and the amendments to the "Disclosure Delegated Regulation" and the "Climate Delegated Regulation", which were published in the EU Official Journal in November 2023, should be highlighted in particular. In this respect, various implementation deadlines will be applied at the beginning of 2024.

Furthermore, the CSRD came into force at the beginning of 2023 with the obligation for it to be implemented into national law by July 2024. The main content of the CSRD is the implementation of binding rules for sustainability reporting, i.e. the introduction of so-called European Sustainability Reporting Standards (ESRS) for the three ESG fields.

An initial set of ESRS was adopted at the end of July 2023, published in the EU Official Journal at the end of December 2023, and is therefore binding for all obligated companies from 2024, including some credit institutions as a first step. The only thing missing for complete legal clarity is the transposition of the CSRD into the German Commercial Code. A ministerial draft bill on this is expected in January 2024.

As a result, the implementation of the European Sustainable Finance Framework, to which the above regulations in particular belong, has made significant progress in 2023. In 2024, further developments in connection with additional extensive obligations for the financial institution will also be discussed.

New rules for dealing with ESG risks



Another focus of the Association's work in 2023 was on ESG risks. In April 2023, the VAB published the handbook "Impact of ESG Factors and ESG Risks on Credit Institutions and Investment Firms", which was developed together with the law firm GSK STOCKMANN. In addition to clarifying the terms "ESG factors" and "ESG risks", the handbook also ad-

ressed the question of how institutions are specifically affected by ESG factors and ESG risks.

In addition, anchoring ESG risks in the risk management of institutions take priority since the MaRisk amendment from the end of June 2023.

Development of a European Green Bond Standard

At the end of 2023, the publication of the EU Green Bond Standard also attracted market interest. This regulation is intended to set an EU-wide market standard for "green" bonds. Providers of such products must meet various requirements starting in mid-December 2024.

Influence of greenwashing risks

Last but not least, the focus of the Association's work, as well as that of the supervisory authorities in 2023, was on the topic of greenwashing. For example, the ESAs submitted interim reports on greenwashing to the EU Commission at the end of May 2023, which included an initial understanding of the terminology and a categorisation of greenwashing cases. Notably, BaFin welcomed these reports and placed the fight against greenwashing on its agenda as one of its 10 medium-term objectives.

The following article by Dr Julia Grothaus and Dr Frederik Winter of the law firm Linklaters LLP entitled "Greenwashing in the financial sector – current developments" goes into this in more detail and highlights the challenges for the financial sector.

Result

Overall, 2023 was an intensive regulatory year for ESG. As already indicated, we expect this to continue in 2024, which is why we will continue to offer seminars, information events, and working group meetings on the various ESG topics this year.

Remuneration

In 2023, a key focus of institutional remuneration was on the consultation of draft questions and answers (FAQs) for the Remuneration Ordinance for Institutions (InstitutsVergV). The final version of these FAQs is currently still pending, as a workshop is planned by BaFin and Deutsche Bundesbank for the end of January 2024. This workshop aims to incorporate findings into the FAQs for the InstitutsVergV. VAB will actively participate in it and, as usual, will inform its members of progress at working group meetings.

Furthermore, the final version of the Investment Firm Remuneration Ordinance was due to be published in 2023, but this did not take place until the beginning of January 2024. After a waiting period of more than one year, final remuneration provisions are now finally available for investment firms as well.

In 2024, the topic of remuneration will once again be a key aspect of VAB's work. Among other things, a new edition of the "Remuneration systems" handbook and a continuation of the event on "Remuneration systems in the audit of annual financial statements" are planned.

Supply chains

The Act on Corporate Due Diligence Obligations in Supply Chains (LkSG) came into force at the beginning of 2023, which also directly affects some members of VAB. The publication of the "Guidance on the application of the LkSG to the credit and insurance industry" in August 2023 was particularly significant for the financial sector. This clarified that the services of credit institutions are largely excluded from the scope of the LkSG. This exclusion is also to be maintained at the European level: A provisional compromise proposal between the European Parliament and the Council at the end of 2023 stipulated that financial services should be temporarily excluded from the application of the European Corporate Sustainability Due Diligence Directive. We will continue to monitor these developments closely and discuss them in detail with our members at regular working group meetings.



Dr Frederik Winter

Partner
Financial Regulation, ESG
Linklaters LLP



Dr Julia Grothaus

Partner
Litigation, Arbitration &
Investigations, ESG
Linklaters LLP

Greenwashing in the financial sector – current developments

Greenwashing in the financial sector – current developments

Interest in sustainable (financial) products has increased considerably, driven by international initiatives to promote the transition to a climate-resilient and circular economy. However, as a result of ESG investments attracting significant international capital flows, there is also a risk that products that are not sustainable might be qualified as sustainable or that such products might be advertised misleadingly by credit and financial services institutions. In the absence of adequate explanations for underlying facts or in cases where products do not feature the characteristics which they are purported to feature, this may involve risks under civil, regulatory and possibly even criminal law. In line with this, politicians, authorities and courts in Europe and the USA are having to deal with an increasing number of greenwashing allegations.

Litigation and enforcement trends

The full range of risks becomes clear when looking at current litigation and enforcement trends: there are at present investigations being carried out by financial supervisory authorities, e.g. by the Australian Securities and Exchange Commission (ASIC), the U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) and the German Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin), which, in some cases, are accompanied by criminal investigations. In addition, there are investigations currently underway by advertising regulatory authorities and antitrust authorities, which are looking into the activities of individual entities or entire industries. Furthermore, as far as Germany and other continental European countries are concerned, it should be noted that a large number of consumer protection organisations and NGOs have taken steps to issue cease-and-desist orders and brought actions seeking permanent injunctions.

The allegations raised typically relate to statements describing products and are aimed at changing allegedly misleading business practices – first and foremost advertising de-

scriptions – (e.g. based on insufficiently comprehensive information being provided, such as on estimates and assumptions, or based on such information not being easily accessible). In some cases, initial actions for damages are being brought and the corporate sustainability activities of entities in their entirety are being challenged (currently, these steps are mainly directed against entities that are non-financial counterparties).

➡ **Potential regulatory investigations or litigation on suspicion of greenwashing pose a risk to companies not only in terms of regulatory and judicial sanctions, but also, and particularly, in terms of the potential for high-profile reputational damage.**

Such allegations have serious consequences for the entities affected because, in view of their significance and advertising power, authorities and courts will apply high standards: these have shown an extremely dynamic development recently, which is constantly being fuelled by new input from the legislature (most recently, for example, the tightening of the provisions of the Unfair Commercial Practices Directive as adopted at the end of October 2023). If, on this basis, proceedings are brought against an entity, this will directly affect that entity's reputation and will regularly result in fines and bans on advertising being imposed.

Challenges for the financial sector

Until now, potential greenwashing allegations have focused mainly on product-specific statements – particularly in the context of services provided by asset managers – and credit institutions' profile presentations. In fact, however, this issue affects the entire financial sector. In recent reports on greenwashing risk, the European Supervisory Authorities (ESAs) – including the EBA – differentiate between three groups of players: triggers (e.g. issuers and asset managers); spreaders (e.g. investment advisers); and receivers (e.g. private investors and other investors), which are exposed to different risks. Forward-looking information and commitments to future ESG performance are reported to be associated with

special risks for issuers. Asset managers, on the other hand, are reported to be frequently exposed to risks because of their sustainability statements relating to investment decisions and the labelling of funds. Finally, investment services providers may be exposed to special greenwashing risk when advising retail investors and taking into account their sustainability preferences.

➡ **The ESAs' recent reports distinguish between triggers (e.g. issuers), spreaders (e.g. investment advisers) and receivers (e.g. investors) as groups of actors, assigning each a specific risk profile related to their activities. However, reducing the risk of greenwashing for these groups is hindered not least by inadequate legal definitions of greenwashing and the relevant sustainability declarations.**

Mitigating greenwashing risk for the aforementioned groups is made more difficult not least by the fact that there is as yet no clearly outlined and sufficiently precise definition of greenwashing, plus the lack of relevant sustainability statements at either European or national level. In general terms, "greenwashing" means a distortion and misrepresentation of climate- and sustainability-related aspects when making sustainability statements. According to the recitals to the Taxonomy Regulation, "greenwashing" means the practice of gaining an unfair competitive advantage by marketing a financial product as "environmentally friendly", when in fact basic environmental standards have not been met. In contrast, the ESAs decided to apply a slightly broader definition of greenwashing, which places more emphasis on the aspect of providing misleading information, in their reports on greenwashing. Statements on greenwashing can be found in corporate information disclosed on a voluntary basis or in mandatory sustainability reporting under the CSDR, the SFDR and the Taxonomy Regulation.

Overall, the causes of greenwashing in the financial sector are intricate and complex. In addition to the issues outlined above, a high demand for products with sustainability characteristics puts considerable competitive pressure on entities to improve their sustainability profile in the short term by offering a range of sustainable products. As products are adapted in a very short period of time, there is quite frequently a risk of exaggerated descriptions of sustainability aspects being provided. In addition, there continue to be problems with data quality and availability. Furthermore, many market participants simply do not have the necessary sustainability expertise. Finally, the highly dynamic nature of regulation creates tremendous uncertainty and implementation problems, sometimes requiring the addressees to respond quickly to regulation by adapting their processes and, where necessary, their products.

➡ **The considerable competitive pressure from the high demand for sustainable products, coupled with the rapid pace of regulatory change, requires companies to have responsive processes and, where necessary, to make product adjustments. This can sometimes lead to implementation problems and overstating of sustainability issues.**

How to avoid risks – options available in practice

In view of the reputational and liability risks associated with greenwashing, market participants are increasingly choosing not to disclose too many details of their approach to sustainability to the public. However, this strategy, termed "green hushing", is likely to be not always a viable option for banks and financial services providers, all the more so as they are in any case subject to an obligation to disclose their efforts in this regard, in order to meet increasing sustainability reporting requirements. In practice, the following guidance, among other things, has therefore proved to be effective in improving the quality of statements on sustainability:

- First, banks and financial services providers should review the environmental statements on products, services and objectives previously made by them. They should then verify that these statements correctly represent the facts, are based on sufficient data, include sufficient explanations and contain all relevant information.
- It is advisable to define clear responsibilities and structures which ensure that the competent specialist departments and managers again check for robustness any environmental statements and, in particular, forecasts they prepare before they are published.
- In addition, it is crucial to ensure accurate documentation of the data underlying environmental statements, as such data should be verifiable at all times. Entities should create sound "backup documentation" which makes clear the reason for specific environmental statements having been made.
- Vague terms that are open to interpretation, such as "ecological", "eco-friendly" or "green", should be avoided. This is because the vaguer the term, the higher the risk of making misleading statements and, thus, the risk of being accused of greenwashing.
- When making forward-looking statements and declarations of intent, it should be ensured that these are realistic, measurable and objectively verifiable and that the target group's understanding of their contents is accounted for. Banks and financial services providers should bear in mind that, in the course of time, authorities, investors and consumers will be able to verify these statements.
- Finally, issuers should make product (sustainability) parameters more transparent, to enable investors to make informed investment decisions.



Linklaters LLP
Taunusanlage 8 | 60329 Frankfurt am Main
Frederik.Winter@linklaters.com | Julia.Grothaus@linklaters.com
www.linklaters.com



Sabine Kimmich

Division Manager Legal Affairs
Attorney-at-Law (In-house-lawyer)

Investment Services and Custody

Nothing endures but change. The constant trend of ongoing development and innovation in the area of supervisory law continued in 2023. In this article, we focus on the topics investment services and custody and look back at a year in which existing rules for the investment services were fine-tuned, in which a comparatively new area of regulation relating to crypto assets and crypto financial instruments and their custody has gained a clearer shape and in which the draft of the EU Retail Investor Strategy has kicked off a fundamental review of the MiFID II legal framework.

Developments regarding Investment Services

Whilst there was a focus in the past years on the works of ESMA reviewing or newly developing supervisory guidance for investment services, the year 2023 was characterised to a larger extent by the implementation of individual Guidelines into the national supervisory practice of BaFin. BaFin's Circular on the Minimum Requirements for the Compliance Function (MaComp) has been amended in its Section BT 6 in order to integrate the ESMA Guidelines on Appropriateness. We welcome that BaFin has once more implemented the Guidelines without gold-plating. This enabled stakeholders to base their implementation projects already on the ESMA Guidelines themselves. The integration of the ESMA Guidelines on Product Governance and on Suitability into the MaComp is still pending. However, BaFin again announced an implementation without gold-plating. The need for adaptation in the business of investment services firms derived in essence from these changes as well as further developments specifying existing rules.

From the VAB's perspective, BaFin again demonstrated an appreciable transparency and willingness to engage into a dialogue on these topics. This was emphasised in particular by topic-related annual meetings, conferences and the early

exchange on planned innovations with stakeholders and associations and provided valuable insights into the perspective and (future) administrative practice of BaFin.

The EU Commission's Retail Investment Strategy


Irrespective of the ongoing evolution of the supervisory framework and of the resulting need for adaptations when providing services to clients, investment services providers should by now also have directed their attention to the Retail Investment Strategy. In May 2023, the EU Commission published its long-awaited draft and set the ground for in-depth changes to the provision of investment services to retail clients. In this context, the introduction of a general ban on inducements for non-advisory business (including execution-only business) certainly is one of the most prominent topics as it would put established distribution and remuneration models to test. It is not unequivocal whether such a ban on inducements would really have the potential to protect the interest of clients in a better way. The EU Commission's motives certainly are comprehensible and valuable from an investor protection perspective. Nevertheless, such motives could also be achieved by other means. It is therefore good to see that the discussions between the EU institutions on the permissibility of inducements are ongoing. The draft report of the EU Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs shows that the introduction of a general ban on inducements is not without controversy. It remains to be seen if and, if so, which compromise can be found at EU-level.

 **The Retail Investment Strategy has the potential to put to test proven distribution and remuneration models, in particular as a consequence of a ban on inducements for non-advisory business and of introducing a benchmark for costs.**

Although a possible ban on inducements certainly is one of the dominating issues in the context of the Retail Investment Strategy, most stakeholders are aware that other proposals for changes to the existing MiFID II regime could have comparable far-reaching effects. The measures intended to improve the value for money for retail clients are a prominent example. In order to achieve this aim, the draft suggests new extended duties for the assessment of costs and expected return as well as the introduction of a cost benchmark and an increase of the product governance duties for PRIIP-products by means of a new pricing process. Again, these changes are not unequivocal at the level of the EU institutions. The significant extension of duties when conducting the appropriateness test for complex products, the stricter rules for the provision of pre-contractual information, the increased requirements for the ex-ante and ex-post cost disclosure as well as the additional duties when assessing the suitability might be less prominent in the public debate but are nonetheless relevant. Consequently, attention should be drawn to these issues as well as the changes associated with these draft proposals might require that existing processes for distribution and for the advisory business are questioned.

Nevertheless, it is good to note that the strict rules for upgrading the status of sophisticated retail clients to the status of professional clients shall also be tackled by the Retail Investment Strategy. In this respect, the eligibility criteria shall be simplified in order to make the level of investor protection more proportionate for this category of experienced retail clients.

The VAB will closely monitor the further development of the Retail Investment Strategy and support its member institutions in the proven way.

 **The legal framework for the German financial market should ensure that institutions that are organised as EU-branches in Germany are not excluded from custody or safekeeping of DLT-based securities in Germany.**

Regulation of DLT-based Financial Instruments

The retrospective for the year 2022 showed a year in the course of which the propagation of electronic securities and crypto fund units in Germany began, the sandbox regime for trading and settlement of DLT-based securities was created and in the course of which important developments for the future shape of the financial sector were initiated in anticipation of the upcoming EU Regulation on Markets in Crypto Assets (MiCAR). These trends have continued in the year 2023, in particular due to the German Act on the Financing of Investments Securing the Future (Future Financing Act), the entry into force of MiCAR and the drafts for the corresponding adaptations of the German legal framework. The German legislator has passed its Future Financing Act and has now included electronic shares in the range of German electronic securities and extended the definition of securities within the meaning of the German Custody Act (Depotgesetz) so that it now expressly encompasses fungible securities issued electronically.

With the Government's draft of the Act for the Digitalisation of the Financial Market, Germany has begun with the adaptations to the national regulatory framework necessary for the application of MiCAR, i.e. an event that will have taken place by the end of 2024. MiCAR and its comprehensive supervisory framework will apply to both the issuance of certain types of crypto assets and to the provision of crypto asset services. It will also materially strengthen investor protection in relation to these forward-looking instruments. Member institutions of the VAB will be affected by these developments in multiple ways, either as issuers of certain tokens or as crypto asset services providers. The VAB welcomes that MiCAR will provide for a well-designed EU passport system putting our members in the position to provide their services on a cross-border basis from Germany in other EU Member States or in Germany by means of a domestic EU-branch. It is to be expected that the implementation effort will be massive. This can e.g. be assumed in view of the incredible number of consultations for MiCAR Level 2 and Level 3 measures which currently are continuously being published by the EU Commission and European Supervisory Authorities. The VAB keeps its members up-to-date on these developments and is happy to engage in an exchange with its members and interested stakeholders.

Challenges for the Depository Business

The custody of crypto assets and crypto financial instruments will result in new challenges and requirements for depositaries within the meaning of the German Capital Investment Act (KAGB) and custodians. The duties and requirements attached to these activities require specification by supervisors in 2024 and the VAB will closely monitor this topic. The VAB regrets that one central issue relating to the safekeeping and custody of DLT-based securities still remains open: There is a concern that institutions that are organised as EU-branches in Germany and that so far are making use of their EU-passport for their depository and/or custody services might in the future be excluded from the custody and safekeeping of DLT-based financial instruments in Germany. We doubt that this consequence would be in the interest of investors, the reputation of the financial market and the propagation of these products. Consequently, the VAB continues to seek the dialogue with stakeholders and politics – hoping for an unequivocal and legally compliant clarification in the current drafts of pertinent legislation.

Once again, there are high expectations for the year 2024. As regards the topic areas investment services and custody, there certainly is no risk to run out of topics and the VAB will actively represent the interests of its member institutions. In particular, the work in progress relating to the Retail Investment Strategy and to the regulation of crypto assets and DLT-based financial instruments will remain central issues for the VAB's work.



Nina Weidinger

Legal Affairs
Attorney-at-Law (In-house-lawyer)

Civil Law and Human Resources

In 2023, the Whistleblower Protection Act and the working time recording played a major role in the practice of the VAB, as both topics require a high level of implementation effort from members and their applicability remained unclear due to unclear wording in the law. The legal situation was made clear to VAB members in working groups and expert presentations, and implementation strategies were developed.

The Whistleblower Protection Act

The Whistleblower Protection Act is certainly one of the topics that our members have been working on intensively in 2023. The Act for Better Protection of Whistleblowers and Implementation of the Directive on the Protection of Persons Reporting on Breaches of Union Law [Directive (EU) 2019/1937] (Whistleblower Protection Act) came into force on 2 July 2023. The law contains a large number of obligations for employers.

Reporting channels

Regardless of the number of employees, from the entry into force of the Act, the obligation to set up internal reporting channels applies to employers, who are credit and financial institutions as defined in § 1 (1b) of the German Banking Act (KWG), securities institutions as defined in § 2 (1) Securities Institutions Act (WpIG), securities services companies as defined in § 2 (10) of the Securities Trading Act (WpHG) or capital management companies as defined in § 17 (1) of the German Investment Code (KAGB) (see §§ 12 (3) and 42 (1) sentence 2 of HinSchG).

The HinSchG also provides for external reporting channels in §§ 19 f. These are public authorities to which information about misconduct can be communicated verbally or in writing. Such a reporting channels is established at the Federal Office of Justice (BfJ). The reporting channels at BaFin as well

as at the Federal Cartel Office shall continue to operate as an external reporting channels with special responsibility. The person providing the information has the right to choose whether to contact the internal or the external reporting channels first.

Particularly relevant: Applicability of the HinwSchG to EU branches

Of particular relevance to our members was the question of the fundamental applicability of the HinwSchG to EU branches. The law itself does not stipulate such applicability to EU branches. The EU Directive, which the law is intended to implement, also makes no statements on the applicability to EU branches. However, there are good and very convincing reasons why the HinwSchG could not be applicable to EU branches.

One of the arguments against applicability is that, according to § 3 (9) No. 1, (10) HinSchG, (only) legal entities under private law are considered (private) employers. However, branch offices are not independent legal entities, but rather a dependent part of the overall company under company law with its registered office abroad.

According to § 4 HinSchG, the law is superseded by comparable special statutory provisions. In the area of the KWG, this is § 25a (1) sentence 6 no. 3 KWG, and in the area of the WpIG, § 13 WpIG. Both are provisions that are not applicable to EU branches in accordance with § 53b (2) KWG and § 73 (5) WpHG. (Harmonised) home state law therefore applies to the special statutory provisions. This should also apply to the general (also harmonised) regulation. Otherwise, the special statutory provisions would be applicable under home state law and, in addition, general provisions (which would be superseded for nationals) under host state law. This is unacceptable and would also discriminate against EU branches, which would consequently have to comply with two legislations.

Protection against reprisals and reversal of the burden of proof

Companies have a comprehensive duty to protect whistleblowers against direct or indirect reprisals of any kind (§ 33, §§ 35 - 37 HinSchG). This also includes the obligation to protect the confidentiality of the identity of this person. § 36 HinSchG provides for a shift in the burden of proof: If a whistleblower suffers a disadvantage in connection with his or her professional activity and claims to have suffered such disadvantage as a result of a report or disclosure, the person shall be presumed to have suffered such disadvantage.

There is a right to compensation after reprisals (§ 37 HinSchG). In the event of a violation of the prohibition of reprisals, the perpetrator is obliged to compensate the whistleblower for the resulting damage. A claim for damages for pain and suffering provided for in the draft has been deleted in the final version.

Likewise, there is also a claim for damages after a false report (§ 38 HinSchG). According to this, the person providing the information is obliged to compensate for the damage resulting from an intentional or grossly negligent report or disclosure of false information. In this context, the HinSchG does not protect the identity of persons who intentionally or recklessly report false information from disclosure.

Sanctions

In the event that a company fails to implement the requirements of the HinSchG, fines of up to € 50,000 are possible (§ 40 HinSchG).

Working Time Recording

Another important topic that involves a great deal of implementation work for our members is the working time recording. Following the ECJ ruling of 14 May 2019 and the ruling of the Federal Labour Court of 13 September 2022, the Federal Ministry of Labour and Social Affairs presented the long-awaited draft bill for the revision of the Working Time Act (ArbZG-E) this year, specifying its plans for the obligation to record working time.

Obligation to keep records

According to draft § 16 (2) ArbZG, the employer shall now be obliged to electronically record the start, end and duration of the employee's daily working hours on the day the work is performed. The employer shall have the option of delegating the recording obligation to the employee. However, according to draft § 16 (3) ArbZG, the employer shall remain responsible for proper recording. The draft bill does not provide any information on the question of how electronic recording should be organised.

Trust-based working hours

According to the draft, trust-based working hours, where the start and end of working hours are not contractually agreed but are left up to the employee, should continue to be possible. However, this only applies if break times are observed and maximum working hours are not exceeded. The obligation to record working hours also applies in this regard.

Collective labour agreement opening clauses

According to draft § 16 (7) ArbZG, there could be so-called collective bargaining opening clauses according to which deviating regulations on some points of the obligation to record working time can be made by collective bargaining agreements or by company or service agreements. For example, some employees can be exempted from the obligation to record working time if "the working time is not measured or cannot be determined in advance or can be determined by the employees themselves due to the special characteristics of the work performed." This includes managers, among others.

Fines

Violations of the obligation to record working hours could result in fines of up to EUR 30,000 in accordance with draft § 20 (1) No. 9, 10 ArbZG.

Support from the VAB

In 2024, the VAB will continue to attempt to support its members in the implementation of new legal requirements and to represent their interests in the best possible way as part of consultations on legislative projects relevant to them. We will always keep an eye on the latest developments in areas such as labour law, civil law, data protection and consumer protection and will continue to clarify the legal situation and develop solutions in working groups, seminars and direct discussions.

Workation and mobile working

In 2023, the VAB has continued to receive many enquiries from its members on the topic of mobile working, as this form of working has become indispensable for most employees even after the end of the coronavirus pandemic. In addition, the topic of workation, a portmanteau of "work" and "vacation", is now also becoming increasingly important, as it is being requested more and more frequently by existing employees and applicants. Our members are also increasingly affected by the shortage of skilled labour. Offering a workation programme can help to better position your own institution against the competition in the search for talent. However, there are also many dangers and pitfalls here, so there is a lot to consider when drawing up a corresponding policy.

VAB expert Dr Michael R. Fausel from BLUEDEX Labour Law will provide an overview of the key points below.



Dr Michael R. Fausel

Partner, Lawyer, Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
Bluedex Labour Law

The Evolution of Workation

Legal challenges in the world of mobile working and the global work from home

Since the Covid-19 pandemic at the latest, flexible working models have become established outside the conventional office environment. In many professions, technological progress makes it possible to perform work from anywhere in the world. More and more employees are combining vacations and work. In some cases, the center of life is also moved abroad to work permanently for a company based in Germany.

Modern employers have recognised that flexible working models increase their attractiveness in the battle for skilled workers and qualified employees and can tip the scales for many applicants. In this respect, it is hardly surprising that job advertisements list work from home and laptops among other benefits.

In addition to the minor hurdles of logistical implementation, employers should above all be informed about the legal framework of flexible working models. In addition to the question of applicable law, there are specific social security, tax and criminal law aspects to consider.

I. The labor law parameters for performing mobile work abroad

First of all, the question arises as to whether the mobile worker is allowed to work at their place of residence. A distinction must be made between the EU and other, so-called third countries. The European principle of freedom of movement grants every EU citizen the opportunity to work in an EU country. The situation is more complex when it comes to mobile work from third countries. A residence and work permit as well as an employment contract in accordance with local law may be required.

It is also necessary to check which (employment) law applies to the facts of the case. The first point of reference is the Rome I Regulation. This gives the parties the opportunity to make a choice of law (Art. 3 Rome I Regulation). This procedure is recommended, as such an agreement is generally binding in accordance with Art. 8 Rome I Regulation. The situation is different if mandatory employee protection rights are violated.

➡ The assignment to a specific legal system is important for the termination of an employment contract.

If no choice of law has been made, the employee's aspects which link to the respective countries must be determined in order to determine the applicable law. In this respect, the question is whether there are closer links to Germany or to the country in which the mobile work takes place. Aspects such as the place of work, the allocation to social security, the employee's place of residence and the language of the contract are taken into account.

The assignment to a specific legal system is of particular interest for questions of termination law. Depending on the country, various requirements must be met for a dismissal to be valid. For example, under German law, a reason for termination is always required if the Dismissal Protection Act applies.

II. Social security aspects of workation

In addition to the question of applicable employment law, social security aspects in particular play a role in mobile work or working from abroad. The EU Regulation (EC) 883/2004 on posting provides the normative framework. According to this regulation, a distinction must be made between a temporary posting of an employee abroad in accordance with Art. 12 and a status as a "multi-state-worker" in accordance with Art. 13 of the regulation, in which a person performs permanent work in two or more countries.

By the way: Since 2010, "merely" working abroad is no longer an option. There is no waiting period, as was often claimed in the past. Before crossing the German border to work abroad, the employer should check the employee's social security and apply for the respective confirmations. Otherwise, the territoriality principle applies. This means that the social security system of the country in which the work is performed applies.

➡ Before the posting to another country, the employer has to clarify the competent social security system and do the respective applications.

1. Posting of workers

An exemption from the territoriality principle can happen in the case of temporary posting in accordance with Art. 12 of the regulation. This presupposes that the person has been posted to another EU member state no longer than 24 months. It can happen also, for example, if an employee spends its vacation in Italy and afterwards still stays there for working. Under a legal perspective, this situation is called "workation".

If the German social security system should be maintained in such a case, its needed to apply for the issue of the so-called A1 certificate. This certificate stipulates that the German social security system applies abroad. Thus, it's an exception to the aforementioned territoriality principle. If the A1 certificate is issued, the person is excluded from the foreign social security system and remains in the German system.

It is the employer's responsibility to ensure that working abroad is subject to the provisions on posting. Otherwise, there is a risk of social security gaps, subsequent payments and legal prosecution.

➡ If the A1 certificate is granted, the respective person is excluded from the foreign social security system. The German system still applies.

2. Multi-State-Worker

Persons who work in Germany as well as in another EU country or perform mobile work may take into account Art. 13 of the EU regulation.

In contrast to a posting, such "Multi-State-Workers" are defined as persons who physically perform at least 5% of their work in two or more countries. This is the case, for example, if an employee works 72.5% from the Netherlands and the remaining 27.5% in Germany. An A1 certificate issued for a normal posting would be incorrect in this respect. Under an EU law perspective, it would be needed to apply for a multi-state worker certificate.

Finally, it must be checked whether at least 25% of the working time is performed in the state of residence. If this is the case, the social security system of the country in which the employee is resident applies. This classification means that the employee is in the home country social security system and excluded from the local social security systems of any host countries.

3. German special features

If there is no posting within the EU/EEA/Switzerland and no social security agreement with a third country applies, the German assignment system called "Ausstrahlung" and "Einstrahlung" must be taken into account. Regulated in the German Social Security Act "SGB IV", it is an option to maintain the social security status despite of working abroad. However, there is a risk of contributions in both the home country system and the host country system.

III. Tax and criminal law risks

As the place of work is decisive for the right of taxation, tax law aspects must also be taken into account. As a rule, taxes from income from employment are due to the host country. However, Art. 15 para. 2 of the OECD Model Tax Convention standardises an exception that forms the basis for many double taxation agreements. According to this, the country of residence has the right to tax if 1) the employee does not spend more than 183 days in the host country, 2) the employer is not resident in the host country and 3) the salary is not paid by a permanent establishment of the employer in the host country. However, the circumstances of the individual case must always be taken into account, as the reference period differs depending on the country of activity.

➡ In particular, if an employer fails to meet its obligation to pay social security contributions, there is a risk of criminal liability under Section 266a StGB for withholding and misappropriation of wages.

Finally, there are also criminal law risks associated with mobile work. In particular, if an employer fails to meet its obligation to pay social security contributions, there is a risk of criminal liability under Section 266a StGB (German Criminal Code) for withholding of wages. Furthermore, the employer may be liable to prosecution for breach of his obligation to pay income tax.

IV. Conclusion

The need of employees and employers for flexible work models can be met by national and international regulations. Their application in individual cases depends on a variety of factors and must always be carefully examined. Mobile work or workation from abroad depends in particular on the duration and location of the respective stay.



Bluedex Labour Law
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37 | 60327 Frankfurt am Main
Michael.Fausel@bluedex.de
www.bluedex.de



MURMELSPIEL #1 | 40 X 60 CM | 2022
CAROLA VAHLDIEK

SERVICE

- | Seminars
- | Trainings
- | Working Groups
- | VAB Innovation Program
- | VAB Publications



Seminars

In 2023, the VAB once again organised a large number of seminars for its members, 21 in total spread over the entire year, as online or face-to-face seminars or as a combination in a hybrid format. The VAB seminars are characterised by their specific focus on international financial institutions operating in Germany and the VAB always succeeds in attracting first-class speakers from supervisory authorities, tax authorities or even ministries for the participants. External speakers from law firms, auditing companies, consulting and IT service providers pass on current and relevant practical knowledge from other areas of the financial and banking market and discuss it with the participants. Carefully compiled seminar handouts and good technical and on-site support round off our seminar programme.

As the VAB as an Association's thrives on direct interaction and input from the management and employees of the member institutions, the VAB seminars, VAB training courses and our informal "Management Forums" at the Association's office have developed into perfect platforms for discussions between members and with external experts and the VAB speakers. Current topics that affect many institutions are discussed there. It is not just about sharing knowledge about the current status, but also about criticising, discussing and exchanging ideas with the industry on the current framework and filtering out ideas for suggestions for improvement.

In its seminars, the VAB attaches great importance to ensuring that member institutions can cover the continuing education and training requirements of their staff – including those who hold special positions.

An up-to-date overview, invitations, programmes and registration forms for the VAB seminars are available online on our website at www.vab.de/seminare/?lang=en.

There you can use the opportunity to register as a participant in advance of the seminar date and, in the case of face-to-face seminars, to reserve the desired number of places. Such a reservation is free of charge and non-binding and does not obligate you to make a binding registration at a later date. You will be contacted to that specific seminar as soon as the official invitation with the seminar date and the individual program and thematic areas are published and also receive information on the registration process.

You are also welcome to register for a general mailing list for unthematic seminars on the website at the bottom of the page. You will be informed automatically by email about current seminars and can then register for the respective event.

In 2023, we covered the following topics with seminars:

1. Quarter

- Human Resources – Update 2023
- Gap-Analyse BAIT/DORA für Auslandsbanken und ausländische Wertpapierinstitute

2. Quarter

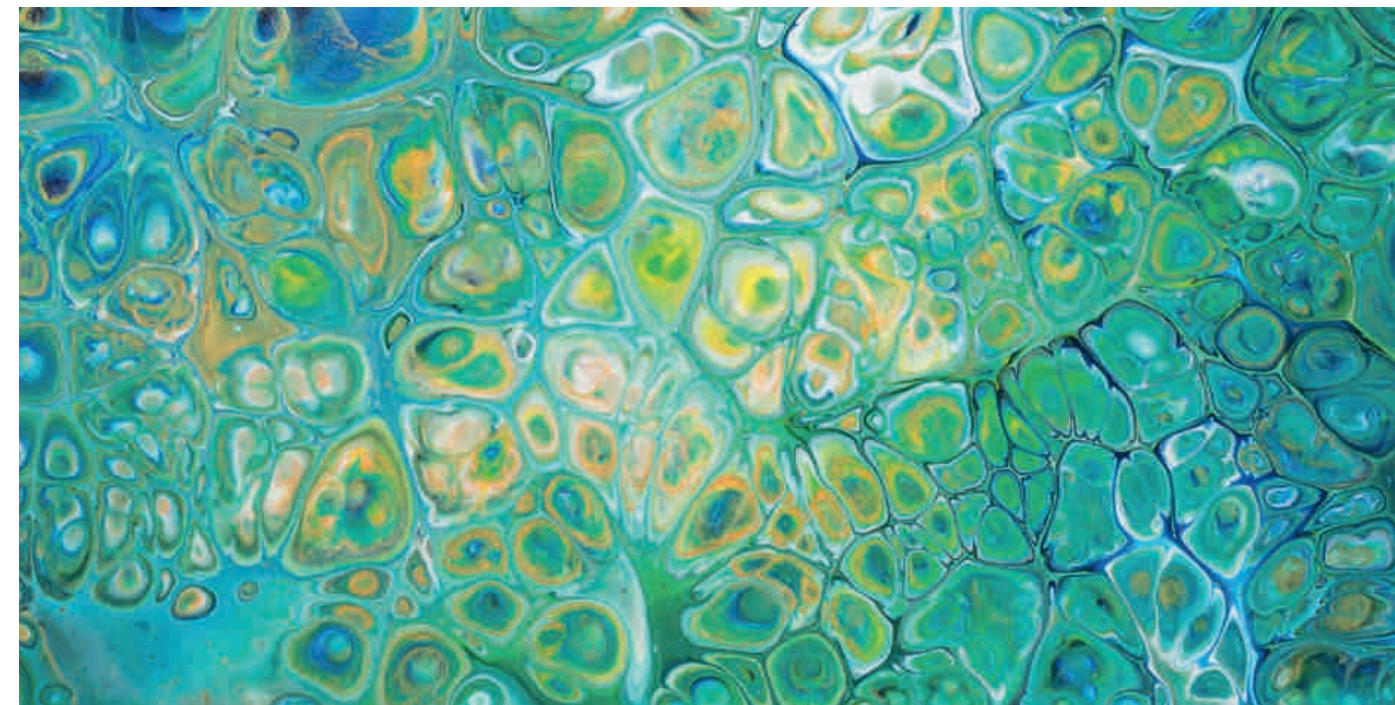
- Update CRR-Meldewesen und CRR-Offenlegung
- Unternehmens-Compliance für Auslandsbanken Handreichungen für Compliance und Legal
- International Banks in Germany (English)
- ESG-Forum 2023
- Jahrestagung zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferation
- Governance & Compliance – Update 2023: Fit & Proper, Diversity Benchmarking, Haftungsrisiken

3. Quarter

- Update Zahlungsverkehr
- Developments and Practical Implications of MaRisk: New Requirements 2023 (English)
- Update: Kapitalertragsbesteuerung bei Auslandsbanken

4. Quarter

- MaRisk-Compliance 2023: Update zu aktuellen Entwicklungen und Handreichungen für die Praxis
- Compliance im Wertpapierhandel 2023
- Kreditgeschäft 2023: Anforderungen, Prüfung und Sustainability
- Datenschutz: Update 2023
- AWV-Meldewesen: Meldepraxis bei Auslandsbanken und ausländischen Finanzinstituten
- Bankenaufsicht 2024
- Vergütung in Finanzinstituten: Update zur Jahresabschlussprüfung 2023
- Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Auslandsbanken und ausländischen Finanzinstituten
- Betriebsprüfungssymposium: Die steuerliche Prüfung von Auslandsbanken
- Anti-Money-Laundering and Countering Terrorist Finance (English)





Trainings

In 2023, the VAB Team provided 13 customised training sessions for individuals or smaller groups of managers, supervisory board members or employees of member companies, especially in situations where foreign employees were newly joining the German member companies and needed an overview of the financial market in Germany, or to ensure that refresher and further trainings for employees are very compact, always up-to-date and precisely tailored to the individual needs of the respective institution.

The offer has been expanded on the basis of successfully carried out training courses and new training areas have been added. The existing training materials had been further standardised to be able to offer even more trainings on this basis.

The trainings are available in German or English language and can be booked as an event at your premises or as an on-line training. Below you will find a list of the trainings we cover. Please contact us, best by email to verband@vab.de.

The VAB team will be happy to answer your questions and listen to your suggestions at any time. And please let us know if you should have any other topic requests for seminars or training courses.

We offer training courses on the following topics:

I Prevention of Money Laundering and Terrorist Financing

- Legal requirements and supervisory and administrative practice of national and European authorities
- Internal organisation of anti-money laundering and counter-terrorist financing in foreign banks and foreign financial institutions
- Implementation of due diligence obligations (CDD), including third-party implementation and outsourcing
- Transparency register and discrepancy reporting, authenticity of accounts and futility reporting, suspicious activity reporting to the FIU
- Optional excursions: Financial Sanctions, Funds Transfer Regulation, CRS/FATCA

I Banking in Germany (for expatriates and board members)

- The Banking Industry in Germany – Structure, Features and Foreign Banks in Germany
- Banking Supervision from a European and German Perspective
- Deposit Guarantee Schemes
- Overview of the most important Banking Supervisory Regulations

I Corporate Governance Training for Board Members

- Corporate Governance Basics
- Tasks and Responsibilities of the Executive Board
- Interaction between the Executive Board and the Supervisory Board
- The Executive Board in the Group
- Special Features for Regulated Credit Institutions
- Overview of Liability

I CRR and German Banking Act (KWG): Prudential Banking Supervision in Germany (I)

- Introduction to the supervisory framework
- Capital requirements for institutions (overview)
- Calculation of risk-weighted assets (RWA) and own funds acc. to CRR
- Approaches to risk measurement for credit risk: Credit Risk Standard Approach (CRSA) and Internal Ratings Based Approach (IRBA)
- Leverage Ratio
- Liquidity Coverage Ratio (LCR) and Net Stable Funding Ratio (NSFR)
- Large exposure rules
- Upcoming regulatory changes
- (on request) The treatment acc. to CRR of trading book activities (e.g. counterparty credit risk, market risk, etc.) and advanced/internal approaches of risk measurement

I MaRisk, ICAAP and SREP: Prudential Banking Supervision in Germany (II)

- Introduction to the supervisory framework
- Overview of BaFin's MaRisk and ICAAP Guidelines
- MaRisk: General business organisation, strategies and business planning, outsourcing, resources and contingency planning
- MaRisk: Special requirements to credit origination and monitoring, non-performing exposures and trading activities
- Control functions: Risk controlling, compliance, internal audit
- Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) and Supervisory Review and Evaluation Process (SREP)
- Upcoming regulatory changes
- (on request) Banking business audits carried out by Deutsche Bundesbank



Working Groups

The VAB organises regular working groups on many topics as well as ad hoc working groups on specific topics with representatives of VAB members. If necessary, external consultants with special expertise as well as the representatives of regulation, supervision and (tax) administration responsible for the topics are also brought in to the working groups in order to discuss complex regulatory or tax issues in an exchange of knowledge and experience, develop proposals and present these to decision-makers in politics and administration, taking into account the common interests of VAB members. The VAB will be happy to add to these working groups if new topics make this necessary. Of course, the VAB ensures that the working groups are set up in a competitively neutral manner and operate in compliance with anti-trust law.

Under the following link you can see the working groups and the respective topics: www.vab.de/anmeldung-zu-den-arbeitsgruppen-und-verteilern

Distribution List

You are welcome to use the following password to fill in the form and tick the distributions that are relevant to you: **AGUe-Verteiler-VAB**

A list of the working groups established can be found below:



I Working Groups in the Legal Affairs Division:

- Asset Management
- Compliance
- Data Protection
- Global Custodians/Depositories
- Capital Market/Stock Exchange
- Management Update
- MaRisk
- Human Resources
- Supervisory Law
- Investment Firms

I Working Groups in the Financial Crime & Infrastructure Division:

- Administration, Reporting and Audit (AMR)
- CRS/FATCA
- Anti Money Laundering
- IT and Information Security
- Accounting
- Payment Transactions

I Working Groups in the Tax Division:

- Investment Tax Law
- Payroll Tax
- Taxes

VAB Innovation Program

During the year 2023 and with the support of our Board, the VAB introduced a programme for innovation and change. This programme shall ensure that the VAB will remain in the position to act on a level playing field in the future, both vis-à-vis its member institutions that themselves are subject to continuous development and vis-à-vis politics and supervisors. Our aim is to bring the VAB even closer to the management and employees of its member institutions, to be in an even better position to include our members' wishes and needs regarding the VAB services, to enable a more digital communication and to further improve the internal processes of the VAB.

Based on member surveys and the project guidelines issued by the VAB Board, the team of the VAB has conducted several workshops in the course of which it developed numerous ideas for new and improved services and structures.

Quite a few of these new ideas are already subject of agile implementation:

Benchmarking

The idea of conducting anonymous benchmarkings on practical topics, activities or structures of VAB member institutions in Germany had its successful practice test with a benchmarking event on the topic "Workation". We have already planned the next benchmarking events on further exciting topics. With these online or offline event formats being moderated by the VAB, we intend to enable our member institutions to determine their respective individual position in the peer group of VAB members or the financial market Germany on the basis of anonymised information.

Preparation and Follow-up of Audits

As regards the aim to give support for the preparation of as well as for the follow-up on audits, the VAB launched a face-to-face event in December. This event was dedicated to a focus on the experiences and expertise of VAB members in audits of remuneration systems.

VAB Expert Panel

The VAB is strongly committed to the concept of intensified networking in the community and the set-up of a VAB Expert Panel is expression of this commitment. As a matter of fact, the Association stands for a broad and close-knit network of people interested in banking issues and the banking community in the broader sense of the word. This includes many contacts with the consulting community. In order to intensify this network and to give it a face, the VAB created an Expert Panel, divided into specialist panels such as Sustainable Investments, Anti-Money Laundering, Labour Law etc. We are very pleased to present our experts with their profiles and areas of expertise on our VAB website. The combination of the external expertise of consultants and the qualification of the inhouse experts at VAB members will be a strong support for the VAB in its lobbying activities and when lining proposals with experience. We are confident that this direct exchange will be of great benefit to all parties involved. The kick-off of the Expert Panel was publicly announced on 1 February 2024. For further information, please refer to our website at the following link: www.vab.de/verband/expertenbeiraete

Other ideas and changes are already in the implementation pipeline and the VAB will further develop its "Innovation and Change" so that it becomes a constant in the normal course of VAB activity. Ideas and suggestions of our members are always welcome and it goes without saying that the Association will continue to provide with the proven and tested commitment its established services that are much valued and needed by our members.





VAB Publications

VAB Monthly Information

The VAB reports monthly on the latest developments in the areas of supervisory law, tax law and banking operations/reporting in its "VAB Monthly Information". This is published at the beginning of every month in an intuitive online format to allow easy access to the topics of interest at any given time.

The VAB provides the "VAB Monthly Information" to both members and currently also to non-members. It can be viewed via the VAB-homepage with the following link: www.vab.de/general-overview-monthly-information/?lang=en

You are welcome to subscribe to the Monthly Information. To receive this newsletter which is free of charge you are welcome to subscribe to this distributor at the following link: www.vab.de/anmeldung-zur-monatsinfo/?lang=en

Exclusively for VAB members, our speakers who write the reports for the Monthly Information offer further explanations and classifications in a video conference which is offered shortly after publication of the "VAB Monthly Information". Of course this is also a good opportunity for direct questions or discussion. The VAB members will automatically receive the invitations to these video conferences if you are listed on the newsletter Monthly Information via email.

VAB Position Papers

During the year, the VAB's speakers prepare a large number of position papers on legislative proposals and administrative changes at both EU and federal level. The opinions and positions of the members are requested and incorporated into the statements. In addition, there are statements on changes and hearings on the part of the supervisory authorities and the tax administration. A constantly updated and transparent overview of VAB opinions is publicly available on the VAB website at the following link: www.vab.de/general-overview-position-papers/?lang=en

Compliance-Update

The "Compliance-Update" of VAB is available exclusively to all VAB members in German and English. This database of compliance-relevant legal sources (laws, ordinances, circulars, guidelines, etc.) is updated monthly. It will support the compliance process of monitoring and implementing the applicable legal framework according to MaRisk in many member institutions.

Compared to other data sources for compliance purposes, our database is specifically customised to the requirements of the compliance departments of banks active in Germany. The tedious, error-prone and complicated search for the essential and relevant information from the market's non-bank-specific databases with an overabundance of information is done by the VAB and is therefore no longer necessary for the users.

In cooperation with Focus DV GmbH, there is also the possibility to import the data via application and to document all subsequent work steps in an audit-proof manner.

If you are interested in using VAB Compliance-Update, please contact the Association's office at verband@vab.de to be added to the distribution list. Monthly, you will receive the password via email.

Handbooks

In October 2023, the 7th edition of the classic "Banking Business in Germany" was published by the VAB together with the auditing firm PricewaterhouseCoopers GmbH. The guide by experts and practitioners for all credit institutions operating or planning banking and financial transactions in Germany provides comprehensive information on the registration process as well as legal, regulatory and tax conditions in Germany. The 7th completely revised edition has been expanded to include the following chapters: ESG reporting, payment regulations of the PSD2 directive and cryptocurrencies. The author team of VAB consultants and PWC employees has once again created a work in English that is unique on the market and is ideal for introducing the topics on the desks of many banking practitioners. We will be happy to provide you with a print version if you are interested.

The team of VAB speakers has also created or (co-)published other works. This provides VAB members with detailed insights into the sometimes very complex regulatory or tax issues in a way that is tailored to their needs. The most recent publications are:

- Flyer "Remote Work at Foreign Banks", August 2022 in cooperation with Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Book "Umsatzsteuer in Auslandsbanken in Deutschland", first edition in December 2022

In addition, the following works are available to members and externally interested parties:

- Book "Influence of ESG factors and ESG risks on credit institutions and securities institutions", first edition in April 2023 in cooperation with GSK STOCKMANN Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft mbB
- Book "Remuneration systems", third edition in February 2022 in cooperation with Allen & Overy LLP



LinkedIn

The Association of Foreign Banks in Germany is also represented on the social media platform LinkedIn to inform about events. Please take a look at the following link: <https://de.linkedin.com/company/verband-der-auslandsbanken>



YouTube Channel

The VAB regularly reports on current topics on its YouTube channel. The videos are publicly accessible to all interested parties via the following link: www.youtube.com/c/Associationof-Foreign-BanksinGermanyVAB

Two podcasts are available in the Tax section: "Tax Newsflash" and "Tax is in the air", which deal with the topic of "Tax Compliance". Selected external speakers are invited to speak on specific topics and report on their practical experience. We welcome your feedback, criticism and suggestions for improvement.



VAB Board



Burkhard Kübel-Sorger
Chairman of the Board VAB
Chief Financial Officer
J.P. Morgan SE



Guido H. Zoeller
Vice Chairman VAB
Member of the General Management
Committee Paris
Group Country Head Germany &
Austria
Société Générale S.A.



Tobias Vogel
Vice Chairman VAB
Chief Executive Officer
UBS Europe SE & Head of Wealth
Management Europe



Frank Schönherr
Treasurer VAB
Senior Country Officer Germany &
Austria
Crédit Agricole Corporate and In-
vestmentbank Deutschland



Jürgen Baudisch
Managing Director/Head
of Large Corporates and
Financial Institutions
SEB Germany
SEB AB Frankfurt Branch



Thomas Falk
Member of the Board
Bank Julius Bär Deutschland AG



Christopher F. Porter
Managing Director
The Bank of New York Mellon
Frankfurt Branch



Peter Rosenberger
Managing Director
China Construction Bank
Corporation
Niederlassung Frankfurt



Dr. Jana Währisch
Chief Financial Officer
Morgan Stanley Europe SE

VAB Team



Dr. Andreas Prechtel
Managing Director
Attorney-at-Law
andreas.prechtel@vab.de



Wolfgang Vahldiek
Deputy Managing Director
Head of Legal Affairs
wolfgang.vahldiek@vab.de



Markus Erb
Proxy and Director
Tax and Economic Affairs
markus.erb@vab.de



Andreas Kastl
Director
Anti-Financial Crime (AFC) and
Bank Infrastructure
andreas.kastl@vab.de



Dr. Mélanie Liebert
Division Manager Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house-lawyer)
melanie.liebert@vab.de



Sabine Kimmich
Division Manager Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house-lawyer)
sabine.kimmich@vab.de



Nina Weidinger
Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house-lawyer)
nina.weidinger@vab.de



Melanie Centner-Wappler
Head of Human
Resources & IT
melanie.centner-wappler@vab.de



Iris Meurers
Senior Associate
Managing Director's Office
iris.meurers@vab.de



Fidan Capar
Associate
Tax & Finance
fidan.capar@vab.de

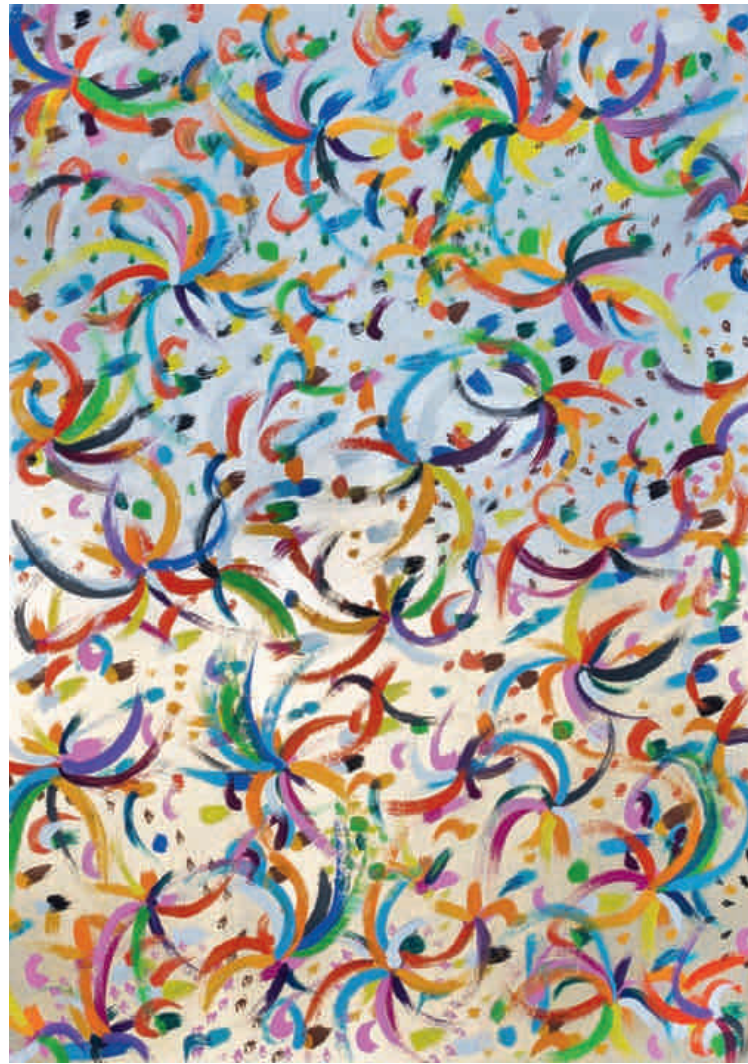


Karolin Jung
Associate
Events & Publications
karolin.jung@vab.de

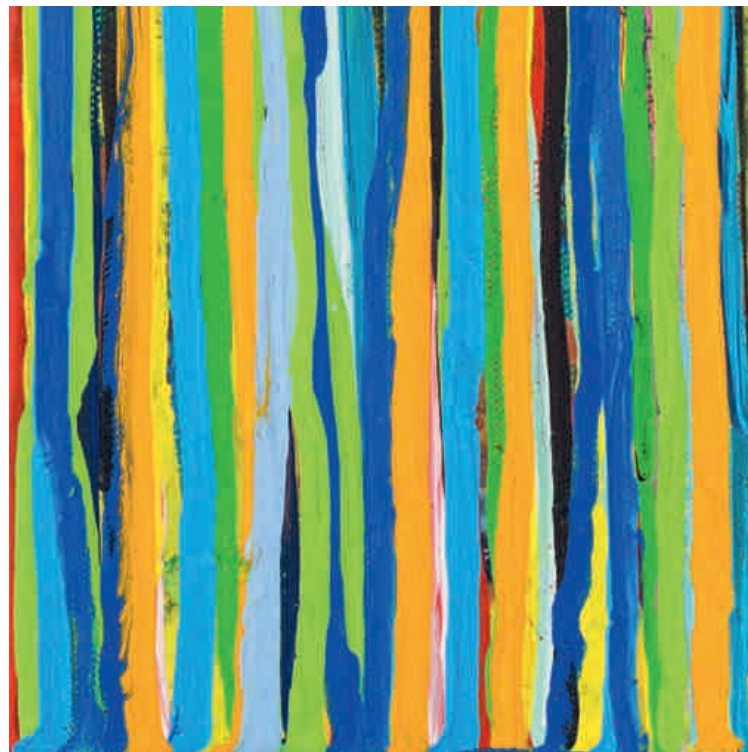


Julia Balzer
Associate
Members & Marketing
julia.balzer@vab.de

FREUNDSCHAFT | 65 X 90 CM | 2016
CAROLA VAHLDIEK

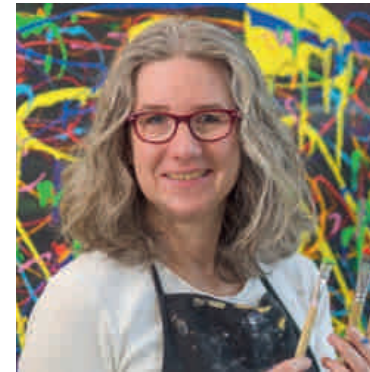


GOLDENES ZEBRA | 20 X 20 CM | 2018
CAROLA VAHLDIEK



Art in the yearbook

We would like to thank the artist Carola Vahldiek for making her pictures available for printing in this yearbook and thus greatly enriching the publication.



Carola Vahldiek

Artist
www.lichtgedicht.de



Carola Vahldiek creates paintings both with clear and geometric, and with organic, flowing forms and combines them to create her very own style. Her works, despite often being characterised by an exuberant joy of colour, are surprisingly harmonious and clear. Although mostly abstract, they radiate optimism, humour and joie de vivre. In this way, she provides rays of light in a world often beset by negativity. In addition to traditional painting with various brushes, Carola Vahldiek also utilises fluid art and palette knife techniques and other creative ways of applying paint. She mostly works with acrylic paints, but also uses gouache and watercolors. The artist also utilises materials such as structure pastes or metal leaves; this flexibility in her working process gives her artworks surprising effects, depth and variety. In addition to painting, she also works as an author and photographer.



Imprint



Verband der Auslandsbanken
in Deutschland e.V.

Association of Foreign Banks in Germany



Weißfrauenstr. 12-16
60311 Frankfurt am Main, Germany



+49 69 975850 0



+49 69 975850 10



verband@vab.de



www.vab.de



youtube.com/c/AssociationofForeign-BanksinGermanyVAB



de.linkedin.com/company/verband-der-auslandsbanken



Concept and realisation:

SERENDIPITY Creative Consultancy GmbH | www.serendipity.team

Editorial deadline: 31.12.2023

Photo credit: Christof Jakob, pixabay.com, Carola Vahldiek

Print: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

